Bahama News

Nr. 7, 5.- DM

August '92

Inhalt

Adressen etc. . . . . S. 2

Diskussion

Wider die Hegelei in der Gruppe K (rh. und Be., Hamburg) . . . . . S. 3
Ideologietheorie und linker Diskurs (Henning Böke, Frankfurt) . . . . . S. 13
Antisemitismus - Klasseninteresse - Ökonomismus (Be., Hamburg) . . . . . S. 25
Menschenrechte - der unwidersprechliche Auftrag
echt legitimer Herrschaft (A. K., Berlin) . . . . . S. 30
Der Sozialstaat - die bessere Seite des bürgerlichen Staates? (A. K., Berlin) . S. 34

Nachträge zum Bundestreffen am 20./21. 6. in Berlin

Warum und wie die Diskussion um den (Anti)imperialismus?
(ms. und hG., Berlin) . . . . . S. 43
Brief der Initiative sozialistisches Forum, Freiburg . . . . . S. 45
Antwort der Gruppe K . . . . . S. 47

Zum Ende des Dach-ak

Einige Reaktionen auf das Ende des Dach-ak (Auszüge) . . . . . S. 50
Offener Brief an die ehemalige KB Mehrheit
und die Gruppe K (Ex-KB - Gruppe Köln) . . . . . S. 51

Nächstes Bundestreffen der Gruppe K

Zeitungsvorlage BRD 92 (A. K., Berlin) . . . . . S. 52
Politik (hG., Berlin) . . . . . S. 54
Diskussionspapier für das Septembertreffen der Gruppe K (cl., Berlin) . . . . S. 56
Fragmentarischer Entwurf zu einer Einleitung (jw., Berlin) . . . . . S. 62
Bundestreffen verschoben auf 3.-4. 10. 92 in HH . . . . . S. 66

Adressen:

Die Gruppe K hat ein Büro und damit auch eine Adresse: Sie lautet:

Büro K
Karolinenstr. 21, Haus 2 Tel. 040/438846 (Mo. bis Do., 17.30 bis 19.00 Uhr)
2000 Hamburg 36

Für Zuschriften an die Bahama-News:

[redacted]
[redacted]
1000 Berlin 20

Geld, insbesondere Bezahlung der Bahama-News

Wir haben uns vorgenommen, die Bahama-News ca. sechsmal in Jahr herzustellen. Pro Nummer wollen wir einen Kostenbeitrag von DM 5.- (incl. Porto etc.).
Falls ihr also die Bahama-News einigermaßen regelmäßig beziehen wollt, bitten wir euch, uns jeweils für drei Nummern im voraus DM 15.- zu überweisen, oder aber uns eine Einzugsermächtigung zuzuschicken (ein vorgefertigtes Exemplar befindet sich am Ende dieser Seite).

Unsere Kontonummer:
[redacted], Hamburger Sparkasse
BLZ [redacted]
Kto.-Nr.[redacted]

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich [redacted] jeweils für drei Nummern der "Bahama-News" DM 15.- in voraus von meinem Konto abzubuchen.

Name / Anschrift: . . . . . .

Bank: . . . . . .

Bankleitzahl: . . . . . Kontonummer: . . . . . .

Kontoinhaber (wenn von oben abweichend): . . . . . .

Ort/Datum: . . . . . Unterschrift: . . . . . .

Wider die Hegelei in der Gruppe-K:

Zu einigen Voraussetzungen einer Debatte über Anti-Imperialismus und Imperialismus

In der Gruppe-K zeichnete sich schon seit einiger Zeit die Notwendigkeit ab, Fragen des grundsätzlichen Herangehens an verschiedene Themen klärend zu diskutieren. Es werden mehr und mehr Differenzen in erkenntnistheoretischer Hinsicht deutlich, die Debatten um konkrete Themen erschweren oder unmöglich werden lassen, wird nicht das dahinterstehende Grundverständnis thematisiert. Ob ein solcher Diskussionsprozeß ein produktiver sein wird - es wird sich zeigen, wir wollen versuchen, dazu beizutragen.

Schien in der Debatte zum Nationalismus noch relative Einvernehmlichkeit möglich, traten spätenstens mit der Debatte zum Rassismus Widersprüche speziell in der Berliner Gruppe auch in Artikeln diskutierbar zutage. Cl's "Theorie und Praxis"-Papier wurde bisher kaum, schriftlich gar nicht zum Thema gemacht. Mit seinem neuen Beitrag zur Imperialismus-Debatte lassen sich unserer Ansicht nach diese Differenzen und Widersprüche nicht mehr verdrängen oder beiseite schieben (was nie der sinnvollste Umgang mit ihnen war). Es ist überdeutlich, daß etwa das Papier von ims/hG (1) einerseits und von Cl. andererseits kaum mehr kommunizierbar sind, werden nicht die unterschiedlichen Voraussetzungen zur Sprache gebracht.

Cl's Papier wird nach unserer Wahrnehmung von vielen als Ärgernis empfunden. Auch wir sehen die Zuschreibungen cl.s in seinem Beitrag "Der Antiimperialismus als höchstes Stadium des Antikapitalismus" auf "die Linke" als ein Konstrukt an, auf das diese Linke so nicht festgenagelt werden kann. Nicht nur, weil dort, wie von Cl. selbst angekündigt, nicht genügend "nach den verschiedenen linken Gruppen,nach Ort, Zeit und Entstehungsbedingungen der Aussagen" differenziert wird (was wir, wie Cl. schon ahnte, als realen Mangel empfinden...), sondern weil insgesamt ein Konstrukt entworfen ist, das der Logik optimaler Kritisierbarkeit gemäß zurechtgeschneidert ist.

Wenn cl. sich hier seine Kritik aus Segmenten der Wirklichkeit zusammenbastelt, ist das indes ja nicht auf charakterliche Deformationen cl.s zurückzuführen (und cl. ist immerhin in der Gruppe K momentan wohl derjenige, der seine theoretische Grundposition bisher am deutlichsten bestimmt, offengelegt, und damit diskutierbar gemacht hat). Vielmehr verweist dieses Vorgehen, mit vorgefertigten Kritikpositionen zu arbeiten, auf dahinterliegende Denkstrukturen. Das mangelnde Bemühen um Differenzierungen hat durchaus eine innere Logik, weist System auf, das zu analysieren und zu kritisieren wäre. An einen solchen Versuch wollen wir uns machen. Wir wollen also weder am Text (bzw. den Texten) Cl's. entlang diskutieren, noch im engeren Sinne einen Beitrag zur Diskussion um Imperialismus-Theorie leisten - eher geht es darum, herauszuarbeiten, was auszuräumen wäre, bevor wir in eine produktive Debatte darüber kommen könnten, was Imperialismus heute heißt und was das für einen linken Antiimperialismus zu bedeuten hätte.

Diese Schwerpunktsetzung rechtfertigt sich auch ausCl.s Text selbst: Ist ihm doch das Thema Antiimperialismus Grund und Anlaß, das politische und theoretische Herangehen "der Linken" insgesamt zu kritisieren - begreift er doch "Antiimperialismus" als bloße Konsequenz von Fehlern, die sich ebenso in falschem Antikapitalismus wie auch im Antizionismus spiegeln würden, und welche allesamt der ganzen Linken zuzuschreiben seien.

Wir wollen uns im folgenden zunächst daran machen, Cl. Antikapitalismus-Kritikunsererseits kritisch zu beleuchten, dann daraus konsequent folgende Fehler bezüglich Klassenanalyse und "Identität und Entfremdung" untersuchen, um anschließend die dahinterstehenden gegensätzlichen erkenntnistheoretischen Positionen zu formulieren. In einem letzten Teil folgen einige Anmerkungen zu Cl.s Analyse von internationaler kapitalistischer Wirklichkeit, ebenjener, die u.E. als imperialistische neu zu definieren wäre. Wir haben für unsere Ausführungen (neben Cl.s Artikeln) vor allem zwei Aufsätze bzw. Texte zu Rate gezogen, deren Literaturangaben im Anschluß aufzufinden sind. Insbesondere der Text von Moishe Postone und Barbara Brick war für uns sehr bedeutsam - wir denken, daß er auch in weiteren Debatten eine wichtige Rolle spielen sollte (Kopien sind übers Büro erhältlich); weiter werden wir uns insbesondere Jean Paul Sartre beziehen.

Kapitalismuskritik: Cl.s freie und gleiche Rechtssubjekte

In seinem Text wendet sich cl. dagegen,

Gesellschaftsanalyse in die Kategorie der "beliebten Klassen" zu fassen, worin sich ein "soziologistisches Gesellschaftsverhältnis" spiegele. Anstatt den "letzten Bestimmungsgrund bürgerlicher Gesellschaft" darin zu erblicken, "daß sich in ihr verschiedene Kollektiv-Subjekte gegenübertreten", müßte nach cl."das Kapital als das 'automatische Subjekt' des sich selbst verwertenden Werts ins Zentrum der Kritik" gerückt, und die Arbeiter müßten "als vorab schon integraler Bestandteil des Kapitals selbst, als variables Kapital und Quelle wertschaffender Arbeit" begriffen werden. Wie cl. es im internationalen Maßstab als Fehler ansieht, Befreiung als Selbstverwirklichung von Völkern zu denken, sieht er hier den grundlegenden Fehler darin, die Überwindung des Kapitalismus als Selbstverwirklichung der Arbeiter zu begreifen.

Mit dieser Kritik steht cl. nicht allein. Auch verschiedene andere Kritiker traditionell-marxistischen Denkens haben diesen Punkt als Grundfehler beschrieben und dagegen eingefordert, Kapitalismuskritik - unter Bezugnahme auf Marx' Werttheorie - neu zu fundieren.

Besonders en vogue ist heute Robert Kurz von der "Initiative Marxistische Kritik" um die Zeitschrift "Krisis". Auch Kurz kritisiert am Marxismus-Leninismus, neben dessen werttheoretischer Borniertheit, über die Propagierung einer Selbstverwirklichung des Proletariats werde die Transzendierung kapitalistischer Verhältnisse unzulänglich abgeleitet. Damit würde traditionell gegenüber der Entwicklung von Industrieproduktion im Kapitalismus ein völlig unkritisches Verhältnis eingenommen, und ein Verständnis von Sozialismus transportiert, in dem die Strukturen der Industrieproduktion zur verwirklichten Grundlage sozialistischer Gesellschaftlichkeit erklärt würden. Kurz wendet sich von diesem Denken ab. Nicht im Proletariat, sondern in der "Produktivkraft Wissenschaft" sei das "revolutionäre Subjekt" gegeben, über das eine Aufsprengung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse abgeleitet werden könne.

Mit der Kategorie einer "Produktivkraft Wissenschaft" aber findet Kurz den Hebel zur Überwindung kapitalistischer Vergesellschaftung in derselben Logik wie seine traditionsmarxistischen Vorgänger. Die "Produktivkraft Wissenschaft" kann und muß - wie zwei Genossen der Hamburger Gruppe "Weltrevolution" im letzten AK u.E. überzeugend nachgewiesen haben - als einer der modernsten, entwickeltsten Bereiche kapitalistischer Produktion begriffen werden. Wie der traditionelle Marxismus-Leninismus im Industriebetrieb sucht also auch Kurz die Kraft, die die zu eng gewordenen Fesseln der Produktionsverhältnisse aufsprengen wird, auf der Ebene entwickelster kapitalistischer Produktion, die gegen den (so Kurz) "Selbstlauf des Geldes" anachronistisch werde. Letztlich stellt Kurz solcherart die Produktions- gegen die Distributionssphäre - weshalb bei Kurz, wie bei den alten Sozialdemokraten und einer schlechten marxistisch-leninistischen Tradition - der gesellschaftliche Umbruch den Charakter eines Naturereignisses annehmen muß. Die ganze ungenügende Auffassung beruht bei Kurz auf der fehlerhaften Rezeption Marxscher Werttheorie; so beschreibt Kurz den Kapitalismus wie folgt: "Die gesellschaftliche Reproduktion wendet sich gegen ihren Inhalt, das zum Selbstzweck gewordene Geld gegen die sinnliche und konkrete Welt". Grundsätzliche Veränderung bedeutet für ihn folgerichtig: die "sinnliche und konkrete Welt" schlägt gegen die verselbständigte Abstraktion zurück... (2) An Kurz zeigt sich also, daß auch ein Kritiker der affirmativen Betrachtung kapitalistischer Arbeit den Aporien des von ihm kritisierten traditionellen Marxismus erneut verfallen kann (3).

Überzeugender scheint uns da die Analyse von Barbara Brick und Moishe Postone in ihrem 1982 veröffentlichten Text zu sein. Die Analyse ist entlang einer Untersuchung der Kapitalismusanalyse Friedrich Pollocks entwickelt, welche für die folgenden Arbeiten Horkheimers, Marcuses und Adornos von grundlegender Bedeutung gewesen ist. Brick/Postone stellen fest, daß die werttheoretisch versierten KritikerInnen der traditionellen MarxistInnen - bei allen Gegensätzen - wesentliche Schwächen derselben reproduzierten. Die Erklärung sehen sie in einem gemeinsamen Ausgangspunkt: Auch die kritischen TheoretikerInnen gingen, wie Brick/Postone zeigen, von einem Begriff von Kaptitalismus aus, in dem sie "das Wesen des kapitalistischen Produktionsverhältnisses in der Form des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Marktwirtschaft bestimmen." Was hier als Kennzeichen dieser Produktionsverhältnisse bestimmt würde, kennzeichne aber letztlich nur Elemente der Distributionssphäre der kapitalistischer Ökonomie. Nach der gängigen Interpretation werde hervorgehoben, daß im Laufe der Entwicklung "die entwickelten Produktivkräfte zunehmend in Widerspruch mit den so definierten Produktionsverhältnissen" träten (Brick/Postone: 82). Weil "Produktionsverhältnisse" ungenügend definiert

worden sei, werde der dialektische Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen somit aber auf einen Widerspruch zwischen Produktivkräften und Distribution verkürzt.

Das Probem gründe letzlich in einer verkürzten Rezeption der Marxschen Werttheorie. Marx habe den Wert als Zirkulationskategorie über die Kategorie der "abstrakten Arbeit" in die Produktionssphäre rückgebunden, und aufgedeckt, daß der "Wert" als Vergegenständlichung jener "abstrakten Arbeit" - über die, als quasiobjektives Mittel, Produkte von anderen erworben werden - zu begreifen ist. Das heißt, kapitalistische Wertproduktion vollzieht sich nicht in quasi-naturgesetzlicher rein ökonomischer Gesetzmäßigkeit - sondern in "Wert" vermittelt sich Arbeit, vermitteln sich gesellschaftliche Beziehungen, in objektivierter, entfremdeter Form (vgl. Brick/Postone,S. 24). Die Wahrnehmung kapitalistischer Wertproduktion in veselbständigter rein ökonomischer Dimension, die die darin verborgenen gesellschaftlichen Beziehungen verkenne, sei von Marx gerade als fetischistische Wahrnehmung beschrieben worden.

Der zentrale Kritikpunkt Bricks/Postones an traditionellem Marxismus wie Kritischer Theorie, beide versuchten Kapitalismus aus dem "Primat der Distributionssphäre" zu begreifen, trifft unserer Meinung nach auch auf cl. zu. Beleg dafür ist seine u.M.n. falsche Sichtweise, die Arbeiter und Kapitalisten nur noch als "freie und gleiche Rechtssubjekte" zu begreifen vermag. Unsere These ist, daß cl. in seiner Kritik des "traditionellen Marxismus" zu kurz hüpft, und gerade deswegen in seinen Schlußfolgerungen viel zu weit geht.

Wenn cl. in seinem Text darauf insistiert, wir sollten endlich begreifen, "daß 'Kapitalisten' und 'Arbeiter' nicht nur scheinbar, sondern in der Tat freie und gleiche Geld- und Rechtssubjekte" seien, daß "Ausbeutung und Herrschaft sich aufgrund des freien und gleichen Tauschs vollziehen, und gerade nicht unter deren 'Verletzung'", so läßt sich darauf nur antworten, daß uns der reale Sachverhalt nach "Kapital"-Lektüre als beiweiten widersprüchlicher erscheint: Natürlich hat cl. darin recht, daß nicht bloßer Schein sondern reales Verhältnis ist, wenn sich Kapitalist und Arbeiter auf dem Markt begegnen. Und natürlich ist auch die Vertragsform, in der das Arbeitsverhältnis eingegangen wird, eine höchst reale, bei der beide Seiten entscheiden, sie einzugehen oder nicht. Insoweit sie ihrem Willen im Vertrag einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben, als Warenbesitzer Äquivalent - Arbeit - gegen Äquivalent - Geld - zu tauschen, ist das Verhältnis auch ein gleiches.

So weit würden, wie Marx feststellt, aber auch noch alle bürgerlichen Ökonomen gehen. Ihr Fehler aber sei, daß sie alle ihre Anschauungen, Begriffe und Maßstäbe für ihr Urteil über die kapitalistische Gesellschaft nur aus dieser Sphäre der einfachen Zirkulation und des Warenaustausch ableiteten. Ein Fehler den, kritisch gewendet, auch die Kritische Theorie wieder begeht. Der Kern der kapitalistischen Gesellschaft enthüllt sich - nach Marx - aber eben erst in einer Analyse der Sphäre der Produktion. So endet seine Analyse der Zirkulationssphäre im . Band des Kapital denn auch mit den Sätzen: Schon beim Scheiden aus dieser Sphäre, im Übergang zu der der Produktion, verwandelt sich "in etwas die Physiognomie unsrer dramatis personae. Der ehemalige Geldbesitzer schreitet voran als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andre scheu, widerstrebsam, wie jemand, der seine eigne Haut zu Markt getragen und nun nichts andres zu erwarten hat als die - Gerberei." (MEW 23,9) Das heißt, sobald die Produktion auch nur von ferne in den Blick kommt, sind die "freien und gleichen Geld- und Rechtssubjekte", Arbeiter und Kapitalist, plötzlich garnicht mehr gleich.

Die "freien und gleichen Geld- und Rechtssubjekte" sind nichts anderes als reale Mystifikationen, die nur über den Fetischismus der Rechtsverhältnisse erzeugt werden, und in der Form des Arbeitsvertrages und der Form des Arbeitslohnes sich ausbreiten können. So löscht die Form des Arbeitslohns, wie Marx feststellt, jede Spur der Teilung des Arbeitstags in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit, scheinbar aus. Alle Arbeit erscheint als bezahlte Arbeit. Und seine Folgerung ist: "Man begreift daher die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und grade sein Gegenteil zeigt, beruhn alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie." (MEW 23, 62)

Diese Kritik, die Marx an den bürgerlichen Freihandelsökonomen formuliert, trifft genau auch auf cl. zu. Auch cl. gewinnt seine Anschauungen, Begriffe und

Maßstäbe, wenn auch nicht im Interesse der Apologetik, sondern dem der Kritik, rein aus der Sphäre der Zirkulation und des Warentauschs, und er verfällt dabei dem Fetischismus, der hier über allen Beziehungen liegt, selbst in Gänze. Was cl. auf diese Weise mit seinen "freien und gleichen Geld- und Rechtssubjekten" präsentiert, ist letztlich nichts anderes als ein mit der Kritischen Theorie hegelianisch wieder auf den Kopf gestellter Marx. Cl., der möglichst radikal-kritisch denken möchte, endet dadurch in einem affirmativen, einem rechtfertigenden Verständnis der gesellschaftlichen Verhältnisse. Seine "Kritik des bürgerlichen Rechts" ist entscheidender Marxscher Komponenten beraubt, wenn er aus seiner verkürzten Marxrezeption die Analyse realer, wenn auch indirekt sich verwirklichender Klassenverhältnisse aus der Analyse schmeißt, bzw. sie (statt die fetischisierende, bürgerliche Verschleierung) zur Mystifikation (der Linken) erklärt.

Klassenkampf: Cl.s Aporien in der Analyse gesellschaftlicher Widersprüche

Es rächt sich, daß cl. in seiner scheinbaren Negation des "soziologistischen Gesellschaftsverständnisses" dessen Aporien umgekehrt "kritisch" übernimmt. Indem cl. die gedankliche Auftrennung, Entgegensetzung von "Ökonomie" hier und "Klassenbeziehung" da, akzeptiert, statt gerade die verborgene Durchdringung dieser Sphären zum Thema zu machen, kann er diejenigen, die auf Grundlage dieser Auftrennung auf das Pferd "Klassenkampf" setzen, nur beschimpfen und ihnen das logisch fehlende, aber ebenso reduzierte Gegenstück, die Vorstellung vom unveränderlichen Selbstlauf der "Ökonomie", um die Ohren hauen; deren Apologet droht er solcherart zu werden.. Das "soziologistische Klassenkampfdenken" wird er nur los, indem er es tabuisiert - indem er die Realität von Klassenunterschieden als weiterhin virulenten widersprüchlichen gesellschaftlichen Beziehungen auf einen staatlich organisierten und kapitalistisch produzierenden gesellschaftlichen Objektivitätszusammenhangs hin einebnet.

Konkret "gelingt" ihm dieses Kunststück in seinem Text auch nur durch einen Taschenspielertrick. Nachdem er den Idealtypus, in dem sich dieses falsche soziologistische Verständnis verbildlicht, in den Karrikaturen feist und schmerbäuchig dargestellter Kapitalisten gefunden hat, gerät ihm dieses falsche Bild, das er als Karikatur ja kritisiert, unter der Hand selbst zur Wirklichkeit. Plötzlich wird bei ihm nicht nur das soziologistische Gesellschaftsverständnis entlarvt, sondern es treten bei ihm auf einmal die "feisten und schmerbäuchigen Kapitalisten" ganz real "von der historischen Bühne ab" (wie auch "die Totengräber des Kapitals ihre Spaten durch die Farbfernseher-Fernbedienung eingetauscht haben"). Wo für cl. der "Klassenkampfrhetorik" nach diesem historischen Abgang nunmehr objektiv der Boden entzogen, und das ganze Spektakel "unwiderruflich vernichtet" ist, können wir bei bestem Willen nur den siegreichen Kampf cl.s gegen Karrikaturen sehen.

Das Schlagwort vom gesamt-gesellschaftlichen Objektivitätszusammenhang ist, so opulent es daherkommt, eine objektivistische Verkürzung. Stattdessen werden wir unserer Meinung nach ein Verständnis des kapitalistischen Vergesellschaftungszusammenhangs zu erarbeiten haben, das sowohl die Seite objektiv determinierender Totalität umspannt und erfaßt, wie es ihn umgekehrt auch als einen in Totalisierung begriffenen Praxiszusammenhang begreift; als einen Zusammenhang also, derauf dem Wechselspiel, auch dem Kampf, der auf Gedeih und Verderb aufeinander bezogenen Akteure beruht. Einig sind wir uns also mit cl. zwar darin, daß es notwendig ist, ein kritisches Verständnis des kapitalistischen Vergesellschaftungszusammenhangs zu erarbeiten, das nicht in einem manichäistisches Verständinis des Antagonismus der gesellschaftlichen Verhältnisse, als schlichter Gegensatz von Arbeit und Kapital, stehenbleibt - was in der Tat immer auch in das von cl. kritisierte billige Verständnis von Klassenwidersprüchen als Interessenkonflikte zurückzufallen drohte (was sie natürlich auch sind; nur auf das vermittelte Begreifen wie sie es sind, käme es an). Es ist unseres Erachtens aber zugleich notwendig, daß wir uns nicht mit blinder objetivistischer Mechanik, deren Folge immer ein Rückfall in dogmatischen Idealismus sein wird, zufriedengeben. Wir plädieren also dafür, diesen Vergesellschaftungszusammenhang in seiner ganzen Spannung von Freiheit und Notwendigkeit zu begreifen. Das ist unseres Erachtens von Sartre in der "Kritik der dialektischen Vernunft" versucht worden, wobei Sartre dabei auch kritisch mit traditionsmarxistischen Simplifizierungen des Verhältnisses von "Freiheit" und "Notwendigkeit", wie der Engel'schen Hegelei im Anti-Dühring zu Gericht geht. Wo Engels, in direkter Anlehnung an den von Marx gewendeten Altmeister, die Freiheit als schlichte "Einsicht in die Notwendigkeit" bestimmt (MEW 2,6), versucht Sartre eine

Neubestimmung des Verhältnisses entlang einer von Marx über den Begriff der Praxis materialistisch gewendeten Dialektik: Wenn diese Dialektik existiert, so Sartre, "müssen wir sie erleiden als unerbittliches Gesetz der Totalisierung, die uns totalisiert, und sie gleichzeitig erfahren in ihrer freien praktischen Spontaneität als totalisierende Praxis, die wir sind; auf jeder Stufe unserer Erfahrung müssen wir in der intelligiblen Einheit der syntheitischen Bewegung den Widerspruch und den unauflösbaren Zusammenhang von Notwendigkeit und Freiheit wiederfinden, obwohl dieser Zusammenhang in jedem Moment in unterschiedlichen Formen auftritt. Wenn jedenfalls mein Leben durch Vertiefung zur Geschichte wird, muß es sich selbst am Grund seiner freien Entwicklung als unausweichliche Notwendigkeit des historischen Prozesses entdecken, um sich letztlich noch tiefer als Freiheit dieser Notwendigkeit und schließlich als Notwendigkeit dieser Freiheit wiederzufinden... Und wenn wir - wenn die Erfahrung stattfinden soll - unter der Durchsichtigkeit der freien individuellen Praxis den felsigen Untergrund der Notwendigkeit entdecken, können wir hoffen, auf dem richtigen Weg zu sein. Wir werden dann begreifen können, was die beiden Bände zu beweisen versuchen: die Notwendigkeit als apodiktische Struktur der dialektischen Erfahrung liegt weder in der freien Entwicklung der Interiorität noch in der inerten Zerstreuung der Exteriorität; als unumgängliches und unreduzierbares Moment zwingt sie sich in der Verinnerung der Exteriorität und in der Entäußerung der Interiorität auf." (4) (Kritik 73/74) Wir denken, daß hier materialistische Dialektik adäquater begriffen wird, als in einer objektivistisch endenden Kritischen Theorie.

Entfremdung: Cl.s affirmative Kritik von "Identität"

Eine Konsequenz der verkürzenden Kapitalismusanalyse von cl. ist - wie aus seinem Imperialismus-Artikel auch hervorgeht -daß er die von Marx unter dem Begriff der "Entfremdung" thematisierte Problematik wegkippen muß. Wo es nur noch einen "gesellschaftlichen Objektivitäts-zusammenhang" zu konstatieren gibt, erübrigt sich die Frage nach dem Subjekt, und damit auch die nach der "Entfremdung" dieses Subjekts. Da wird bei cl. mit dem Bade, welches den Marxismus von voluntaristischen Neigungen reinigen soll, einmal mehr gleich das Kind ausgeschüttet.

Über die Fragwürdigkeiten, die mit einem Begriff wie "Fremdbestimmung" transportiert werden, läßt sich natürlich diskutieren, und Cl.'s Kritik einer Haltung die darüber die "Gemütlichkeit des Bei-sich-selber-bleiben-wollens, des Mit-sich-im-reinen-sein-wollens, kurz: die Option auf Identität" anstrebt, teilen wir. Damit aber das Problem der "Entfremdung" ad acta zu legen, obendrein mit der Behauptung, das Thema sei schon von einem richtig verstandenen - späten - Marx überwunden worden, ist falsch, dem muß widersprochen werden. Die Schublade, die Entfremdungsthematik sei eine idealistische Flause der Marxschen Frühschriften und durch die späteren ökonomietheoretisch fundierten wissenschaftlichen Arbeiten von Marx selbst überholt, ist in der Sache nicht zu halten. Wer sich die Mühe macht, die "Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie" von 87/8, aber auch das "Kapital", zu lesen, wird hier nicht nur die Thematik wiederfinden, sondern Marx verwendet auch den Begriff weiterhin (vgl. z.B: MEW 23 S. 4, 96, 63; MEW 42 S. 84, 9, 396). Darüber, ob der Begriff "Entfremdung" als solcher kritisch gesehen werden müsse, weil sich die Frage etwaiger Konnotationen hin auf ein Ressentiment gegen das Fremde stellt, darüber läßt sich diskutieren. Eine solche Diskussion betrifft aber kaum den Theoriegehalt des Begriffs.

Das Problem reduziert sich aber natürlich nicht auf die adäquate Marx-Exegese, sondern bestimmt sich auch inhaltlich. Die Kritik, die cl. am Begriff der "Entfremdung" formuliert, basiert auf der Unterstellung, hinter der Klage über "Entfremdung" verberge sich bloße Sehnsucht nach "Identität". Die Frage, ob das Problem der "Entfremdung" nur der Widerschein eines nichtproblematisierten und nichtverstandenen Strebens nach "Identität" sei, ist aber nur diskutierbar, wenn ein Begriff vom Subjekt auf der Ebene von Individualität entwickelt wurde. Dem aber stellt cl. von vorneherein nicht, da er das zu problematisierende Subjektverständnis samt "Entfremdungs"problematik objektivistisch bereits über Bord geworfen hat.

Cl. bleibt mit seiner Kritik am bürgerlichen Verständnis von Identität rein äußerlich, indem er die Konsequenzen dieses Verständnisses (jede Abschließung (Identität) setzt schon die Ausschließung (Ressentiment)voraus) nur in objektiver Logik benennt, in seinem analytischen Verhältnis diesem bürgerlichen Verständnis aber affirmativ verbunden bleibt (was wahrscheinlich auch hier darin begründet ist, daß er an Hegel orientiert denkt, der bei der Bestimmung des "Ich bin Ich" als formale Identität stehenbleibt und es nicht

mehr in seiner inneren Widersprüchlichkeit untersucht). Die Kritik an "Identität" bleibt damit aber aufs bloße Postulat reduziert. Erst eine immanente Kritik des Verständnisses von "Identität" wäre imstande, jenes Verständnis real zu demontieren. Diese immanente Kritik müßte in dem Nachweis bestehen, daß das Streben nach Identität gerade Ausdruck der Entfremdung des Individuums in kapitalistischer Vergesellschaftung ist.

Der Streit soll hier nicht ausgetragen werden. Wir wollen aber im Widerspruch zu cl. darauf hinweisen, daß die von Marx thematisierte Entfremdungsproblematik - in den "Grundrissen" gekennzeichnet als: "diese völlige Herausarbeitung des menschlichen Innern als völlige Entleerung; diese universelle Vergegenständlichung als totale Entfremdung und die Niederreißung aller bestimmten einseitigen Zwecke als Aufopferung des Selbstzwecks unter einen ganz äußeren Zweck" (MEW 42; 396) - heute virulenter denn je ist. Sie ist nicht objektivistisch zu überwinden. Notwendig wäre dagegen eine Kritik des bürgerlichen Identitätsbegriffs als Ausdruck kapitalistischer Vergesellschaftung, als Ausdruck also einer "entfremdeten" Vergesellschaftung über den Wert; neu zu durcharbeiten wäre in der Konsequenz auch das Marxsche Subjektverständnis hin auf ein kritisches Bewußtsein von "Identität". Als Ansatzpunkt böte sich auch hier eine kritische Konfrontation des Marxismus mit dem Verständnis von Subjekt und "Entfremdung" im französischen Existentialismus, konkret in der Variante Sartres, an (5).

Erkenntnistheorie: Cl.s Hegelei bei umgedrehter Wiederholung traditioneller Theoriefehler

Unseren Differenzen zu cl. scheinen Unterschiede im erkenntnistheoretischen Verständnis zugrundezuliegen. Wir denken, daß cl.s Position sich in Widersprüche und Aporien verliert, so daß er sich zu entscheiden haben wird: entweder seine jetzige Position zu verteidigen, sich dann aber in Konsequenz im Idealismus wiederzufinden, oder seine Position auf ein materialistisches Verständnis hin weiterzuentwickeln.

Am klarsten hat cl. bestimmte Aspekte seines Theorieverständnisses in seinem "Theorie und Praxis"-Papier in der "bahama" Nr. ausgeführt. Der entscheidende Satz, an dem die Differenz sich festmachen läßt, lautet dort: "Kritische, materialistische Theorie hat zu ihrem Gegenstand die gesellschaftliche Praxis selbst, die sie als Totalität nachweisen will, wobei sie sich selbst bis in ihre subtilsten Denkfiguren hinein und ebenso das denkende Subjekt als ein von ebendieser Totalität gesetztes Moment begreifen will, um sich in der Konsequenz umso treffsicherer gegen sie wenden zu können." (6) (S. 2)

Die zentrale Differenz zwischen cl. und uns liegt in seinem Begriff von Totalität als etwas in sich abgeschlossenem Ganzen. Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse wird nach unserem Verständnis in gesellschaftlicher Praxis totalisierend je neu verwirklicht bzw. transzendiert. Diese Differenz zwischen beiden Positionen markiert den Punkt, an dem der Widerspruch zwischen Idealismus und Materialismus - philosophisch personifiziert: der Übergang von Hegel zu Marx - kenntlich wird. Die gesellschafliche Praxis als durch eine Totalität völlig determinierte, und das denkende Subjekt als ein von ebendieser Totaltität nur gesetztes Moment zu begreifen, ist original hegelsche Dialektik, die immer nur die Selbstentfaltung des eh schon gewissen zum absoluten Wissen beschreibt. Darin ist kein Widerspruchsmoment denkbar, das in Totalität Gegebene in Kritik zu überschreiten, sondern es kann sich letztlich in einer abgeschlossenen Geschichte vollendete Wirklichkeit nur noch affirmativ auf den Begriff bringen.

Solche idealistisch in sich abgeschlossene Dialektik Hegelscher Prägung wurde von Marx materialistisch aufgeknackt, indem er gegen Feuerbachs objektivistischen Materialismus den Begriff "revolutionärer Praxis" zur Begründung materialistischer Dialektik neu ins Spiel brachte. These 3: "Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß... Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefaßt und rationell verstanden werden." (MEW 3,f) So wenig wie Marx diesen Punkt dort weiter entfaltet hat, so sehr wäre er - z.B. mit Sartre - heute zum Ausgangspunkt zu nehmen, wenn wir uns erkenntnistheoretisch an eine Neubegründung dialektischer Vernunft machen. Während die dialektische Erkenntnis "für Hegel die Identität von Sein, Handeln und Wissen implizierte", sei eben Marx gerade davon ausgegangen, "daß die materielle Existenz nicht auf die Erkenntnis reduzierbar" sei, insofern die Praxis das Wissen durch ihre ganz realen Auswirkungen je überschreite. Von einem solchen Begriff gesellschaftlicher Praxis, der die je in Totalität zu begreifenden gesellschaftlichen Verhältnisse totalisierend transzendiert auszugehen, hieße nach Sartre, daß materialistische

Theorie Dialektik nicht als Bewegung in vorausgesetzter und völlig abgeschlossener Totalität begreifen, sondern Dialektik als Totalisierung fassen müsse. Mit anderen Worten, Dialektik ist totalisierende Aktivität in der Beziehung "wirksamer Anwesenheit des totalisierenden Werdens in den totalisierten Teilen." (Kritik..., S. 49) Die Schlußfolgerung daraus wäre: Als "erstes Merkmal der kritischen Erfahrung" sei zu bestimmen: "sie wird innerhalb der Totalisierung gewonnen und kann kein kontemplatives Erfassen der totalisierenden Bewegung sein. Ebensowenig kann sie eine besondere und autonome Totalisierung der bekannten Totalisierung sein, sondern sie ist ein reales Moment der ablaufenden Totalisierung." (Kritik..., S.)

Genau diese materialistische Verortung eigener Erfahrung kann cl. für sich nicht mehr bestimmen. Der (Nicht-)Ort auf den sich bei ihm die eigene Kritik zurückziehen muß, kommt verschämt in seinem Nachsatz zum Ausdruck, in dem er - nachdem die Totalität abschließend begriffen ist - sich "in der Konsequenz umso treffsicherer gegen sie wenden zu können" glaubt. Wie denn diese über die bestehende Totalität hinausweisende kritische Wende sich vollziehen soll, nachdem alles in der bestehenden Totalität abgeschlossen wurde, bleibt völlig unerfindlich, ist nur noch idealistisch metaphysisch, über quasi-göttliche Eingebung herzuleiten. Cl.'s Position endet, bestehen wir auf materialistischen Kategorien (was wir tun!), in Aporie.

Diese erkenntnistheoretische Aporie ergibt sich aus cl.s widerspruchsloser Rezeption Kritischer Theorie. Wir wollen deshalb nochmal auf die diesbezügliche Analysen Bricks/Postones zur Kritischen Theorie zurückgreifen. Brick/Postone kritisieren an den kritischen TheoretikerInnen (konkret an Horkheimer), jene hättenbe den erkenntnistheoretischen Horizont einer verkürzenden marxistischen Tradition nicht überschritten; Horkheimer könne seinen Pessimismus - was seine Einschätzung bezüglich der Möglichkeit von Emanzipation angesichts einer Analyse der, wie sie es formulieren, "die gesellschaftliche Totalität zum widerspruchslosen Ganzen geworden" ist, angeht - nur überwinden, indem er eine Disjunktion (7) zwischen Begriff und Gegenstand zur Quelle möglicher Emanzipation erklärt. Diesen negativistischen Zug der kritischen Theorie halten Postone/Brick aber - und u.E. zurecht - für erkenntnistheoretisch unsinnig: eine Disjunktion, über die Bewußtheit besteht, kann stets dialektisch auf ihren Begriff gebracht werden. Nach Brick/Postone konvergiert diese Position mit der Adornos, denn auch der habe eine "Vorstellung von Totalität als notwendig affirmativem Ganzen (anstatt als widersprüchlichem und über sich hinausweisendem Ganzen, selbst wenn es voll entfaltet ist)", entwickelt(S. 227). Das heißt, weil Totalität auch von der Kritischen Theorie im Sinne Hegels verstanden wird, bleibt so auch für sie erkenntnistheortisch letztlich nur der Rückfall in den Idealismus: "Theorie wird nicht mehr als Teil des gesellschaftlichen Ganzen verstanden, in dem es existiert, sondern behauptet eine scheinbar unabhängige Position." (S. 228) Die eigentliche Ursache für Horkheimers/Adornos Aufwertung der Paradoxie liegt demnach darin, daß sie aufgrund ihres Pessimismus ihre kritische Position nicht mehr historisch-materialistisch verorten könnten - der Ort einer möglichen Kritik liegt außerhalb des Seienden. Genau das ist aber eine den historischen Materialismus zerstörende Sichtweise.

Wie Sartre die Differenz Hegel/Marx ausgehend vom Begriff der gesellschaftlichen Praxis entfaltete, entwickeln Brick/Postone sie ausgehend von dem Unterschied der Vorstellungen beider von Totalität. Von diesen je unterschiedlichen Ausgangspunkten laufen ihre Argumentationen dann auf den vom je anderen gewählten Ausgangspunkt zu und kommen so unserer Auffassung nach in je gegenläufiger Argumentation zu einer letztlich gleichen Einschätzung. Nach Brick/Postone entfaltet sich bei Hegel die Totalität als Geist, das identische Subjekt-Objekt, "dialektisch in einem Prozeß der Selbstvergegenständlichung. Der Endpunkt der Entwicklung besteht in der Selbstverwirklichung des Geistes als Totalität." Marx' Kritik Hegels bestehe nun nicht darin, diesen Geistbegriff als bloße Mystifikation abzutun, noch darin ihn "materialistisch" durch die Totalität einer Selbstverwirklichung des Proletaritats (also über den Arbeitsbegriff) als Endpunkt der Entwicklung zu ersetzen, sondern er bestimme das Kapital als das automatische Subjekt, das seiner Selbstverwirklichung entgegentreibt. Wobei, so Brick/Postone, zu beachten sei: "Das Kapital als automatisches Subjekt zu bestimmen expliziert den Begriff der Entfremdung und trägt in sich ein emanzipatorisches Moment, das fehlt, wenn explizit oder implizit das Subjekt mit der Arbeiterklasse identifiziert wird. Die Marxsche Vorstellung vom Kapital als dem Gesamtsubjekt weist daraufhin, daß der Endpunkt seiner Entwicklung nicht in der Verwirklichung als Totalität, sondern in ihrer Abschaffung besteht. Sein grundlegender Widerspruch hat einen anderen Charakter als bei Hegel; er treibt nicht einfach die Entfaltung der Totalität voran, sondern weist über sie hinaus." (23)

Cl.s - u.E. richtige - Kritik an traditionellem Marxismus, er wolle eine Selbstverwirklichung des Proletariats zum Endpunkt der Geschichte machen, ist hier zu ihrer logischen Konsequenz gebracht: Auch das Hegelsche philosophische System ist überwunden, das den dahinterstehenden Totalitätsbegriff speiste - dadurch erst wird die "Totalität" als konkrete historische Größe gefaßt, und der eigene Standort der KritikerIn innerhalb dieser historischen Formation wird materialistisch definierbar.

Folgen wir historisch-materialistischer Analyse von Wirklichkeit, die sich erkenntnistheoretisch an Marx orientiert, so ist u.E. im Bewußtsein der eigenen historischen Situiertheit das Wesen der Dinge aus ihrer jeweils sich aktuell darstellenden Erscheinungsform zu bestimmen. Es gibt dann kein a priori vorhandenes kategoriales begriffliches System, an dem wir die Wirklichkeit nur noch kritisch zu messen hätten, sondern wir müssen uns auch die Kategorien für eine Bestimmung der Wirklichkeit auf begrifflicher Ebene immer wieder über eine Analyse der konkreten Wirklichkeit jeweils neu erarbeiten. Und für eine Kritik einer sich in totalisierender Bewegung befindlichen Totalität bürgerlicher Gesellschaftlichkeit ist immer auch die Praxis - die anderer und die eigene - mit in Betracht zu ziehen.

Aus diesen grundsätzlichen Differenzen ergeben sich andere, konkretere: z.B. zum Stellenwert von empirischer Analyse für Theorie. Daß "Empirismus" zu kritisieren ist, darüber können wir uns schnell einig werden. Aber die Frage ist, ob mit Cl.s Kritik am Empirismus nicht jedes Bemühen um empirische Belege veralbert werden soll. Wenn jeder empirische Beleg, wie sich andeutet, für Cl. prinzipiell nur ein Ausdruck für die von einer Linken "bewußtlos mitgeschleppte" Faktenhuberei sein kann, verweist das u.E. nur auf den von Cl. theoretisch eingenommenen Standpunkt außerhalb der realen Verhältnisse. Die Erarbeitung eines gesellschaftstheoretischen Kategoriengebäude, eines Begriffs von kapitalistisch produzierender und staatlich verfaßter bürgerlicher Gesellschaft, steht nicht im Gegensatz zum Bemühen, auf der Erscheinungsebene Untersuchungen anzustellen, und Argumentationen mit konkreten, zu gewichtenden Belegen abzustützen. Solange sich der Kapitalismus als gesellschaftliche Formation in einem totalisierenden historischen Prozeß befindet ist das Verhältnis von Theorie und Empirie auch das Verhältnis von allgemeinem Kapitalbegriff und dem historischen Prozeß seiner Entfaltung unter den jeweils spezifischen Voraussetzungen. So erhält aber die konkrete Beobachtung eine durchaus eigenständige und bedeutsame theoretische Funktion. Sie hat Kontrollinstanz zu sein, an welcher immer wieder neu zu überprüfen ist, ob theoretische Aussagen über den historischen Entwicklungstand des Prozesses, in welchem das Kapital seinem Begriff tendenziell erst adäquat wird, richtig oder falsch sind, und ist das Material, aus dem adäquate Begrifflichkeiten erst zu entwickeln sind.

Gerade im Bezug auf die Imperialismustheorie, die ja, über die allgemeine Marx'sche Analyse der Kapitallogik hinausgehend, den Versuch unternimmt zu einer konkreten historischen Bestimmung des Entwicklungsprozesses des Kapitals auf dem Weltmarkt zu kommen, kommen wir um eine auch empirisch fundierte Analyse nicht umhin. Erst über die Analyse der empirischen Faktizität von Wirklichkeit bekommen wir hier ansatzweise eine Vorstellung davon, wieweit das Kapital in seiner Weltmarktbewegung heute fortgeschritten ist.

Eine analytisch reflektierte Kritik ist also keine Einbahnstraße hin auf einen theoretisch durchgearbeiteten Begriff, sondern sie sollte sich in kritischer Reflektion in einer Dialektik bewegen, die die Spannung zwischen Empirie und theoretischem Begriff hält. Die bisher von cl. an den Tag gelegte völlige Mißachtung, was konkrete empirische Analyse, was die Erscheinungsebene betrifft, sollte von ihm selbst ebenso als Manko reflektiert werden können, wie mittlerweile wohl unumstritten ist, daß Empirie als reine Faktenhuberei, wie sie im AK kultiviert wurde, für eine die Linke theoretisch orientierende Kritik nicht ausreicht. An den je individuellen Schwächen, die wir aus unserer je unterschiedlichen politischen Biografie verstehbar mitbringen,sei es bei den Höhenflügen in der Theorie, oder angesichts der Mühen der Ebenen von Empirie, ließe sich dann ja noch arbeiten.

Imperialismustheorie: Cl.s weltweite freie und gleiche Rechtssubjekte

In diesem Beitrag versuchten wir bisher, einige Voraussetzungen für eine Debatte über Imperialismustheorie und Anti-Imperialismus zu thematisieren. Cl. postuliert in seinem Beitrag, Imperialismustheorie sei insgesamt als Konsequenz eines falschen Anti-Kapitalismus zu betrachten - er negiert also so grundlegend wie oberflächlich bisherige Sichtweisen in toto. Cl. fordert ein, an ihrer Stelle die Durchsetzung der Kapitallogik im Weltmarktzusammenhang gebührend wahrzunehmen. Dabei verlängert cl. die (oben

diskutierte) Kritik an "soziologistischem Klassenkampfdenken" auf den Internationalismus "der Linken", er sieht es im Antiimperialismus gar auf die Spitze getrieben (und wohlgemerkt: gemeint und angegriffen ist hier nicht eine einzelne, konkrete linke Stellungnahme, sondern die ganze Tradition "der Linken"). Cl. setzt also seine These von den "freien und gleiche(n) Geld- und Rechtssubjekten" auf die Teilnehmer am Weltmarkt fort, der demnach und in diesem Sinne vom Kapitalverhältnis vollständig durchdrungen sei (wir glauben, cl. kaum Gewalt anzutun, wenn wir an dieser Stelle auf Jochen Bruhns Begriff von der "totalen Weltökonomie" erinnern; vgl. AK 33, S. 34 ff, "Der Golfkrieg, die Linke und der Tod").

Eine solche These - zugunsten derer wir vom Imperialismusbegriff Abschied nehmen sollen - halten wir aber auf verschiedenen Ebenen für falsch:

1. Die "Totalisierung" des Kapitals auf dem Weltmarkts ist ein noch lange nicht abgeschlossener Prozeß. Von einer gleichmäßigen kapitalistischen Durchdringung der Welt kann keine Rede sein. Es ist auch heute noch festzuhalten, daß die Grundlage für kapitalisdtisches Wirtschaften weiterhin im wesentlichen der Nationalstaat ist. Das heißt, daß die von Marx zugrundegelegte Bestimmung des Austauschs zu Produktionspreisen und der Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate im nationalen Rahmen auch heute noch gilt. Das bedeutet aber, daß darüber selbst in reiner allgemeiner Marx'scher Kaptiallogik gedacht, die Ungleichheit auf Weltmarkt auch heute noch festgeschrieben ist. Cl. abstrahiert in seiner Betrachtung von den realen weltgesellschaftlichen Verhältnissen, wie er es bezüglich der innergesellschaftlichen Produktionsverhältnissen tat, und beiden Fehlern liegt das gleiche systematische Mißverstehen zugrunde, Marxsche Kategorien als abgetrennte "Ökonomie" wesentlicher Inhalte zu berauben. Ohne daß damit verschiedenste "außerökonomische" Mittel und Wege imperialistischer Ausbeutung überhaupt berücksichtigt sind., zeigt sich schon innerhalb einer Analyse mit marxschen "ökonomischen" Kategorien, daß auch im internationalen Maßstab von "gleichen Rechtsverhältnissen" nicht die Rede sein kann, soll es um eine politische Ökonomie der Verhältnisse gehen. Obschon ihnen natürlich im internationalen Tausch und im Völkerrecht eine gewisse materielle Substanz wiederum innewohnt, transportiert cl. durch seine Postulate eine Verschleierung der dahinterstehenden (und darin verwirklichten) internationalen Ausbeutungsverhältnisse, die durch empirisch fundierte Analysen zu erschließen und auf den Begriff zu bringen sind. - Für diesen Zusammenhang, wie auch für andere Problemstellungen, einer akualisierenden Analyse der Weltmarktbeziehungen, bietet ein von Christel Neusüss 972 veröffentlichter Text u.E. wichtige Gedanken, den wir daher in der anschließenden Literaturangabe berücksichtigen.

2. Auch heute sind die internationalen Beziehungen aber durch völkerrechtliche und wirtschaftsgesetzliche Maßnahmen geprägt, die sehr real Ausbeutung bewirken: Systeme von Schutzzöllen, von Abhängigkeiten werden geschaffen, die nicht einfach einem "Selbstlauf des Geldes" (Kurz) zugeschrieben werden können. Wenn - um ein aktuelles Beispiel zu nennen - die Bundesrepublik dem Staat Namibia die Entwicklungshilfegelder halbiert, um Namibia für ein Wirtschaftsabkommen mit dem Konkurrenten Frankreich zu bestrafen (Vorwand: der darin enthaltene Kauf eines Präsidenten-Jets, der französische Bedingung für das Abkommen war), so handelt es sich um eine wirtschaftspolitische Ordnungsmaßnahme, die die Unterordnung Namibias unter deutschen Einfluß gegen den französischen Konkurrenten absichern soll (und wohl wird). Das EG-Imperium mit seinen unterschiedlichen Graden an Schutzzöllen, an Assoziationen etc. ist ein institutionalisiertes Beispiel für einen solchen Herrschaftszusammenhang. Die Kuba-Blockade ist in diesem Sinne nur zugespitztestes Beispiel für all die unspektakulären Maßnahmen, die tagtäglich im Interesse der wirtschaftlich-politisch starken Ökonomien und ihrer Bourgeoisien wirken.

3. Weiter muß von einem ständigen Zusammenwirken von Kapitaldurchdringung/ Wirtschaftsbeziehung und militärischen Machtbeziehungen gesprochen werden. Militärmacht, die historisch in kapitalistischem Weltmarkt stets eine bedeutende Rolle spielte, schickt sich keinesfalls an, diese Bedeutung einzubüßen. Und diese militärische Komponente kann nicht als die Ausnahme definiert werden, die z.B. nur in Kraft träte, wenn der Kapitalismus in der zugespitzten Krise seine eigene Selbstaufhebung bewirkte (eine These der ISF/Freiburg zum Golfkrieg): Sie ist vielmehr ein Faktor in Gewalt- und Herrschaftsverhältnissen, der unaufhörlich meist unsichtbar, manchmal sichtbar, dauerhaft wirksam sind - und bleiben. Kapitalistische Weltwirtschaft ohne diesen Faktor ist nicht denkbar.

So allgemein und profan diese kurzen Gedanken sind, formulieren auch sie dem Denken cls. bereits im

Grundsatz widersprechende Sichtweisen. Es kam uns nur kurz darauf an, hier zu skizzieren, warum wir es weiterhin für notwendig erachten, daß sich die Linke ein Verständnis von der Weltmarktbewegung des Kapitals erarbeitet, das über "reine" Kapitallogik (im Sinne einer als verselbständigt gedachten Sphäre von"Ökonomie") hinausgeht und die die verschiedenen mit der Imperialismustheorie aufgeworfenen Dimensionen der Herrschaft mit bedenkt. Wir sehen daher in Fragen, wie sie z.B. von ims/hG aufgeworfen wurden, wichtige Zugänge zu einer Diskussion um Imperialismus/Antiimperialismus - nicht aber in den Ausführungen CL.s, dessen Herangehen dafür leider gar nicht hilfreich ist.

rh. und Be, Gruppe K Hamburg

Literatur:

Barbara Brick/ Moishe Postone: Kritischer Pessimismus und die Grenzen des traditionellen Marxismus, aus: Bonß/Honneth (Hg.), Sozialforschung als Kritik, Suhrkamp 982

Neusüss Christel: Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals, Erlangen 972

Sartre Jean-Paul: Kritik der dialektischen Vernunft. Theorie der gesellschaftlichen Praxis, Rowohlt 98

Anmerkungen:

1) Unter dem Titel: "Warum und wie eine Diskussion um den (Anti)imperialismus?" vorgelegt auf dem Bundestreffen der Gruppe K 2./2.6., dokumentiert in dieser Bahamas.

2) Der Kollaps der Modernisierung, Raubdruck ohne Ort/Jahreszahl, S. 8; auf derselben Seite z.B. weiter: "Das Geld stellt die gesellschaftliche Realabstraktion dar, es ist die Inkarnation abstrakter Arbeit schlechthin, gänzlich entkoppelt vom konkreten Produktionsinhalt" - Marx weist im Gegenteil nach, der Anschein. im Geld könne eine von konkreter Arbeit und von gesellschaftlichen Beziehungen gänzlich unabhängige Dimension gesehen werden, als Fetischcharakter des Geldes bezeichnet. Folgerichtig benutzt Kurz den Marxschen Fetischbegriff durchgängig in völlig inadäquater Weise.

3) Aporie: Ratlosigkeit, Ausweglosigkeit; Unmöglichkeit, eine philosophische Frage zu lösen

4) Exteriotät: Bereich der Äußerlichkeit, in dem sich die Bedingungen einander äußerlich sind, weil sie von keinem Verinnerungszentrum verinnerlicht werden; als Bereich undialektischer Beziehungen Gegenstand analytischer Vernunft; Interiotät: Bereich dialektischer Beziehungen, in dem Bedingungen im Zuge einer Praxis verinnerlicht werden, um später rückentäußert werden; Erklärungen nach: Kritik...,, Glossar S. 874

5) Für Sartre ist der Mensch als Individuum nicht ein in sich geschlossenes, mit sich identisches Subjekt, sondern verweist im Sich, seiner Anzeige auf sich selbst, gerade auf "eine ideale Distanz in der Immanenz des Subjekts zu sich selbst" und damit auf "eine Weise, nicht seine eigene Koinzidenz zu sein, der Identität zu entgehen". In Auseinandersetzung mit Hegel (s.o.) besteht Sartre auf dem Bewußtsein von einer Verneinung der Beziehung des "Ich bin Ich" als Identität. Bezüglich des darin zum Ausdruck kommenden Bewußtseins von der eigenen Objektheit, von Identität zu sprechen, d.h. sich mit der eigenen Objektivierung zu identifizieren, wäre für Sartre gerade Ausdruck von "Entfremdung", denn das ist seine Definition von "Entfremdung": "Entfremdung ist Objektivierung".

6) Auf diesen einen Satz ließe sich der ganze Text cl.'s ohne Verlust reduzieren - denn der ganze Text dreht sich um das Komma nach "will,...": Davor Objektivismus, danach Idealismus.

7) Disjunktion läßt sich übersetzen mit: Trennung, Sonderung; oder bedeutet in der philosophischen Logik: Verknüpfung zweier Aussagen durch das ausschließende "entweder-oder"

Ideologietheorie und linker Diskurs

Für die Verabschiedung der "Ideologiekritik"

Zunächst eine Nachlese zu einer Schlammschlacht aus den letzten Nummern des Dach-ak. Im ak 337 hatte mir. einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Rassismusdebatte (Balibar, Miles, Taguieff u.a.) gegeben. cl. entgegnete ihr im ak 340 mit einem Verriß, in dem die Autorin in übelster Weise niedergemacht und unter Berufung auf Moishe Postone und Joachim Bruhn die einzig wahre Theorie präsentiert wurde, die darin bestehen soll, Rassismus und Antisemitismus im Rahmen einer Ideologiekritik als durchs Kapitalverhältnis produziertes falsches Bewußtsein zu behandeln. Ich habe es mir daraufhin erlaubt, im ak 341 in einigen knappen Bemerkungen cl. zu kritisieren. Ich war gespannt, ob cl. darauf antworten würde. Er ließ nichts von sich hören. Umso größer war meine Überraschung, als im ak 343 auf Seite 37 der von cl. zitierte und von mir mitkritisierte Joachim Bruhn, Cheftheoretiker der Freiburger ISF - der sonst nicht im ak schrieb und sein eigenes Hausorgan (*kritik und krise*) hat - mir zu zeigen versuchte, was eine Harke ist. Offensichtlich hat mein Artikel ins Schwarze getroffen. Getretene Hunde beißen eben.

I.

Kritik und Denunziation

Joachim Bruhn gibt zu, daß Diskussion ihm zu akademisch, konformistisch und affirmativ ist und daß er stattdessen "Ideologiekritik" als Verfahren der *Denunziation* bevorzugt. Er meint damit die "Denunziation der praktizierten Lüge", für die in diesem Falle ich als Exempel stehe. Bei der Formulierung seiner Einwände gegen meinen Beitrag mag er nicht auf persönliche Diffamierung seines Kontrahenten verzichten, wobei schon erstaunlich ist, was er aus meinen knappen Thesen alles herausliest, indem er mich als kleingeistigen Mitläufer und antikritischen Akademiker mit "anti-ökonomiekritischem Furor" und dem "Bedürfnis..., um jeden Preis den Konsens - und sei es den linken - zu repräsentieren", porträtiert und bei mir einen "Konformismus" diagnostiziert, "der den Individuen den letzten Rest Individualität, der sich in ihren Obsessionen verbirgt, auch noch austreiben will". Der letzte Rest an Individualität des Joachim Bruhn besteht offensichtlich darin, daß er keine Auseinandersetzung ohne willkürliche Verdrehungen führen kann und allerhand schweres Geschütz auffahren muß - "Positivismus" und "Strukturalismus" dürfen als Anklagepunkte gegen den "halbierten Rationalismus" ebensowenig fehlen wie der Hinweis auf den obligatorischen Buhmann Habermas. Jetzt also wissen wir, wie "Ideologiekritik" geht. Naive Menschen könnten allerdings immer noch fragen: Was soll das?

Die psychologische Diskussionsebene ist nicht von mir eingeführt worden, sondern von Bruhn. Wohl habe ich mich zu cl. polemisch geäußert - das war eine Reaktion auf seine Vorgehensweise gegen mir. und alle diejenigen, die er als dumme Moralisten verächtlich machte. Auch ist Polemik manchmal in der Tat notwendig und produktiv. Wenn ich indes von "Arroganz" und "Überheblichkeit" sprach, meinte ich, wie sich durch Lektüre der Überschrift meines letzten Artikels in Erfahrung bringen läßt, *theoretische* Überheblichkeit und nicht irgendwelche psychischen Obsessionen, wie Bruhn unterstellt. Bruhn will mich nicht richtig verstehen, weil das sein Konzept durcheinanderbringen würde. Er läßt durchblicken, daß er sich mit cl.s Attitüde nicht ganz identifizieren möchte; aber er muß das, was auch ihm vielleicht an cl. fragwürdig erscheinen mag, als einen psychologischen Faktor ansehen, der vom Inhalt seiner Aussagen zu trennen wäre - damit sich der Inhalt verteidigen läßt. Mir ging es um etwas ganz anderes: Was ich kritisiere, ist die *Ausgrenzungen produzierende Struktur eines Diskurses*, durch den *aus (aktuellen oder potentiellen) politischen Verbündeten Gegner oder Trottel gemacht werden.*

Nichts erstrebe ich weniger als Konsens um jeden Preis, wie Bruhn mir willkürlich andichtet. Die entscheidende Frage ist vielmehr die nach der *Plattform, auf der Konsens und Dissens artikuliert werden.* Meine These, die den Leitfaden der folgenden Erörterung darstellt, ist die, daß die in der linken Tradition vorherrschende *dichotomische* Artikulation von Dissens als *Ideologiekritik*, d.h. als Entgegensetzung von "Wahrheit" (oder "Kritik") und "falschem Bewußtsein" in der heutigen Situation sowohl deren Erkenntnis als auch politische Handlungsfähigkeit eher behindert als fördert.

Theorie und Politik

Die orthodoxe Tradition des Marxismus ging davon aus, aus einer wissenschaftlich richtigen

Erkenntnis der Wirklichkeit die richtige Politik ableiten zu können. Es liegt auf der Hand, daß die heutige Krisensituation ein solches Vertrauen nicht gestattet. Die schlechthin wahre große Theorie ist nicht mehr denkbar; simulieren läßt sie sich nur um den Preis dogmatischer Tabus und Denkverbote. Gleichwohl rationalisieren wir unsere politischen Optionen und Perspektiven stets in argumentativen Darstellungen. Theorie ist die relativ autonome Artikulation der Beschreibungsweisen, in denen wir Wirklichkeit konzeptualisieren. Die theoretische Reflexion, deren wir bedürfen, ist nicht mehr und nicht weniger als die Verständigung über die grundlegenden Konzepte, in denen wir unsere politischen Handlungsspielräume denken.

Die theoretische Artikulation *schafft* nicht zuletzt ein Stück politischer Wirklichkeit, indem sie "Demarkationslinien" zieht (Lenin) und *sagt, wer der Feind ist*. Solidarität und Abgrenzung hängen stets von der Beschreibungsweise ab, in der wir gesellschaftliche Wirklichkeit auffassen - diese ist uns als politisch Handelnden nie unmittelbar, durch bloßes Hinschauen gegeben, sondern immer nur *in* und *mittels* einer Beschreibungsweise. Wir alle wissen, daß mitunter der Kampf um Worte von entscheidender Bedeutung sein kann. Ob von "Kapitalismus" oder "Marktwirtschaft", von "Rassismus" oder "Ausländerfeindlichkeit" die Rede ist, ist ein politischer Unterschied ums Ganze.

Der Konflikt, den cl. mit seiner Polemik gegen mir.s Darstellung vom Zaun brach, war nichts anderes als ein Konflikt um eine Beschreibungsweise. Ich gehe davon aus, daß mir., cl., Joachim Bruhn und ich in der Abneigung gegen Rassismus und Antisemitismus übereinstimmen. mir. hat in ihrem Artikel einen Anlauf unternommen, den Sachverhalt Rassismus zu konzeptualisieren; dabei wurden zentrale Probleme zur Sprache gebracht. Was veranlaßte cl. dazu, ihren Versuch vehement für mißlungen und falsch zu erklären? Offensichtlich glaubte er, eine bessere Beschreibungsweise anbieten zu können. Dagegen wäre nichts zu sagen. Bloß impliziert, worauf ich an anderer Stelle bereits hinwies, seine "ideologiekritische" Beschreibungsweise eine starke Behauptung mit fundamentalen Konsequenzen für das politische Selbstverständnis: cl. beschrieb einen mittels bestimmter Theorien konstruierten grundlegenden Unterschied zwischen einer dem "Fetischismus" der verkehrten Verhältnisse unterworfenen, im "falschen Bewußtsein" befangenen Denkform - der bürgerlichen, die als Grundstruktur rassistischen und antisemitischen Ressentiments dargestellt wurde - und der "Kritik" als der sozusagen für die Linke konstitutiven. Die eigentliche Spitze dieser Argumentation war die Behauptung, daß jedoch der größte Teil der Linken - nämlich alle, die nicht die Theorien von Bruhn und Postone vertreten - selbst in der falschen, fetischistischen Denkform befangen ist und sie reproduziert, also nicht die für wirkliche Kritik konstitutiven Voraussetzungen erfüllt. Die meisten Linken, so die Quintessenz von cl.s Argument, unterscheiden sich von den Bürgerlichen bloß durch den subjektiven moralischen Willen, der aber ohnmächtig und folgenlos bleibt, während sie in der objektiven Qualität ihrer Gedanken der bürgerlichen Ideologie konform sind und damit mit zur Reproduktion der verkehrten Verhältnisse beitragen. So wird mit Hilfe von Theorie eine Demarkationslinie zwischen Freund und Feind gezogen: hier die wahren Kritiker (die man freilich an wenigen Händen abzählen kann), dort die Masse der objektiv konformen linken Moralisten, die entweder bekehrt oder bekämpft werden müssen. Durch eine "ideologiekritische" Beschreibungsweise wird also ein Gegensatz *produziert*. Fragt sich nur, wozu. Und: Wenn die meisten Linken so dumm sind, wie cl. sie hinstellt, wieso arbeitet er dann mit solchen inferioren Kräften überhaupt noch zusammen? Wenn sie alle im falschen Bewußtsein befangen sind und ihr Moralismus als ihre einzige kritische Qualität verkehrt ist, wie will cl. die von ihm Verspotteten dann noch überzeugen? Das aber ist der Pferdefuß - und zugleich der Grund, warum ich dieser Angelegenheit so große Aufmerksamkeit widme: cl. ist ein - gewiß extremer, aber dadurch umso klarer kenntlicher - Vertreter einer Linken, die die Adressaten ihrer Politik nur als *zu Belehrende* kennt. Vor diesem Hintergrund ist Joachim Bruhns Abneigung gegen Diskussion natürlich nicht verwunderlich. Eine solche Strategie ist mit gutem Grund diskreditiert. Bedauerlich ist, daß sie überdies die Gefahr in sich birgt, selbst an sich richtigen Anliegen Bärendienste zu erweisen.(1) Das allgemeine Problem, das dahinter steckt, ist eines der Ideologietheorie. Es hängt damit zusammen, daß die Marxisten von einer *ideologiekritischen* Konzeption ausgingen, derzufolge sie selbst die Wirklichkeit richtig erkennen, während die anderen in einem strukturell bedingten "(notwendig) falschen Bewußtsein" befangen sind und der "Aufklärung" bedürfen, also belehrt werden müssen.

II.

Marxismus und Ideologiekritik

Eine Grundthese des Marxismus besagt, daß das

(gesellschaftliche) Sein der Menschen ihr Bewußtsein bestimmt; eine andere, daß eine herrschende Klasse ihr partikulares Interesse zum allgemeinen der Gesellschaft machen muß, indem sie ihre Gedanken zu den herrschenden macht - sie kann dies in rationeller Weise tun, solange ihre Herrschaft der Entwicklung der Produktivkräfte dient. Der traditionelle Marxismus ging davon aus, daß der "historische Beruf" der Arbeiterklasse darin besteht, mit ihrer Emanzipation zugleich die der gesamten Menschheit zu erkämpfen. Gegen den Idealismus machte Marx darauf aufmerksam, daß die Berufung auf irgendwelche Ideen der Vernunft leer und nichtig ist und nicht an die Triebkräfte des Geschichtsprozesses rührt; wahr und vernünftig indes ist das Denken, das der materiellen Emanzipation der Arbeiterklasse dient, insofern diese Emanzipation, indem sie auf die Abschaffung der Klassenteilung der Gesellschaft zielt und mit der Überwindung des bornierten Konkurrenzprinzips die vollständige Entfaltung der Produktivkräfte ermöglicht, die universellste Perspektive eröffnet. Das Denken hingegen, das dem Interesse der Bourgeoisie an Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft dient, ist in dem Maße irrational und falsch, wie die Herrschaft der Bourgeoisie zum Hemmnis der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion wird. Diese ideologietheoretische Konzeption, von Marx in der *Deutschen Ideologie* entwickelt, war für die marxistische und leninistische Orthodoxie weithin maßgeblich. Ihre immanente Schwierigkeit besteht in der *interessentheoretischen* Fassung des Ideologiebegriffs: Es wird ein durch die klassenmäßige Stellung der Akteure in den Produktionsverhältnissen unmittelbar definiertes "Interesse" angenommen, das sich dann gewissermaßen in Gedanken "übersetzt", die das Interesse rationalisieren. Es ist aber schwer nachzuvollziehen, wie sich die "Übersetzung" eines ökonomischen Interesses in einen für wahr gehaltenen, mit Überzeugung vertretenen Gedanken vollzieht. Wird zum Beispiel angenommen, daß Rassismus eine den Profitinteressen des Kapitals entsprechende Ideologie zur Verdummung und Täuschung der kleinbürgerlichen und proletarischen Massen sei, so ist damit gleichwohl nicht recht zu verstehen, wieso jene Massen, die ja im Endeffekt gar nicht die Profiteure sind, tatsächlich daran glauben.

Georg Lukacs hat in seiner 1923 erschienenen Aufsatzsammlung *Geschichte und Klassenbewußtsein*, die ein Meilenstein des unabhängigen marxistischen Denkens war, im Rahmen des Projekts einer Theorie des Klassenbewußtseins eine den äußerlich-instrumentellen Ökonomismus überwindende Grundlegung der Ideologietheorie zu geben versucht, die richtungsweisend für die ideologiekritische Argumentation des westlichen Marxismus und der Kritischen Theorie wurde. "Die Schranke..., die das Klassenbewußtsein der Bourgeoisie zum 'falschen' Bewußtsein macht", heißt es darin, "ist objektiv; sie ist die Klassenlage selbst. Sie ist eine objektive Folge der ökonomischen Struktur der Gesellschaft, nichts Willkürliches, Subjektives oder Psychologisches."(2) Die Positionen, die die Marxisten an ihren Gegnern kritisieren, sind also nicht Resultate zufälligen Irrtums oder mangelnden Denkvermögens im Sinne subjektiver Dummheit noch irgendeiner Interessenpsychologie, sondern durch die objektiven strukturellen Verhältnisse bedingt. Lukacs erblickt die Ursache in dem, was Marx den "Fetischcharakter der Ware" nannte: Das "bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst" nimmt die "phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen" an(3). Die kapitalistische Produktionsweise ist die erste, in der reale *Vergesellschaftung* vollzogen ist. Durch die industrielle Produktion und den universellen Austausch von Äquivalenten sind die Menschen von naturwüchsigen Bedingungen emanzipiert: sie erzeugen ihre Lebensbedingungen selbst. Aber sie wissen es nicht: ihre eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse erscheinen ihnen als eine ihnen fremde Macht, der sie unterworfen sind. Diesen Sachverhalt nennt Lukacs "Verdinglichung". Wie Theoretiker wie Moishe Postone auf Grundlage dieser Konzeption das Phänomen des Rassismus und des Antisemitismus als aus dem Fetischismus hervorgehendes "falsches Bewußtsein" beschrieben haben, hat cl. dargestellt: Wie in der verkehrten Welt des Kapitalismus das gesellschaftliche Verhältnis des Werts als vermeintlich gegenständliche Eigenschaft von Dingen erscheint, erscheinen die Rollen, die die Verhältnisse bestimmten Menschengruppen zuweisen, als ihre vermeintlich natürlichen Eigenschaften.

Es geht also hier darum, daß das *Wesen* des gesellschaftlichen Zusammenhangs in einer objektiv *verkehrten* Form zur *Erscheinung* gelangt. Verkehrt wie sie sind, erzeugen die Verhältnisse selbst ihre oberflächliche, *ideologische* Wahrnehmung als "falsches Bewußtsein". Nun wird dieses falsche Bewußtsein als ein *passiver Reflex* interpretiert, der sich aus der unmittelbaren Erscheinungsweise der verkehrten Verhältnisse ergibt. Wie aber gelangt die richtige (marxistische) Erkenntnis über diesen Reflex der Zustände in ihrer Verkehrtheit hinaus?

Lukacs rekurriert hier auf das Proletariat, dessen Klassenlage seiner Theorie zufolge objektiv so beschaffen ist, daß die Selbsterkenntnis des Proletariats mit der Erkenntnis des Wesens der Gesellschaft übereinstimmt. Das Proletariat ist einerseits vollständig Objekt, Produkt der Entfremdung und Verdinglichung der kapitalistischen Verhältnisse - andererseits aber zugleich als arbeitende Klasse Subjekt des gesellschaftlichen Prozesses. In der Lohnarbeit tritt in entfremdeter Form das Wesen der Gesellschaft, nämlich die vom Naturzusammenhang emanzipierte Erzeugung der Lebensbedingungen durch die gesellschaftliche menschliche Arbeit, rein hervor. Indem das Proletariat sich mit seiner eigenen Klassenlage, seinen entfremdeten Bedingungen auseinandersetzt, kann und muß es die gesellschaftliche Wirklichkeit richtig erkennen, die dem bürgerlichen Warenbesitzer durch den Fetischcharakter der Ware verborgen bleibt. Das Proletariat gelangt durch seine Praxis über die *kontemplative* Abspiegelung des Vorhandenen hinaus zur Erkenntnis des *Prozesses*, der die "Fakten" erzeugt, die damit als aufhebbare kenntlich werden; das "verdinglichte" bürgerliche Bewußtsein aber bleibt in den Schranken seiner Teilrationalität befangen und hinter dem objektiven Fortgang des Vergesellschaftungsprozesses zurück.

Objektive Verblendung: das Paradox der Kritischen Theorie

Die "Kritische Theorie" Max Horkheimers und Theodor W. Adornos knüpft in ihren Grundlagen an diese Marx-Interpretation von Lukacs an - ohne freilich noch geschichtsphilosophisch aufs Proletariat setzen zu können. Sie stellt sich einer Situation, in der in Rußland das Erbe der Revolution vom Stalinismus usurpiert wurde, in Deutschland das Grauen des Faschismus triumphierte und in den USA eine Form von Kapitalismus sich herausbildete, in dem keine Spur von Widerstand mehr anzutreffen war. Die Kritische Theorie kennt keinen gesellschaftlichen Träger "richtigen" Bewußtseins mehr. Horkheimer und Adorno spitzen die These von "falschen Bewußtsein" zu der vom universellen "Verblendungszusammenhang" zu. Indem aber das falsche Bewußtsein total wird, wird es zugleich mehr als bloß Bewußtsein: Ideologie und Wirklichkeit gleichen sich einander an. In der *Heiligen Familie* hatte Marx gesagt, daß Bourgeoisie und Proletariat gleichermaßen von der Entfremdung betroffen seien, bloß mit dem Unterschied, daß der Bourgeois sich in seiner Entfremdung wohlfühlt, der Arbeiter nicht. Horkheimer und Adorno steht eine Situation vor Augen, in der auch die Beherrschten sich im Stande der Entfremdung wohlfühlen. Welchen Sinn macht es da noch, davon zu reden, daß ein *objektiver* Zustand, charakterisiert als Ausbeutung, Entfremdung usw., von den davon betroffenen Massen *subjektiv* "falsch" wahrgenommen würde, wenn tatsächlich die überwiegende Mehrheit sich mit diesem Zustand identifiziert? Offensichtlich langt es dann nicht mehr zu, Ideologie als ein Bewußtsein zu interpretieren, das ein davon *verschiedenes* Sein verschleiert, weil so die Bejahung der Verhältnisse durch diejenigen, die sie der Theorie zufolge ändern sollten, selbst zu einer Qualität des gesellschaftlichen Seins wird. Dabei fällt insbesondere der Umstand ins Gewicht, daß im Spätkapitalismus die "Kulturindustrie", die den Konformismus der Massen systematisch und planmäßig erzeugt und sich dabei auch noch "demokratisch" damit legitimiert, daß die Massen ja tatsächlich Nachfrage nach ihren "Unterhaltungs"-Produkten artikulieren, selbst integraler Teil der Produktionsverhältnisse ist, deren Reproduktion sie besorgt. Die Massen identifizieren sich mit den Anpassungsmustern, die ihnen in Filmen, Zeitschriften, Unterhaltungsmusik usw. vorgesetzt werden. Die Welt ist so verkehrt geworden, daß niemand mehr an der Macht des Geldes und dem Zwang zur Lohnarbeit etwas verkehrt findet. Schein und Realität sind nicht mehr zu unterscheiden.

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt: Die Ideologie der alten bürgerlichen Gesellschaft des neunzehnten Jahrhunderts zielte laut Adorno darauf ab, die in den Produktionsverhältnissen steckende Ausbeutung durch die Proklamation der Freiheit und Gleichheit des Äquivalententauschs zu verdecken. In dieser Ideologie steckte damit immerhin der Anspruch *rationaler* Rechtfertigung, der sich kritisch überprüfen läßt. Der Spätkapitalismus hat sich solche Ansprüche längst abgeschminkt. Das Grundwertegefasel von Politikern nimmt im Grunde kein Mensch ernst; alle wissen, daß jeder Versuch, die Güte der bestehenden Gesellschaft ernsthaft durch Argumente zu begründen, irrelevant und lächerlich ist. Das Bestehende verschafft sich Anerkennung nicht durch Argumente, sondern einfach durch die erdrückende Übermacht seiner Existenz, der die Ohnmacht der Subjekte korrespondiert. "Die Ideologie ist keine Hülle mehr, sondern nur noch das drohende Antlitz der Welt"; die Realität wird "mangels jeder anderen überzeugenden Ideologie zu der ihrer selbst"(4). Ideologiekritik als Kritik falschen Bewußtseins setzt Adorno zufolge voraus, daß das kritisierte Bewußtsein so etwas wie einen ernsthaften Anspruch auf Wahrheit und Verhandlungsfähigkeit erhebt, an dem es zu messen wäre. Das Fatale aber ist, daß die heute

vorherrschenden Ideologien diese Voraussetzung längst nicht mehr erfüllen. Daher kommt es, daß der Versuch rationaler Kritik, die Wahrheit und Schein zu unterscheiden sucht, im Grunde lächerlich wird: "Die Verdinglichung, kraft deren die einzig durch die Passivität der Massen ermöglichte Machtstruktur diesen selbst als eiserne Wirklichkeit entgegentritt, ist so dicht geworden, daß ... die bloße Vorstellung vom wahren Sachverhalt notwendig zur verstiegenen Utopie, zum abwegigen Sektierertum geworden ist. Der Schein hat sich so konzentriert, daß ihn zu durchschauen objektiv den Charakter der Halluzination gewinnt."(5) Mit dieser radikalen Zuspitzung gestehen Horkheimer und Adorno die Randständigkeit ihrer eigenen Erkenntnis ein.

Perspektivenwechsel der Kritik

Damit stellt sich die Frage, an der Joachim Bruhn Anstoß nimmt: Wenn der Schein, die Verblendung universal geworden, mit der Wirklichkeit selbst identisch ist, wie läßt sich in diesem Zustand dann überhaupt noch richtig denken? Auf welcher Grundlage ist Kritik noch möglich, wenn die bestehende Gesellschaft gerade so funktioniert, daß sie ihren Angehörigen mit Erfolg jeden Gedanken daran, daß es anders sein könnte als es ist, austreibt und jede Perspektive auf Veränderung verbaut? Horkheimer und Adorno haben diese Frage sehr ernst genommen, auch wenn sie sich dazu direkt nicht in zentralen Werken, sondern eher am Rande geäußert haben. Die übereinstimmende Einschätzung, die sich in Adornos Vorrede zu *Minima Moralia* oder verschiedenen Notizen Horkheimers findet, lautet: Das, was Horkheimer und Adorno zur Opposition veranlaßt, sind Erfahrungen, die sie den Privilegien ihrer großbürgerlichen Herkunft zu verdanken haben: der Vertrautheit mit einer Anfang des Jahrhunderts gerade noch intakten, aber unwiderruflich zum Verschwinden verurteilten Kultursphäre, in der noch differenzierte Erfahrung und geistige Autonomie möglich war, eine Art von Denken, das sich nicht ökonomischen Verwertungszusammenhängen fügt und sich daher der Tendenz zur totalen Integration widersetzt. Oft hat eine noch ungebrochen selbstsichere Linke deshalb leichtfertig Horkheimer und Adorno eine elitär-konservative Einstellung vorgeworfen. Sicher stimmt es, daß oppositionelle Erfahrung aus verschiedenen Zusammenhängen und ganz anderen als dem einer antiquierten bildungsbürgerlichen Sphäre hervorgehen kann. Gemeinsam aber ist heute wohl allen radikal linken Positionen, daß die Werte, auf die sie sich stützen, tatsächlich aus eher randständigen, rückläufigen Bereichen stammen - ganz im Gegensatz zur traditionellen Auffassung des Arbeiterbewegungs-Marxismus, die Solidarität aus der an der Spitze des Fortschritts stehenden industriellen Arbeitswelt ableitete. Eben über diesen Perspektivenwechsel kritischen Bewußtseins haben Horkheimer und Adorno sich keine Illusionen gemacht.

Welchen Sinn aber hat es, der konformen, die herrschenden Tendenzen repräsentierenden Mehrheit "falsches Bewußtsein" zu unterstellen? Was ist im strengen Sinne "falsch" am Bewußtsein von egoistisch-liberalen Karriere-Yuppies oder von völkisch-rechtspopulistischen Stammtisch-Spießern, wenn es doch offensichtlich einer Realität angemessen ist, die, wie Adorno zu sagen pflegte, fatalerweise so geworden ist, wie die Bürger sie sich vorstellen? Welche "Wirklichkeit" wird denn durch solche Bewußtseinsformen "falsch" wiedergegeben? Die "Verkehrung" der Warenform? Das mag glauben, wer ein Bedürfnis nach intakter linker Weltanschauung hat - die Marxsche Wertformanalyse unterstellt Idealbedingungen freier Konkurrenz, die längst verschwunden sind in einem Zustand, in dem an die Stelle der sachlichen Abhängigkeitsverhältnisse der durch den freien und gleichen Tausch vermittelten Vergesellschaftungsform längst monopolistische und aufs neue unmittelbare Herrschaftsverhältnisse getreten sind. Nichts spricht dafür, daß aus den formellen Bestimmungen des Warenaustauschs direkt auf gesellschaftliches Bewußtsein geschlossen werden könnte, dessen konkrete Wandlungen durch eine solche Betrachtungsweise unterbelichtet bleiben müssen. Andererseits ist die Auffassung, daß z.B. Rassisten ein falsches Bewußtsein von ihrer wirklichen Lage und ihren wahren Interessen hätten, selbst zur Ideologie sozialdemokratischer und grüner Realpolitiker verkommen, denen zu Wahlerfolgen von Faschisten nichts Besseres einfällt als der Kommentar, die rechtsradikalen Wähler seien in Wirklichkeit gar nicht rechtsradikal, sondern sozial verunsichert und irregeführt und man müsse sich um sie kümmern, um sie zurückzugewinnen. Ungefähr dasselbe meinte auch die KPD, als sie die Schläger und Judenhetzer von der SA für irregeleitete, durch falsches Bewußtsein getäuschte Klassenbrüder hielt, die über ihre wahren Interessen aufgeklärt werden müßten.

"Kritik" als Theorie-Ersatz

Joachim Bruhn wird mir zweifellos vorwerfen,

daß ich mir schon wieder einen "Watschenmann" aufgebaut und einen ganz falschen Begriff von Ideologiekritik statt des wahren (= Bruhnschen) dargestellt und kritisiert hätte. Seine Interpretation der Kritischen Theorie ist zwar originell; bezweifelt werden muß aber, daß das Verfahren, Probleme zu lösen, indem man sie ignoriert, zum Erkenntnisgewinn führt. Bruhn blendet, übrigens entgegen den Intentionen der Kritischen Theorie, jede historische Dimension aus. Die Schwierigkeiten der Problematik von Wesen und Erscheinung "löst" er durch Umbenennung des Wesens in "Unwesen": Angesichts der Unmöglichkeit, die Grundlagen dessen, worauf er hinauswill, rational ausweisen zu können, tritt er die Flucht nach vorn an und behauptet, der Kapitalismus sei eben einfach irrational und real-metaphysisch. Das "Unwesen" des Kapitalismus könne man nur "durchschauen", aber nicht rational erkennen. Vernünftig sein kann keine Theorie der kapitalistischen Verhältnisse, sondern allein ihre Abschaffung, bzw., wo diese nicht in Aussicht ist, deren geistige Antizipation: "Kritik", "Polemik", "Denunziation". Damit stellt Bruhn sich freilich einen vortrefflichen Freibrief für beliebige Willkür aus. Ideologiekritik richtet sich in seiner Interpretation gegen die Rationalisierung irrationaler Verhältnisse. Das aber geht soweit, daß schon rationale Erörterung dem Verdacht, Rationalisierung zu sein, anheimfällt - damit rationalisiert Bruhn seine Abneigung gegen Diskussion. Erstaunlich aber ist immerhin, wie es möglich ist, daß, wenn das gesellschaftliche Bewegungsgesetz des Kapitals "an sich selbst und objektiv unverständlich ist", dann doch positive Aussagen darüber erfolgen können, mit denen die ISF sich wichtig macht: daß das Kapital sich selbst idealisiere, strukturell antisemitisch sei usw. Sobald die Freiburger Meisterkritiker zu einer Begründung ihrer Thesen aufgefordert werden und dabei in die Klemme geraten, muß dann das feine Argument herhalten, daß man nichts Vernünftiges dazu sagen könne, weil die unvernünftige Wirklichkeit das nicht gestatte.

Damit ist klar, warum Bruhn bei der Frage, wie denn seine kritische Vernunft möglich ist unter Bedingungen, die jede vernünftige Erörterung ausschließen, in Panik gerät und sich genötigt sieht, das Problem zu vernebeln, indem er mich auf der Grundlage frei erfundener Assoziationen mit Ernst Nolte vergleicht - meinen Hinweis auf die Schwierigkeit, die richtige Erkenntnis eines Zustands zu behaupten, von dem man zugleich sagt, daß er als einer der totalen Verblendung keine Erkenntnis ermögliche, stellt Bruhn unverfroren in die Nachbarschaft zu Noltes Behauptung, Deutsche könnten nicht legitimerweise Deutschland und die Deutschen kritisieren. Muß ich erläutern, wieso es sich um zwei völlig verschiedene Sachverhalte handelt? Es mag ja sein, daß Nationalisten wie Nolte glauben, daß die nationale Herkunft den Individuen moralisch bindende Loyalitätspflichten auferlegt. Da ich kein Nationalist bin, halte ich diese Auffassung für Blödsinn. Daraus, daß jemand Deutsch als Muttersprache spricht, mit D-Mark bezahlt und von deutscher Obrigkeit regiert wird, folgt nicht im mindesten, daß man dadurch geistig auf die Nation eingeschworen würde und Deutschland und seine Bevölkerung nicht kritisieren könne. (Wobei ich allerdings anmerken möchte, daß manche anti-deutsche Linke, so sympathisch mir ihre Position auch ist, es sich ein bißchen zu leicht machen, wenn sie behaupten, ihre einzige Verbindung mit der schrecklichen Nation sei der deutsche Paß. mir. hat darauf bereits mit Recht hingewiesen.) Bei dem ideologiekritischen Problem des "Verblendungszusammenhangs" geht es um etwas ganz anderes, nämlich darum, daß die Möglichkeit von Erkenntnis in Frage gestellt und andererseits doch Erkenntnis darüber in Anspruch genommen wird. Im übrigen habe ich im Zusammenhang mit diesem Erkenntnisproblem in meinem Artikel nicht, wie Bruhn denunziatorisch fälschend suggeriert, von Arroganz usw. gesprochen, sondern nur im Zusammenhang mit der Gestalt, die es bei cl. annimmt, weil dieser das Problem mittels großsprecherischer Polemik übertüncht. Niemals würde es mir einfallen, die Einnahme von oppositionellen Minderheitenpositionen - in einer solchen befindet sich die Linke nun einmal - in Frage zu stellen; was ich allerdings für schädlichen Unsinn halte, ist die theoretische Rationalisierung der Minderheitenposition zum Elitebewußtsein.

Ideologietheorie jenseits der Ideologiekritik

Offensichtlich ist das Paradigma der Ideologiekritik, beruhend auf den Unterscheidungen Wesen/Schein, objektive Verhältnisse/falsche Wahrnehmung derselben, erschöpft. Die m.E. fruchtbarste Alternative bieten die Ansätze einer diskurstheoretisch orientierten Ideologietheorie, die innerhalb des Marxismus Louis Althusser und außerhalb desselben Michel Foucault vorgelegt haben.

Während die Ideologiekritik von der Entgegensetzung von objektiver gesellschaftlicher Wirklichkeit, definiert durch die Struktur der ökonomischen Verhältnisse, und einer falschen Wahrnehmung derselben durch die

Subjekte ausgeht, die durch Ideologie als eine Art "Schleier" an der richtigen Einsicht in die Verhältnisse und damit zugleich in ihre "wirkliche" Lage, ihre "objektiven Interessen" gehindert werden, rückt die diskursanalytische Ideologietheorie eben jene Sphäre in den Mittelpunkt der Betrachtung, die der Ideologiekritik als "Schleier" erscheint. Das ist die Sphäre des *Diskurses*, der in diverse Praxiszusammenhänge eingebundenen sprachlich-symbolischen Artikulation, in der das Verständnis von "Wirklichkeit" erzeugt wird, das Grundlage menschlicher Handlungen und damit eben Teil der Wirklichkeit selbst ist. Der traditionelle Marxismus nahm an, daß die wesentliche Wirklichkeit in den ökonomischen bzw. Produktionsverhältnissen besteht, die die Identität der Subjekte, ihre (objektiven) Interessen bestimmen und ihnen zugleich bestimmte aus ihrer Stellung im ökonomischen Zusammenhang resultierende Wahrnehmungsweisen aufprägen, in denen sie sich der Wirklichkeit der Verhältnisse entweder falsch oder richtig bewußt werden. Demgegenüber geht die Diskurstheorie davon aus, daß das Selbstverständnis von Subjekten und ihre Handlungsperspektiven nicht einfach aus der Wahrnehmung einer vorgegebenen Realität im Bewußtsein hervorgehen, sondern im Medium symbolisch vermittelten, diskursiven Handelns entstehen, durch die das, was jeweils als "Wirklichkeit" gilt, erst erzeugt wird. Das bedeutet nicht, daß objektive Wirklichkeit geleugnet würde; es heißt aber, daß die Selbstverständnisse und Handlungsperspektiven der Subjekte niemals im Rekurs auf eine außerdiskursive, rein gegenständliche Wirklichkeit gewonnen werden, sondern eben durch die Art und Weise, in der "Wirklichkeit" diskursiv thematisiert wird. Die gegenständliche Wirklichkeit - auch die der zur Gegenständlichkeit geronnenen "Ökonomie" - schreibt den Subjekten nicht unmittelbar vor, was sie - etwa als "Klassensubjekte" oder "Geldsubjekte" - denken und tun. Die Art, wie Individuen und Kollektive sich selbst verstehen und ihre Interessen definieren, ergibt sich vielmehr aus dem Prozeß diskursiver Konstitution. In diesen Prozeß kann man eingreifen - insofern man an ihm *beteiligt* ist.

Michel Foucault hat auf dieser Grundlage mittels detaillierter historischer Analysen untersucht, wie die Mechanismen der Macht und Unterwerfung durch die diskursive Produktion von Kategorien wie "normal", "vernünftig", "gesund", "pathologisch", "wahnsinnig" usw. funktionieren.(6) Wesentlich ist dabei der Gedanke, daß gerade die neuzeitliche Macht nicht einfach durch *Repression* und *Verbote* wirkt, sondern vor allem *produktiv*: durch "Dispositive", die den Menschen Selbstverständnisse verschaffen, durch die sie verfügbar werden.

Louis Althusser hat eine Reinterpretation des Marxismus und des marxistischen Ideologiebegriffs vorgenommen, die eine parallele Zielsetzung verfolgt. Grundsätzlich bricht Althusser mit der Problematik "Wesen/Erscheinung". Die Realität, wie sie uns vor Augen steht, ist zunächst einmal ein komplexes, uns in diversen diskursiven Beschreibungen gegebenes Gebilde. Althusser betont, daß die Marxsche theoretische Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus, entgegen der traditionellen Lesart, nicht darin besteht, daß Marx ein "Wesen" aus den "Erscheinungen" herausläse, sondern Marx produziert in Auseinandersetzung mit vorhandenen Konzeptionen der bürgerlichen Ökonomie eine neue, indem er die Theorien der bürgerlichen Ökonomen als Rationalisierungen der Praxis der bürgerlichen Ökonomie kritisiert. Die revolutionäre Neuartigkeit und Tragweite der Marxschen Theorie besteht darin, daß er in Auseinandersetzung mit dem von den Ökonomen nicht bewältigten Problem des Mehrwerts auf den Zusammenhang der "Ökonomie" genannten Veranstaltung mit den politischen und sozialen Reproduktionsbedingungen stößt. Marx erschließt ein neues Feld, indem er eine Beschreibungsweise liefert, durch die die Dimension der Herrschaft, der sozialen und politischen Kämpfe erschlossen wird, die in dem stecken, was man im bürgerlichen Diskurs "Ökonomie" nennt und für eine rein sachliche, gesetzmäßig funktionierende Sphäre hält.

Die Ökonomie ist nach Althusser also kein "Wesen"; folglich sind die politischen, juristischen, ideologischen Sphären, die Marx "Überbau" nennt, auch keine "Erscheinungen", keine bloßen Reflexe der Ökonomie. Sie sind relativ autonome Elemente des Prozesses der Reproduktion der Produktionsverhältnisse. Dazu gehört die Reproduktion der Arbeitskraft. Diese beinhaltet laut Althusser als einen integralen Bestandteil die ideologische Reproduktion - denn das System der freien Lohnarbeit funktioniert nur dann, wenn die freien Lohnarbeiter auch tatsächlich freiwillig ans Werk gehen. Es bringt nun aber nicht viel, die subjektive Disposition des freien Lohnarbeiters einfach als Sublimierung ökonomischen Zwangs zu interpretieren. Tatsächlich ist es eine überaus komplexe Gesamtheit von Bedingungen, die dazu führt, daß die arbeitende Bevölkerung das System akzeptiert und ihr eigenes Mitmachen sinnvoll findet. Althusser hat den Begriff

"Ideologische Staatsapparate" für die Gesamtheit der nicht oder nur sekundär gewaltsam-repressiv funktionierenden Organe eingeführt, die den Subjekten ihre Selbstverständnisse und Sinnperspektiven vermitteln. "Die Ideologie", sagt Althusser, "ruft die Individuen als Subjekte an"(7). In der Familie, in der Schule und in der Kirche, in den Massenmedien, in diversen Kulturapparaten bis hin zu Sportveranstaltungen werden den Menschen Sinnperspektiven und Verhaltensmuster vermittelt, durch die sie als Arbeitskräfte und Staatsbürger funktionstüchtig gemacht werden und in denen sie *sich wiedererkennen*, ihre Identität finden. Von entscheidender Wichtigkeit ist dabei, daß Althusser diesen Prozeß permanenter ideologischer Anrufungen nicht als Produktion falschen Bewußtseins, von Manipulation oder Täuschung über die Wirklichkeit faßt - Manipulation und Täuschung mögen zwar auch vorkommen, aber wichtiger ist der Umstand, daß die in den ideologischen Staatsapparaten vermittelte und *praktizierte* Ideologie eine *materielle Existenz* hat - sie ist eine Praxis, ist selbst Teil der Realität. Damit ist sie aber zugleich der reale Ort, an dem Konflikte artikuliert werden und der *Einsatz* politischer Auseinandersetzungen stattfindet.

Die bürgerliche Ideologie faßt beispielsweise den ideologischen Staatsapparat Familie als einen privaten Raum auf, der nichts mit Politik zu tun hat; von daher wird sich ein Subjekt, das die bürgerliche Ideologie praktiziert, entschieden verbitten, die Familie als "ideologischen Staatsapparat" zu bezeichnen. Althusser dagegen sagt: Die Familie ist ein ideologischer Staatsapparat (ohne zu behaupten, daß sie *nur* dies sei), und die ideologischen Staatsapparate sind politisch - sie sind die Sphäre der Politik jenseits der offiziellen bürgerlichen Politik. Damit ist aber nun nicht gesagt, daß das bürgerliche Subjekt die "falsche" Ansicht über die Familie hätte und der Marxist Althusser die "Wahrheit" über die Familie sagt. Es geht in unserem Beispiel nicht um ein richtiges oder falsches Bewußtsein über die Familie, sondern darum, daß durch die Art der Beschreibungsweise, in der die Familie aufgefaßt wird, politische Perspektiven als Felder der Auseinandersetzung oder Nicht-Auseinandersetzung eröffnet bzw. verdeckt werden. Zu sagen: "Die Familie ist ein ideologischer Staatsapparat", heißt eine theoretische These aufstellen, die ein Feld der politischen Auseinandersetzung - um Patriarchat, Autorität, den bürgerlichen Wertekanon - eröffnet. Es handelt sich hier um Auseinandersetzungen, die die herrschenden Subjekt-Anrufungen und die daraus resultierenden Selbstverständnisse und Rollenbilder in Frage stellen.

Dies muß heute die Aufgabe und der Zusammenhang von linker Theorie und Praxis sein: jenseits der Dichotomie von "Wahrheit" und "falschem Bewußtsein" zu untersuchen, wie die nationalistischen, rassistischen und sexistischen Subjekt-Anrufungen funktionieren und wie sie diskursiv zu unterminieren sind. In der feministischen Theorie und Praxis wird dieses Projekt in oftmals vorbildlicher Weise verfolgt. Umso ärgerlicher scheint es, daß manche verbitterte Alt-Marxisten immer noch meinen, ihre enorm linke Gesinnung nur in Form ideologiekritischer Publikumsbeschimpfungen vortragen zu können.

III.

Das letzte Gefecht einer diskursiven Machtstrategie

Einige können es allerdings nicht lassen. Kehren wir nun vor dem Hintergrund des soeben erläuterten diskursanalytischen Paradigmenwechsels zum Ausgangspunkt der Betrachtung zurück, also zum Abgesang des Dach-ak: cl. steuerte im ak 344 unverdrossen ein neues Pamphlet der von ihm gewohnten Sorte bei, dieses Mal gegen den "Anti-Imperialismus als höchstes Stadium des falschen Anti-Kapitalismus", und Jw., ebenso wie cl. Mitglied der Gruppe K Westberlin, zeigt uns, sekundiert von kw. von der Radikalen Linken daselbst, wie eine richtige Kritik der Stasi im Unterschied zur falschen, staatstragenden auszusehen hat. Ich möchte noch einmal versuchen herauszuarbeiten, *was eigentlich auf dem Spiel steht*. Wohlgemerkt: daß ich hier die Positionen bestimmter Vertreter der Gruppe K aufs Korn nehme, ist nicht so zu verstehen, daß mir die Gruppe K ganz besonders am Herzen läge (obwohl ich mich den meisten ihrer Positionen, abzüglich der cl.-Fraktion, durchaus verbunden fühle); und wenn die ISF ein paar Schreihälse aus der Gruppe K in ihre Reihen aufnähme, wäre mir das auch egal.(8) Es geht vielmehr um ein *Problem linksradikalen Politik- und Selbstverständnisses*, das ich anhand einiger Vertreter diskutiere, die aus diesem Problem, bzw. aus seiner Verdrängung, extreme Konsequenzen ziehen.

cl. nimmt seine bekannte Argumentation wieder auf: Abgesehen von wenigen Ausnahmen wie cl. "zeichnet linke Theoriebildung sich dadurch aus, daß sie über keinen Begriff der kapitalistisch produzierenden, staatlich verfaßten bürgerlichen Gesellschaft als eines

gesamtgesellschaftlichen Verhältnisses verfügt" (ak 344, S. 35). Nun ja - was die Rede von einer Gesellschaft als gesamtgesellschaftlichem Verhältnis für einen Erkenntnisgewinn bedeuten soll, mögen cl. und die Seinen unter sich ausmachen. Lesen wir stattdessen weiter: "Statt gegen den Kapitalismus als solchen kämpfen Linke im Grunde immerzu nur gegen dessen Erscheinungsformen - Repression, Militarismus, Rassismus -, was seinen praktischen Niederschlag darin findet, daß das Agieren der Linken sich in diverseste Bereichsarbeiten zersplittert", deren Themen "theoretisch-systematisch unvermittelt bleiben und nicht selten auch bleiben müssen". Wie kämpft man gegen den *Kapitalismus als solchen*, ohne Rückkopplung an die Bereiche, in denen man die gesellschaftlichen Verhältnisse zu spüren bekommt? Wo existiert der "Kapitalismus als solcher" denn anders denn als "Erkenntnisobjekt" (Althusser) eines theoretischen Diskurses über ihn? cl. unterscheidet nun offensichtlich zwischen bestimmten Erfahrungs- und Aktionsfeldern ("Bereichen"), in denen man sich *unter der Bedingung der richtigen theoretisch-systematischen Vermittlung* artikulieren darf, und solchen, wo eine richtige Vermittlung überhaupt nicht möglich ist und man deshalb den Mund halten muß.

Anders gesagt: Mit seiner Theorie des wahren Antikapitalismus im Unterschied zum falschen, dummen Empirismus und Moralismus schafft cl. nichts anderes als einen *diskursiven Machtapparat*, ein Kontrollsystem, das vorschreibt, wie die Erfahrungen, die die Subjekte mit den gesellschaftlichen Verhältnissen machen, richtig zu artikulieren sind. Vorbedingung für den *richtigen* Kampf gegen den "Kapitalismus als solchen" ist die Befolgung bestimmter Sprachregelungen, genannt "theoretisch-systematische Vermittlung"; nur wer seine schlechten Erfahrungen mit den bestehenden Zuständen auf den ominösen Begriff von "Gesellschaft als gesamtgesellschaftlichem Verhältnis" bezieht und sie *diesem unterordnet*, steht auf der richtigen Seite.

Wovon zu reden sei

Ein typisches Negativ-Beispiel dafür sind die Stasi-Artikel von Jw. und kw. (ak 344, S. 19f.). Jw. läßt im Vorspann die Katze aus dem Sack: Wir reden "nicht über Sascha Anderson, sondern über Staat und Demokratie..." usw. Geredet werden soll nach dem Willen der Westberliner Besserwisser-Fraktion nicht darüber, welche Realität ein bestimmter Staat für seine Bevölkerung hatte, sondern diese Realität darf nur als Spezialfall, als Fußnote zur allgemeinen "Staatskritik" revolutionärer Durchblicker thematisiert werden. Laut Jw. war die Stasi ihrer Essenz nach eine Dysfunktion des verkehrten ökonomischen Systems des geplanten Marktes; alles andere ist unwesentlich. Die Lehre daraus muß heißen, daß man bei der Abschaffung des Kapitalismus nicht auf den Fehler verfallen darf, den Markt durch den Staat simulieren zu wollen, statt ihn abzuschaffen, sonst gibt's Stasi, und die Ossis sind für kw. interessant als potentielle Objekte der Belehrung über diesen Sachverhalt. Na logisch - wenn das nächste Mal statt Ulbricht und Pieck Jw. und cl. ans Ruder kommen, werden solche dummen Fehler sicher nicht mehr vorkommen. Ironie beiseite: Die Forderung nach einer Kritik der politischen Ökonomie des realen Sozialismus ist voll zu unterstützen - bloß ist dabei die reduktionistische Annahme, die gesellschaftlichen Herrschaftsformen seien vollständig durch die Anatomie der Produktionsweise - in diesem Falle die Antinomien einer "Planung" mit Ware-Geld-"Hebeln" - determiniert, genauso falsch wie bei der Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus. Bei Jw. liest sich die Sache indes so, als hätte die SED, weil sie die Marxsche Analyse des Kapitalismus nicht richtig verstand, ein verkorxtes System geplanter Warenwirtschaft installiert, das am Ende dummerweise darauf angewiesen war, sich "die nötige Zustimmung der Staatsbürger geheimdienstlich zu organisieren". Statt die gesellschaftlichen Verhältnisse zu analysieren, die sich in einer Produktionsweise repräsentieren und durch die diese überhaupt erst zustandekommt, verfahren cl. und Jw. nach dem Schema: Falsche Ökonomie (sei es Kapitalismus oder Realsozialismus) produziert Dummheiten und schlechte Erfahrungen, und nur Kritik der Ökonomie als Ursache der Erfahrungen vermag diese zu verarbeiten, weshalb man nur ökonomiekritisch über die Realität zu reden hat und auf gar keinen Fall empirisch, moralisch usw.. Diese Rechnung geht aber nicht auf.

cl. hat völlig recht, wenn er in seiner Kritik des Empirismus darauf hinweist, daß Beschreibungen - sei es von Fakten, sei es von Erfahrungen, die man in einer Gesellschaft macht - immer so etwas wie gesellschaftstheoretische Kategorien enthalten. Aber statt diese Kategorien zum Gegenstand einer *Auseinandersetzung* zu machen, in der sich die Angemessenheit bestimmter Kategorien erst zu erweisen hätte, dekretiert cl. einfach, was die richtigen Kategorien sind. Durch diesen theoretischen *Essentialismus* - die Annahme, daß es *die* richtige Theorie, *den* wahren Begriff vom *Wesen* der Gesellschaft als Kapitalverhältnis einfach und

bündig gibt - werden notwendigerweise die Prozesse, in denen Kategorien gebildet und reflektiert werden, immer schon als vorentschieden betrachtet. Es scheint cl. nicht zu bekümmern, daß es genau das ist, was vielen emanzipatorisch orientierten Menschen eine solche Art marxistischen Denkens suspekt macht. Es ist absolut korrekt, sich gegen eine solche Bevormundung durch neunmalkluge Marxisten wie cl. zur Wehr zu setzen, die immer schon, ohne sich auf die *jeweils zur Diskussion anstehenden Erfahrungszusammenhänge* und die Art, wie diese von den *Beteiligten* gesehen werden, einzulassen, im voraus wissen, was wahre Kritik und was falsches Bewußtsein ist. Der von cl. propagierte Diskurs ist strukturell durch und durch autoritär und anti-emanzipatorisch - auch wenn einiges von dem zutrifft, was er über die Fragwürdigkeiten eines bornierten Begriffs von "Selbstbestimmung" sagt, der die zugrundeliegenden individuellen und kollektiven Befindlichkeiten ("Identitäten") nicht hinterfragt. Daß darin nicht selten ein "Ressentiment gegen das Fremde, Unvertraute und Vermittelte" (cl.) steckt, ist durchaus richtig; auch ist cl.s Kritik am Weltbild diverser Antiimperialisten, christlichen Dritte-Welt-Initiativen usw., die die Idealisierung der guten Völker und Kulturen gegen die finsteren Machenschaften der niederträchtigen Kapitalisten ausspielen, ebenso berechtigt wie die Feststellung, daß solche Formen des romantischen Antikapitalismus im Handumdrehen nach rechts umkippen können. Bloß treibt cl. den Teufel mit Beelzebub aus, wenn er von vornherein jede Position, die nicht seinem theoretischen Strickmuster entspricht, als "pseudokritisches Gewäsch" verdammt, ohne zu fragen, ob nicht in dem von ihm mit bitterem Spott und Verachtung überzogenen Lamentieren über "Kälte" und "Entfremdung" im Kapitalismus *auch* ein rationeller Kern stecken könnte. So rationalisiert cl. *sein* Ressentiment gegen jede Artikulation von Erfahrung, die noch nicht durch seinen Begriff wahrer Kritik zensiert und auf die Kritik des "Kapitalismus als solchen" hin gleichgeschaltet und funktionalisiert ist. Niemandem, auch dem cl. nicht und noch nicht einmal dem Karl Marx, wurden jedoch die "richtigen" Kategorien an der Wiege gesungen. Ich bin (anknüpfend an Althusser) ebenso wie cl. der Ansicht, daß die "Entfremdung" und "Entmenschlichung", die der junge Marx in den Manuskripten von 1844 verhandelt, nicht das Thema der Theorie des reifen Marx ist. Aber gerade Marx ist ein Beispiel dafür, daß jemand ausgehend von der Position eines im Grunde anthropologischen und ethischen Antikapitalismus zu einer fundierten Kritik der politischen Ökonomie übergehen kann. Wenn ich - die Gruppe K möge mir verzeihen - die RedakteurInnen der Ex-Mehrheit zitieren darf: "... niemand ändert sich niemals" (ak 344, S. 41).

Eben diese Prozesse diskursiver Artikulation, in denen linke Positionen sich konstituieren, sollten zur Stunde der tiefen Krise der Linken im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen. Dabei ist, wie Ernesto Laclau und Chantal Mouffe eindrucksvoll gezeigt haben(9), Abschied zu nehmen von essentialistischen Konzeptionen des Sozialen als geschlossenem Raum, in dem die Subjekt-Positionen vollständig determiniert sind, zugunsten der Analyse der *hegemonialen Verknüpfung kontingenter Elemente.*

IV.

Fazit

Die *Wirklichkeit* ist uns niemals unmittelbar in "reiner Erfahrung" gegeben, sondern stets durch diskursive Beschreibungen, in denen jeweils ein bestimmtes *Vokabular* artikuliert wird. In der Politik wird das ganz besonders deutlich: Verschiedene politische Bewegungen und Strömungen haben jeweils ihr spezifisches Vokabular, in dem sie die Wirklichkeit beschreiben, und bezeichnen oftmals das Vokabular *der anderen* als Ideologie.

Die *Ideologiekritik* des traditionellen sowie des neo-dogmatischen Marxismus geht davon aus, daß bestimmte Beschreibungsweisen - nämlich alle nicht-marxistischen - "ideologisch" im Sinne von "falsch" sind: falsch sind aus dieser Sicht Beschreibungsweisen, in deren Zentrum Vokabeln wie "Gott", "Nation", "soziale Marktwirtschaft" oder vielleicht auch "Patriarchat" stehen, weil diese Begriffe nicht die Essenz der Gesellschaft ausdrücken, welche durch den um die Vokabel "Kapital" zentrierten Begriffszusammenhang repräsentiert wird, sondern Fiktionen oder "Nebensächliches" für den Kern der Wirklichkeit halten. Die Ideologiekritik will also die "falschen" Beschreibungen mit der wahren Wirklichkeit konfrontieren.

Diese wahre Wirklichkeit aber ist gerade nach marxistischer Auffassung nicht durch empirische Anschauung zugänglich, sondern allein durch theoretische Begriffe - nämlich die marxistischen. Diese Begriffe sind selbst Resultat eines theoretischen Konstruktionsprozesses, der, wie ich oben gezeigt habe, historische Krisen durchmacht. Werden diese Krisen nicht mitreflektiert und in den Gebrauch der Begriffe

einbezogen, so wird das Ergebnis (siehe Bruhn) ein dogmatischer Irrationalismus.

Der entscheidende Einwand gegen die Ideologiekritik läßt sich dahingehend formulieren, daß wir *jeder Beschreibungsweise immer nur eine andere Beschreibungsweise entgegenhalten können* - nicht aber "die Wirklichkeit" als solche, bzw. eine in privilegierter Weise der Wirklichkeit *essentiell* zugehörige Beschreibung. Um es mit einem Beispiel aus der Physik (die auch Marx im Vorwort zur ersten Auflage des *Kapitals* zur Erläuterung von Prinzipien der Theoriebildung heranzieht) zu verdeutlichen: Aristoteles und Newton haben physikalische Objekte mit völlig verschiedenen Vokabularen beschrieben. Sicher sind wir heute alle der Ansicht, daß die Theorien von Newton mehr taugen als die des Aristoteles. Der Grund dafür liegt aber nicht darin, daß *die Natur* das Newtonsche Vokabular bevorzugen würde, sondern darin, daß *wir* in unserer Zivilisation durch die Perspektive der modernen Naturwissenschaften, die ein nicht wegzudenkender Bestandteil der Praxis sind, geprägt sind und diese unseren Urteilen über andere Beschreibungsweisen zugrundelegen. Die Natur selbst stellt aber kein Kriterium bereit, aus dem hervorginge, wieso die Beschreibungsweise Newtons "besser" im Sinne von "der Natur angemessener" sein sollte als die des Aristoteles.

Nicht anders verhält es sich mit gesellschaftlichen Sachverhalten: Weder "die gesellschaftliche Totalität" noch "das Kapitalverhältnis", weder das "Klasseninteresse" noch der "Warenfetischismus" schreibt uns vor, was wir zu denken haben und welcher Gedanke richtig oder falsch ist - die genannten Begriffe sind selbst Elemente einer bestimmten (marxistischen) Beschreibungsweise, außerhalb derer sie keinen Sinn haben. Nichts spricht dafür, daß eine marxistische Beschreibungsweise mit ihrem Vokabular *a priori* besser, richtiger, "wahrer" ist als etwa eine liberale oder eine feministische, in dem Sinne, daß "die Wirklichkeit" so beschaffen wäre, daß sie nach einer marxistischen und nicht einer liberalen oder einer feministischen Beschreibung verlangen würde. Wenn uns die marxistische Beschreibungsweise als "richtig" und fruchtbar für Denken und Handeln erscheint, dann nicht deshalb, weil sie das Wesen der Wirklichkeit ausspräche, sondern weil sie, um mit Spinoza zu reden, uns "klare und deutliche" Auffassungen von Zusammenhängen gibt, die wir mit anderen Beschreibungsweisen nur "verworren" denken könnten.(10) Allerdings kann es ebensogut sein, daß nicht-marxistische Diskurse Sachverhalte klar thematisieren, die im marxistischen Diskurs höchstens "verworren" auftauchen: Die in feministischen Diskursen artikulierte Problematik etwa ist durch den marxistischen Diskurs, sei es den traditionellen oder den neo-dogmatischen, nicht abgedeckt; und es ist auch nicht von der Hand zu weisen, daß bestimmte Elemente des Liberalismus einer linken *Neu-Artikulation* bedürfen.

Aus alledem folgt, daß eine Pluralität der Diskurse als fester Bestandteil linker Politik anzuerkennen ist. Die "Wirklichkeit" existiert *außerhalb* unserer Beschreibungen; aber die "Wahrheit" existiert nur *innerhalb* von Beschreibungen. Eine Beschreibung von Wirklichkeit kann ihre Triftigkeit, Adäquatheit oder "Wahrheit" nur in der Konfrontation mit anderen Beschreibungen erweisen und nicht an der "Wirklichkeit" selbst. Deshalb ist die "ideologiekritische" Gepflogenheit der marxistischen Tradition, "falschen" Beschreibungen die richtig auf den Begriff gebrachte Wirklichkeit entgegenzuhalten, obsolet. Wir müssen *in der Auseinandersetzung um konkurrierende Beschreibungen von Wirklichkeit* die Überlegenheit unserer Beschreibungen erweisen. Bezugspunkt dieser Auseinandersetzung sind stets Beschreibungen, nicht das sei's auch in noch so vornehme Begriffe verpackte "Wesen" der Wirklichkeit. Deshalb müssen die konkurrierenden Beschreibungen ernst genommen werden. Man muß sich stets fragen, *was sich in ihnen eigentlich artikuliert*: welche soziale Praxis, welche *Problematik* in ihnen repräsentiert wird. Denn es gibt keinen prädiskursiven, der "Wirklichkeit" selbst entspringenden Maßstab, durch den von vornherein entschieden würde, welche Beschreibungsweise, welches Vokabular "Wahrheit" oder "falsches Bewußtsein" ist, und welche Problemstellung "richtig" oder "falsch" ist. Wer vorgibt, über einen solchen doch zu verfügen, produziert unweigerlich *autoritär-belehrende* Diskurse, die in nicht unbedeutendem Maße die Unbeliebtheit linksradikaler Positionen verursachen. (Daß manche Linke ihre Unbeliebtheit dann auch noch als Bestätigung für die Richtigkeit ihrer Positionen verbuchen, steht für eine Geisteshaltung, die aus religiösen, insbesondere im deutsch-protestantischen Raum verwurzelten Traditionen entspringt.) Die Auseinandersetzung mit der Ideologiekritiker-Fraktion aus dem alten ak sollte dafür als drastisches Beispiel dienen. Es geht auch anders.

Henning Böke

1 Daß die ISF z.B. im vorigen Jahr den Antisemitismus in Sendungen von Radio Dreyeckland bloßgestellt hat, war richtig und

notwendig. Die Darstellungsweise, deren die Freiburger Adorniten sich bedienten (vgl. den ISF-Artikel *Radioten im Dreyeckland* in: *konkret* 8/1991, S. 40-44), war indes völlig mißglückt. Vgl. die treffende Kritik von Klaus Holz, *Gibt es ein Drittes im Falschen?* in: *konkret* 10/1991, S. 54f. Entweder

man vertritt die ISF-Position der "Vernunft"/"Kritik", oder man gehört zur antisemitischen Volksgemeinschaft; diskutiert wird nicht - wer es doch tut, ist bereits verdächtig: das ist das dichotomische Weltbild der ISF.

2 G. Lukacs, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Darmstadt/Neuwied 1970, S. 131

3 Marx, *Das Kapital* I, MEW 23, S. 86; vgl. Lukacs, a.a.O. S. 174f.

4 Th. W. Adorno, *Beitrag zur Ideologienlehre*, in: Gesammelte Schriften Bd. 8, Frankfurt a.M. 1972, S. 477

5 Horkheimer/Adorno, *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt a.M. 1971, S. 183

6 Einen komprimierten Überblick über Foucaults Verfahrensweise gibt seine Pariser Antrittsvorlesung *Die Ordnung des Diskurses*, München 1974.

7 L. Althusser, *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Hamburg/Westberlin 1977, S. 140

8 Die Gruppe K gibt im Bericht über ihr Bundestreffen selbst zu, daß sie in sich keineswegs einheitlich ausgerichtet ist, und deutet an, daß in ihr cl.s Positionen keineswegs ungeteilt hingenommen werden. Da cl. offensichtlich keine Hemmungen hat, die eigenen Leute in Grund und Boden zu verdammen, bleibt abzuwarten, ob diese internen Differenzen, etwa hinsichtlich der Haltung zur ISF, eine Spaltung der Gruppe K herbeiführen werden.

9 E. Laclau / Ch. Mouffe, *Hegemonie und radikale Demokratie*, Wien 1991

10 Spinoza hat als erster geltend gemacht, daß die "Wahrheit" einer Idee sich *intrinsisch* ausweist, nämlich an ihrer "Adäquatheit" als "klare und deutliche" Idee, und nicht an ihrer Beziehung zum Gegenstand, weil es keine kausale Verknüpfung zwischen Idee und Gegenstand gibt.

Antisemitismus - Klasseninteresse - Ökonomismus...

Eine Erwiderung auf Heinz/ AK 344

In AK 344, S. 34 f, veröffentlichte Heinz/Bielefeld unter dem Titel "Auschwitz: Ein verzerrter Antikapitalismus?" eine Kritik an Postones Theorie des modernen Antisemitismus, auf die im folgenden erwidert werden soll. Texte, auf die sich diese Diskussion bezieht: In AK 34 wurde unter dem Titel "Die deutsche Linke muß anerkennen, nunmehr Opposition in einer Großmacht zu sein" ein Interview mit Moishe Postone veröffentlicht (S. 4 f). Darin spielten Aspekte seiner Theorie des modernen Antisemitismus eine Rolle, jene wurde dort neben dem Interview kurz zusammengefaßt dargestellt. Der vollständige Aufsatz Postones - "Antisemitismus und Nationalsozialismus" - ist u.a. in der Nullnummer der "Bahama-News" nachzulesen (1).

. Antisemitismus bei Postone - bloßer "Reflex auf die Ökonomie"?

Vor einer Diskussion um Postones Theorie des modernen Antisemitismus ist, so scheint mir, eine Klärung darüber notwendig, was jener Analysezugang beinhaltet. Wenn Heinz an einer Stelle Antisemitismus nach Postone die Ursache des Antisemitismus aus dem "Widerspruch zwischen dem Wesen der kapitalistischen Verhältnisse und dem durch ihre Erscheinungsform berdingten Bewußtsein der Menschen" siehtl, trifft das zu, jedoch ist darin das Spezifische an Postones Erklärungsansatz noch nicht ausgedrückt. An anderer Stelle kommt aber Miß- oder Nichtverstehen zum Ausdruck - z.B., wenn Heinz Antisemitismus bei Postone als "Revolte gegen das Wertgesetz" definiert sieht (vgl. S. 36, 3. Spalte).

Zentral am Denken Postones ist, Marxsche Begriffe wie Ware, Wert, Kapital als Kategorien zu begreifen, in denen gesellschaftliche Beziehungen ausgedrückt sind - Postone im Interview: "...sind Kapital und Ware für mich keine ökonomischen Begriffe. Ich betrachte diese marxschen Kategorien als Formen strukturierter Praxis - genau wie ein Enthnologe in einer anderen Gesellschaft Kategorien ihrer Handlungen herauszubekommen sucht." Im Marxschen Begriff des "Warenfetisch" drückt sich aus, daß aus der Strukturierung gesellschaftlicher Praxis bestimmte Wahrnehmungsweisen entstehen, die den Blick auf den gesellschaftlich-historischen Charakter "ökonomischer" Kategorien verschleiern. Postone bezieht sich auf Marx, der zunächst an der Ware aufzeigte, wie ihr Gebrauchswert verdinglicht, dem Ding Ware als Eigenschaft zugesprochen wird, so daß der gesellschaftliche Charakter des konkreten Arbeitsprozesses unerkannt bleibt; wie zum anderen die Produktion von Tauschwert, die abstrakte Arbeit, zunächst abgespalten wahrgenommen, und dann im Geld, oder in scheinbar ewigen Gesetzmäßigkeiten naturalisiert wird, wodurch ihr historisch-gesellschaftlicher Charakter ebenfalls verborgen bleibt. Postone sieht diese Doppelung in den bürgerlichen Ideologien des Positivismus und Romantizismus fortgesetzt: Setzt der Positivismus die Abstraktion als absolut, als überhistorisch, so hypostasiert die romantizistische Gegenbewegung das Konkrete. Postone sieht den modernen Antisemitismus in der Tradition romantizistischer Wahrnehmungsweisen: Eine konkrete Seite kapitalistischer Wirklichkeit wird über Kategorien wie "Volksgemeinschaft" und "Nation", Maschine und Blut und Boden naturalisiert und zum Ideal erklärt - die Welt und die Prinzipien der "Arier". Dagegengestellt ist das Prinzip der Abstraktion, das für alles Bedrohliche und Negative verantwortlicht gemacht, und im "Juden" personifiziert wird. Es ist unsinnig, Postone einen Begriff des Antisemitismus als "Revolte gegen das Wertgesetz" zuzuschreiben - (...)

Heinz verfehlt den Inhalt der Erklärung Postones ebenfalls, wenn er unterstellt, jener betrachte Antisemitismus als "direkte(n) Reflex auf die Ökonomie" (vgl. S. 34, . Spalte und . Spalte). Alles was mit dem Wertgesetz zu tun hat, gehört für Heinz anscheinend "irgendwie" in den Bereich Ökonomie, und wer, wie Postone, Ideologie "aus dem Wertgesetz" ableitet, gilt dann als ökonomistisch. Heinz reproduziert hier geradezu bilderbuchhaft ein Verständnis der marxschen Kategorien, das Postone in seinem Text als "funktionalistischen" Marxismus kritisiert - wogegen er also mit seiner Interpretation der Marxschen Kategorien gerade antritt. Wenn Postone Erkenntnistheorie aus kapitalistischer Wirklichkeit ableitet, sieht er jene Wirklichkeit als eine widersprüchliche Einheit an. Er interpretiert die kapitalistische Welt nicht so, daß in Begriffen wie "Ware", "Wert" die Analyse einer ökonomischen Basis geleistet werden könnte, zu der im Additionsverfahren die Analyse einer Sphäre des Überbaus dazukäme. Sondern es sind für ihn die wesentlichsten gesellschaftlichen Beziehungen definierende Begriffe. Stattdessen "Ökonomie" wie einen maschinenhaften "Selbstlauf" zu definieren, sieht Postone als eine dem Kapitalismus typische, aber eben falsche Wahrnehmungsweise an. Statt "Reflex auf die Ökonomie" zu sein, ist Antisemitismus also nach Postones These eine aus der besonderen Strukturiertheit kapitalistischer Gesellschaft erklärbare Wahrnehmung von Welt.

Antisemitismus ist bei Postone auch nicht "direkt" aus der kapitalistischen Verfaßtheit ableitbar - der Determinismus, den Heinz Postone unterstellt, ist vielmehr allein auf sein, Heinz', verkürzendes Verständnis von "Ökonomie" zurückzuführen (so sei, schreibt Heinz, bei Postone Antisemitismus "in erster Linie Ausdruck eines durch die ökonomische Basis determinierten Bewußtseins"; vgl. S. 34, 3. Spalte). Gegenüber Heinz' Feststellung, daß Antisemitismus nach Postone quasi automatisch "nahezu alle Mitglieder einer Gesellschaft in gleicher Weise" erfasse, lese ich aus dessen Text eher heraus, daß die kapitalistische Struktur und Entwicklung die Tendenz für das Anwachsen dieser bestimmten Ideologie erklärbar

macht. Zugegeben: Postones Aufsatz ist hier interpretationsfähig. Postone behauptet aber keinesfalls, aus kapitalistischen Verhältnissen könne nicht auch anderes Bewußtsein entstehen. Er stellt beispielsweise seine eigene Theoriebildung erkenntnistheoretisch nicht außerhalb der kapitalistischen Verhältnisse. Schon damit setzt er voraus, daß verschiedene Bewußtseinsformen möglich sind, daß auch - mit Marx - der Charakter kapitalistischer Gesellschaft erkannt werden, und kritisch transzendiert werden kann. In seinem Antisemitismus-Aufsatz betont Postone, sein Erklärungsansatz wolle begreifbar machen, was sich mit dem Antisemitismus durchgesetzt habe, nicht weshalb das geschehen sei (wobei natürlich die Klärung des was eine Voraussetzung der Erklärung des weshalb ist). Die Antwort auf die Gründe der Durchsetzung des - aber eben zu definierenden! - Antisemitismus erfordert verschiedenste Forschungen, deren Bedeutung Postone gerade nicht negiert (nicht zuletzt solches Theorieverständnis hat Postone von Seiten der ISF/Freiburg den Vorwurf eines angeblichen "Strukturalismus" eingebracht). Postone würdigt sowohl Bemühungen, die "Besonderheit deutscher Entwicklung" herauszuarbeiten, als er auch "sozialpsychologische oder psychoanalytische Erklärungen" für notwendig hält (vgl. Aufsatz) - und auch die Rolle des Großkapitals für die Etablierung der NS-Herrschaft negiert er nicht (vgl. Interview). Kurz: Da für Postone das "Wertgesetz" eben nicht den Charakter eines Naturgesetzes der Ökonomie hat (gerade diese Sichtweise ist zurecht ökonomistisch zu nennen!), abstrahiert er durch den Ausgangspunkt "Wertgesetz" nicht von der konkreten, empirischen Wirklichkeit. Und die Ausbildung von Bewußtsein sowie ihre Bedeutung für Handlungen wäre im Anschluß an seine Antisemitismus-Definition durchaus in der Bindung an ihre konkret-historische Ausbildung nachzuzeichnen.

An dieser Stelle sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt, daß Heinz auch in einer weiteren Interpretation von Postones Antisemitismus-Begriff danebenliegt - nämlich, wenn er bei Postone im Antisemitismus Juden "mit Geld und Handel ... gleichgesetzt" sieht (vgl. S. 34, 3. Spaltes). Postone definiert, im Unterschied z.B. zu Engels, aber auch zu Horkheimer/Adorno, modernen Antisemitismus als eine Phase, in der Juden gerade nicht mehr nur mit Geld und Handel, sondern mit der kapitalistischen Entwicklung insgesamt identifiziert würden. Er leitet gerade daraus dessen Brisanz für das 2. Jahrhundert ab (dazu mehr unter .).

2. Antisemitismus und Klasseninteresse

Ein, wenn nicht der Hauptvorwurf Heinz' gegenüber Postone lautet, dessen Methode laufe darauf hinaus, "die Kategorien Interesse und Klassenkampf aus dem Marxismus zu verbannen." Die Kernfrage lautet also: Kann die antisemitische Ideologie aus diesen Kategorien erklärt werden? Auszusprechen, daß die antisemitische Ideologie in ihrer manichäischen Grundstruktur, ihrer Personifizierung des Bösen im "Juden", ein Wahngebilde ist, bedeutet bereits, die Frage zu verneinen. "Interesse" und "Klassenkampf" sind Kategorien, die auf einem dialektisch-materialistischen Begreifen der gesellschaftlichen Wirklichkeit fußen, in solchem Sinne verwendet sie auch Heinz (es kann und soll hier nicht die Diskussion darum geführt werden, welches Verständnis dieser Begriffe zurecht marxistisch genannt werden kann). Antisemitisches Bewußtsein negiert gerade diese Voraussetzungen. In den Kategorien "Interesse" und "Klassenkampf" können Momente gefaßt werden, die die "objektiv" die Durchsetzung antisemitischen Bewußtseins begünstigen. Zum Kern, zur Erklärung des Wahnsystems als solches, kann eine solche funktionale Erklärung aber niemals vorstoßen. Die Forderung, jede bürgerliche Ideologie solle sich in marxistische gesellschaftliche Kategorien einfinden, ist paradox. Die Kategorien "Interesse" und "Klassenkampf" zu verabsolutieren bedeutet letztlich, zu behaupten, es könne kein nicht-materialistisches Bewußtsein geben, oder solches Bewußtsein könne jedenfalls keinen tatsächlichen Einfluß auf menschliches Handeln entwickeln. Demnach gäbe es immer die dahinterstehenden, tatsächlichen Interessen, in die Ideologie stets einfach nur "übersetzt" zu werden brauchte. Antisemitismus entsteht aber nicht stets und nur da, wo objektive Interessen der Handlungsträger durch diese Ideologie optimal vertreten würden.

In seinem Kritikartikel führt Heinz verschiedentlich konkret-politische Zielsetzungen an, die seines Ermessens über Antisemitismus bzw. dessen Forcierung verfolgt wurden - die Befestigung des Antikommunismus oder Nationalismus durch die Nazis, die Abwehr andersnationaler Ansprüche im baltischen Grenzgebiet durch dortige Nationalisten, etc. All diese "Erklärungen" bleiben aber die Antwort darauf völlig schuldig, weshalb diese Ziele und Interessen durch Antisemitismus verfolgt worden sind. Dieser Mangel läßt sich immer wieder schön an Heinz' Formulierungen ablesen. Wenn er - nur ein Beispiel, die Konstellation durchzieht seinen Artikel - referiert, die Judenverfolgung sollte die "biologische Wurzel" der jüdisch-bolschewistischen Führungsschicht treffen, so wäre damit "Antisemitismus" nur dann zutreffend auf das antikommunistische Klassenkampfinteresse zurückgeführt, wenn Judenverfolgung und Antikommunismus tatsächlich gleichzusetzen wären. Das behauptet Heinz natürlich nicht, er berichtet vielmehr, der Kontext sei von den Handlungsträgern subjektiv so hergestellt worden. Damit wird aber offensichtlich, daß deren Antisemitismus so nicht erklärt werden kann. Insoweit das benannte Interesse dennoch als Erklärung gelten sollte, müßte dem antisemitischen Wahngebilde Wahrheitsgehalt eingeflößt werden. Der "Erklärungsansatz" enthält also in seiner Logik die Gefahr, das zu erklärende Wahngebilde zu reproduzieren, oder jedenfalls den Graben, der antisemitische Ideologie von materialistisch definierbarem Interesse trennt, als Überbrückbar

darzustellen - ein Problem, das Heinz in seinem Text oftmals nur durch allerlei sprachliche Kniffe zu meistern vermag. Es entsteht aus solcher Dynamik die Tendenz, Antisemitismus als bloßes "Vorurteil" anzusehen, anstatt seinen Charakter einer umfassenden Welterklärung wahrzunehmen.

Eine - auch durch Heinz favorisierte - Variante, das Problem zu umschiffen, ist, Antisemitismus als von den Herrschenden funktional eingesetzt zu begreifen. Nun läßt sich durchaus vernünftig darüber diskutieren, ob und inwieweit herrschende Klassen, ohne selbst ("eigentlich") antisemitisch zu sein, vorhandene antisemitische Ideologie für ihre Ziele schüren und nutzen könnten. Der von Heinz eingeforderte Theoriezugang negiert allerdings von vornherein, daß auch Bourgeois und bürgerliche Staatsführungen (wie z.B. die Nazis) tatsächlich antisemitisch motiviert waren. Für eine solche Annahme von vornherein gibt es aber keine logische Begründung. Und selbst von dieser Frage abgesehen hätte auch die Möglichkeit der Herrschenden, auf antisemitisches Bewußtsein rekurrieren zu können, eben jenes Bewußtsein bei anderen schon zur Voraussetzung.

Wie mensch es dreht und wendet: eine Erklärung für die spezifische Gestalt des Antisemitismus ist notwendig, die Diskussion um dessen historische Bedeutung für verschiedene handelnde Personen oder Klassen hat sich daran anzuschließen. Die Analyse Postones baut darauf auf, die spezifischen ideologischen Konstellationen des modernen Antisemitismus zu untersuchen. Sie ist nicht, wie es für Heinz scheinen mag, beliebig ausgedacht, sondern materialistisch und aus der Empirie entwickelt. Der Charakter einer Weltverschwörungstheorie; die Identifikation der Juden mit "Abstraktion", der das Konkrete entgegengehalten wird; die Verantwortlichkeit der Juden für verschiedenste "negative" Auswirkungen des Kapitalismus, für die Spekulation wie die Formierung des Massenproletariats; das raffende gegen das schaffende Prinzip, wobei letzterem auch das Industriekapital zugerechnet wird - all diese in Schriften und Bildern konkret anzutreffenden Erscheinungen antisemitischer Ideologie begründen den Erklärungswert der Analyse Postones. Die Einwände Heinz' vermögen Postone nicht zu widerlegen, sie streifen vielmehr das entscheidende Thema, wie diese Elemente antisemitischen Denkens zu erklären wären, noch nicht einmal.

3. Antisemitismus und Auschwitz

Ein wichtiger Argumentationsstrang bei Heinz ist, daß speziell das NS-Vernichtungsprogramm, speziell Auschwitz nicht aus Postones Theorie des Antisemitismus erklärbar werde: Daß der Antisemitismus z.B. auch in Polen sehr stark gewesen sei, dort aber nicht zu ähnlichem Staatsprogramm geführt habe; daß das NS-Programm aus der Verknüpfung (u.a.) mit den imperialistischen NS-Kriegszielen begriffen werden müsse. Heinz übergeht auch hier Postones Interpretation, die NS-Vernichtung entspreche bis ins letzte der antisemitischen Bewußtseinskonstellation, und übergeht damit einfach den Erklärungscharakter dieses theoretischen Zugangs.

Der von Heinz vorgebrachte Aspekt, die antisemitische Politik habe zur Verwirklichung einer imperialistischen NS-Politik beigetragen, vermag m.E. ernsthaft ebenso zu einer Erklärung des Zustandekommens der Massenmorde an den Juden beizutragen, wie die von Heim/Aly ausgearbeitete These, an Antisemitismus habe sich NS-Bevölkerungspolitik mit der Zielsetzung wirtschaftlicher Modernisierung geknüpft. Wenn Postone seinen Aufsatz mit der These einleitet, die NS-Vernichtungspolitik gegen Juden habe, kurz vor Kriegsende, jeder funktionalen Zielsetzung entgegengestanden, so widersprechen von Heim/Aly angeführte Argumentationen, durch eine Reihe erster Belege gestützt, dieser Bewertung. Überhaupt nicht überzeugend ist aber, wenn Heim/Aly und nun auch Heinz den antisemitischen Hintergrund der Vernichtungsprogramme aus dem Zentrum einer Erklärung verbannen wollen. Bei Heim/Aly dominiert ein Begriff des Antisemitismus als Vorurteil, als einer überalterten, antimodernen Welterklärung - aus dieser Interpretation jener Ideologie resultiert ihre Einschätzung, erst die Verknüpfbarkeit mit den - hochmodernen - bevölkerungspolitischen Programmen habe ihn wirksam werden lassen. Heim/Aly verkennen damit gerade, was Postone herausarbeitet: Daß Antisemitismus als eine sehr moderne Ideologie im 2. Jahrhundert eine immense Wirksamkeit entfalten konnte. Auch Heinz negiert, unter Berufung auf Heim/Aly, daß die "Vordenker der Vernichtung", die Planer und Experten, die Vernichtungsprogramme vorbereiteten und organisierten, antisemitisch motiviert gewesen seien (wobei Heinz die bei Heim/Aly hervorgehobene Bedeutung der "Expertokratie" im NS-Staat in Frage stellt). Für mich drängt sich aber - aus ihrem Buch, aber auch nach dem mit Susanne Heim geführten Interview - der Eindruck auf, daß die bei Heim/Aly immer wieder anklingende Auftrennung in verbiesterte und eigentlich anachronistische Nazis hier und "moderne Experten" dort mehr auf ihrem ungenügenden Antisemitismusbegriff beruht, als sie empirisch anzutreffen wäre. Tatsächlich beruht die von ihnen ausgewiesene NS-bevölkerungspolitische Konzeption auf einigen ganz ähnlichen Denkmustern, wie sie auch im Antisemitismus zutage treten. Die Behandlung von Menschen als Menschenmaterial und die Überzeugung, durch dessen "Bearbeitung", deren Ermordung Wirtschaftsstrukturen zu modernisieren, entspricht sich, beide Konzeptionen betreiben die Biologisierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Beide Bewußtseinsformen, Antisemitismus und bevölkerungspolitische Denkmodelle, müssen als der kapitalistischen Entwicklung "angemessen", also als "modern" begriffen werden, und sie sind auch meist bei den konkreten Handlungsträgern zugleich aufgetreten.

Damit bleibt aber unbestreitbar: Daß das antisemitische Bewußtsein sowohl bei den Nazis, als auch in der herrschenden Klasse, als auch unter der Bevölkerung ein realer, und damit ein Auschwitz determinierender Faktor war. Bleibt auch im einzelnen zu untersuchen, inwieweit manche Handlungsträger möglicherweise Antisemitismus nur instrumentell nutzten, so kann doch festgehalten werden, daß die Annäherung an eine Erklärung der zu Auschwitz führenden Ursachen ohne das Zentrum einer Erklärung des Antisemitismus völlig undenkbar ist.

4. Ausbreitung des Antisemitismus

In seiner Kritik hebt Heinz hervor, Postone könne mit seiner Theorie die konkrete Ausbreitung des Antisemitismus in verschiedenen Ländern nicht wirklich erklären. Ist aber die These Postones richtig, daß die Zeit zwischen 88 und 94 in den kapitalistischen Zentren insgesamt regelrecht "als ein antisemitisches Zeitalter betrachten" kann (vgl. Interview), so ist schlüssig, nach übergreifenden Erklärungen dafür zu suchen.

Zur Differenzierung von Maß und Art dieses "antisemitischen Zeitalters" in verschiedenen Ländern formuliert Postone in einer Fußnote seines Textes eine "Vermutung", eine Hypothese: Vielleicht habe sich der moderne Antisemitismus in solchen Ländern besonders ausgeprägt, die zuvor in frühindustrieller Zeit durch starke Staatseingriffe - und damit als konkreter wahrgenommene Formen -geprägt waren: Gesellschaftliche Prozesse, die später mit dem Kapitalismus verbunden waren, hätten hier als besondern mysteriös und bedrohlich empfunden werden müssen. Im Gegensatz zu Heinz' Behauptung, hier werde "zusätzlich ... ein Hilfskonstrukt" eingeführt, knüpft sich m.E. diese Überlegung völlig logisch an Postones Antisemitismus-Definition. (Die Überlegung ist in Postones Text randständig, weil sie vage, ununtersuchte Hypothese bleibt - sie zudem verläßt den Texthorizont, zunächst das was des Antisemitismus zu untersuchen). Die von Heinz gegen die Hypothese geführten Einwände empfinde ich indes nicht als überzeugend - sie reduzieren sich letztlich auf die richtige Überlegung, durch Postones Erklärungsansatz allein sei das Zustandekommen von Auschwitz nicht erschöpfend erklärt. Die von Heinz angeführten Beispiele - Italien und Bulgarien - bestätigen Postones Vermutung eher, als sie zu widerlegen. Auch wenn Antisemitismus in diesen Ländern nicht den Vernichtungscharakter annahm, wie in Deutschland, so bleibt doch festzuhalten, daß auch die dortigen faschistische Regierungen sich nicht zuletzt auf einen antisemitischen Massenkonsens stützen konnten. Selbst Differenzierungen zwischen Deutschland und Italien könnten noch schlüssig aus dem vormaligen Anteil der Staatsmacht an kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung begründet werden. Auch daß Heinz Rußland als Gegenbeispiel anführt, ist mir unverständlich: Der massive dort entstandene Antisemitismus ist ja schließlich auch ihm nur allzu bekannt.

Es darf nicht aus dem Blick verloren werden, daß Postone modernen Antisemitismus eben nicht als Tradierung eines im Grunde noch feudalistischen Bewußtseinszustandes begreift, wodurch die wichtige Differenz seiner Erklärung z.B. zu der Engels' nivelliert würde. Antisemitismus verbreitete sich in der genannten Phase tatsächlich in der gesamten kapitalistischen Welt - man lese nur einmal die Schriften Henry Fords, um dieser übergreifenden Tendenz nachzuspüren.

. Antisemitismus - Gleichsetzung der Juden mit "Geld und Handel"?

Nach dem Motto "Mitgefangen - mitgehangen" stellt Heinz in seiner Kritik Postones Erklärungsmuster in die Tradition u.a. von Engels und Bebel, um die inzwischen verbreitete Erkenntnis der Problematik derer Positionen auf ihn zurückwirken zu lassen. Heinz sieht sogar durch Postone "weniger die Schwachstellen beseitigt", als "daß er sie weiter verschärft".

Nun haben Engels und Bebel Antisemitismus als Vorurteilshaltung ungebildeter Volksschichten gegen Juden interpretiert, die Ideologie im Kern an überkommenen Feudalismus gebunden, und aus dieser Herleitung das Aussterben des antisemitischen Denkens vorhergesagt. Sie interpretierten Antisemitismus als "Antikapitalismus der dummen Kerle" (Bebel) in dem Sinne, daß der Protest gegen Kapitalismus sich bei seinen im Grunde feudal geprägten Trägern nur als Revolte gegen die Moderne im allgemeinen richten könne. Sie knüpften das Aufkommen der Ideologie darüberhinaus eng an das in diesen Schichten vorauszusetzende objektive Interesse, dem sich entwickelnden Kapitalismus entgegenzutreten.

Heinz schlägt in seinem Text vor, Engels zu modifizieren: Antisemitismus solle nicht als an die Interessen von untergehenden, durch den Kapitalismus in die Enge getriebenen Schichten gebunden gesehen werden; stattdessen sei notwendig, die Interessen der herrschenden Klassen an dieser Ideologie zu thematisieren. Damit trägt Heinz der Problematik Rechnung, daß Engels' und Bebels Zugang die antisemitischen Ideologieträger als anachronistische Marginalie betrachten, als Opfer des Kapitalismus, über die die Geschichte bereits hinweggegangen ist, und von denen keine gesellschaftliche Wirkungskraft zu erwarten sei. Andererseits geht aber bei Heinz' Modifizierung jeder Anspruch auf eine Erklärung der antisemitischen Ideologie selbst, die bei Engels/Bebels noch anzutreffen war, nun völlig verloren. Die Verknüpfung der herrschenden Klassen mit antisemitischer Ideologie ist bei ihm ja eine rein funktionale, sie selbst werden nicht als Antisemiten untersucht.

Engels/Bebels definieren Kapitalismus als eine

antimoderne Strömung; sie gehen dabei davon aus, Juden würden mit "Geld und Handel", und dadurch mit dem Kapitalismus identifiziert. Dasselbe unterstellt Heinz auch Postone (bei jenem sei Antisemitismus die Identifikation der Juden mit "Geld und Handel"), und er verkennt, daß Postone im Gegensatz dazu die Entwicklung des Antisemitismus gerade mit den modernsten Kapitalentwicklungen verkoppelt sieht. Die Nazis, so der beobachtete Ausgangspunkt, hätten nicht nur Blut und Boden, sondern auch die Maschine idealisiert, und sie hätten gegen Spekulation, nicht aber gegen Elemente der Industrieproduktion und des Industriekapitals agitatiert. Daraus leitet Postone ab, daß die These der "antimodernen" Revolte ungenügend bleibt, vielmehr differenzierter auf die fetischisierten Wahrnehmungsweisen eingegangen werden muß. Er stellt in seinem Text die Tradition romantizistischen Denkens dar, die zunächst (den damals modernsten Kategorien entsprechend) zu mechanistischen Weltbildern, seit Ende den 9 Jahrhunderts aber (verbunden mit der wachsenden und offensichtlicher werdenden Orientierung gesellschaftlicher Entwicklung an Entwicklungen der Kategorie "Kapital") in biologistische Weltbilder übergegangen sei. Die biologistischen Hypostasierungen in Arier und Jude sind demnach tatsächlich hochmoderne Erscheinungen (die zudem, wie er beschreibt, der Durchsetzung modernster kapitalistischer Entwicklungen dienten). Dabei nimmt Postone gerade den Charakter des Antisemitismus als umfassende Welterklärung in den Blick, anstatt von bloßem Vorurtiel auszugehen - was möglich ist, weil er die Pressung antisemitischer Ideologie in die Kategorie Interesse nicht betreibt.

Bei Heinz geraten diese entscheidenden Differenzen Postones zu Engels/Bebels zu Marginalien, und er kann nur deshalb zur Befürchtung kommen, "mit Postone" werde eine schlechte Ausgangsbasis "gegen Nolte" geschaffen. Der These Noltes von der "asiatischen Tat", die Auschwitz im Kern gewesen sei, mag eine gewisse Nähe zur Sichtweise bescheinigt werden, der NS-Antisemitismus sei im Kern antimodern gewesen (schon das finde ich übrigens zweifelhaft). Zu Postone, der Antisemitismus eng mit den jener Zeit modernsten kapitalistischen Formierungen verknüpft sieht, können da theoretische Affinitäten jedoch kaum unterstellt werden.

Ein letztes: Heinz sieht im Postone-Interview eine "scharfe Grenze" zwischen NS-Euthanasie- unf Vernichtungsprogrammen gegen die Juden gezogen. Auch das bleibt mir unverständlich: Weist doch Postone gerade auf die innere Ähnlichkeit von Euthanasie- und antisemitischem Denken hin, die aus seinem Ansatz, Ideologiegeschichte zu betrachten, erklärbar werden kann.

Be, Gruppe K Hamburg

1) Den Aufsatz "Antisemitismus und Nationalsozialismus" veröffentlichte Postone im Juni 979 in der Frankfurter "Diskus" und - in englischer Fassung - in "New German Critique"; er enthält einen ersten, an der Diskussion um den Holocaust-Film ansetzenden aktuellen Teil, und die theoretischen Überlegungen. Den zweiten Teil veröffentlichte Postone - leicht überarbeitet - unter dem Titel "Die Logik des Antisemitismus" in Merkur I, 36. Jahrgang, Stuttgart 982. Diese Textfassung erschien auch in: Dan Diner, "Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz", Frankfurt a.M. 1988, sowie in der Antisemitismus-Nummer der "Kritik und Krise", Sommer 91, ISF/Freiburg.

MENSCHENRECHTE -

der unwidersprechliche Auftrag echt legitimer Herrschaft

"Freedom ist just another word for nothing else to loose" (Janis Joplin)

Die realsozialistischen Staaten waren ausgesprochene Menschenrechtsverletzer. Sie setzten an den Anfang ihrer Verfassungen positive Zwecke: den Arbeitern und den Bauern wollten sie dienen, deren Wohlstand herstellen und jedermann das Recht auf Arbeit gewährleisten, damit fürderhin niemand mehr in Notlagen gerate. Diese materiellen Staatszwecke gelten einem demokratischen Staat als verwerflich. Anstatt einem positiven Zweck soll die Herrschaft einem negativen dienen. Die Staatsgewalt will Unterlassungen üben,sie will sich auf Bestimmungen festlegen, die einen Schutz gegen staatliche Willkür bieten. Die Staatsgewalt lobt sich damit, daß sie ihre Gewalt, die sie als unermeßlich schildert, domestiziert: sie schränkt sie auf ihren funktionellen Gebrauch ein, sie unterläßt Folter,verhaftet nicht willkürlich, stellt bei Prozessen einen Rechtsanwalt,usw.

Dieses Lob hat 3 Haken: erstens bleibt die Gewalt - auch wenn sie sich selbst bestimmte Praktiken verbietet - eine gegen die Untertanen. Zweitens, dafür daß die Herrschaft etwas unterläßt,braucht es sie nicht. Die Logik,der demokratische Staat müsse seine Gewalt einsetzen, damit er nicht undemokratisch wird, stinkt zum Himmel. Erfunden wird diese zweifelhafte Begründung drittens, weil der funktionelle Einsatz der Gewalt der Grund dafür ist,warum der Menschenrechtsstaat sich dazu zwingt, disfunktionale zu unterlassen. Das ist zu beweisen und läßt sich am

Schutz der Menschenwürde,

der methodichen Fassung des Inhalts der Menschenrechte darstellen. Die Menschenwürde zeichnet sich dadurch aus, daß man sie nie verlieren kann. Weder als Slumbewohner,noch als Sozialhilfeempfänger noch als Gefängnisinsasse oder als geschliffener und gedrillter Idiot beim Militär. Die Menschenwürde garantiert, daß man mit einem Menschen nicht alles machen darf, Schleifen und Hetzen darf man den Soldaten schon -verheizen im Krieg auch-, aber ihn drillen,wenn der Zweck nicht die Kriegsausbildung,sondern die pure Demütigung ist - das darf der Feldwebel nicht,das fällt dann unter die Kategorie Sadismus. Dafür gibt es dann einen parlamentarischen Würdewächter der Bundeswehr.Der Gefängnisinsasse soll die Nichtrespektierung der staatlichen Gewalt büßen,die Rache des Staates für den Gesetzesbruch am Freiheitsentzug spüren,aber über dieses staatlich als notwendig festgelegte Maß an Schikane darf ihn der Gefängniswärter nicht persönlich schikanieren. Dafür gibt es dann Gefängnisinspektoren und Gefangenensprecher. Der politische Abweichler darf wohl eingesperrt werden, wenn er staatliche Institutionen und Repräsentanten kritisiert oder beleidigt, die (absolut gewaltlosen!) Verhältnisse mit Gewalt überwinden will oder sich einfach nur zu oft versammelt, wenn er nicht soll, aber er darf nicht gefoltert werden. Er darf eingesperrt werden, aber nur wenn die Rechtsmaßstäbe des Staates in einer ordentlichen Gerichtsverhandlung an ihm exekutiert werden, und nicht ohne Verteidiger, weil dies dann willkürliche Gewaltausübung wäre.

Der Staat verbietet sich also nicht die Gewaltausübung, sondern die zwecklose Gewaltausübung. Ideologisch heißt das dann, daß der Schutz der Menschenwürde den zivilisierten,im Gegensatz zum rücksichtslosen Staat ausmacht. Wird der Scherge der Staatsgewalt in Gestalt des Feldwebels, Gefängniswärters,prügelnden Lehrers usw. in seinem persönlich willkurlichen Sinn gewalttätig, fällt er selber unter die Strafgesetzgebung. Es geht um die Festlegung der Minimalschranke der Rücksicht, die der Staat,der sich als demokratischer auf das Mittun der Bürger bei der Gewaltausübung gegen sie einläßt, seinen Bürgern gewährt.

Natürlich nur solange,solange die das Mitmachen nicht aufkündigen, da er in diesem Fall mit der demokratischen Verfassung auch die kodifizierte Rücksichtnahme außer kraft setzt. Das heißt dann Notstandsgesetze, welche keinen Verstoß gegen die demokratische Verfassung darstellen, weil sie in der ausdrücklich drinstehen. Deutlicher läßt sich der Widerspruch der Demokratie - staatliche Gewaltausübung für die unterworfenen Bürger zu sein - , nicht formulieren: die Gewaltausübung verweist auf den Klassengegensatz in der Gesellschaft, der durch den Guß der staatlichen Gewalt in die Rechtsform nicht außer kraft gesetzt wird,weil das Recht die Betätigung der Interessen nur unter Berücksichtigung des gegnerischen,das eigene ausschließende, Interesses erlaubt.

Die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz reproduziert die Ungleichheit der ökonomischen Mittel,mit denen sie sich durch den Kapitalismus schlagen müssen. Wenn der Arbeiter vom Kapitalisten auf der Straße eine Ohrfeige bekommt, bekommt er vor Gericht genauso recht wie der Kapitalist, der von seinem Klassenbruder eine in die Fresse bekommen hat. Der Arbeiter, der im Betrieb zu lange über dem Grenzwert verschmutzte Luft eingeatmet hat, kriegt geauso recht wie jeder andere, dem das im gleichen Betrieb passiert ist. Nur daß eben sein Arbeitgeber und dessen Kollegen nicht vor Gericht klagen müssen, weil niemand gegen sich selbst klagt und weil sie zur Arbeitskontrolle andere eingestellt haben. Darüber hinaus kriegt der gesundheitsgeschädigte Arbeiter nur im Fall der Überschreitung der Grenzwerte eine Entschädigung; ansonsten ist die Gesundheitszerstörung normal. Und drittens kann der gute Mann sich von seiner Entschädigung seine Gesundheit nicht wiederherstellen; selbst die Biere, die er sich davon kaufen kann, sind unter diesen Umständen nicht mehr die wahre Freude. Marx bestimmte daher die Gleichbehandlung als zur kapitalistischen Klassengesellschaft gehörig:

"Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustausches,innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht ist Freiheit,Gleichheit,Eigentum und Bentham. Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z.B. der Arbeitskraft,sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie,rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das Seine. Bentham! Denn jedem von beiden ist es nur um sich zu tun. Die einzige Macht, die sie zusammen und in ein Verhältnis bringt,ist die ihres Eigennutzes,ihres Sondervorteils,ihrer Privatinteressen." MEW Bd.23, S.189/190

Daraus folgt als banaler Schluß, daß Mitglieder des Verein freier Menschen im Kommunismus sich gemäß ihren ungleichen Bedürfnissen, Interessen und Notwendigkeiten behandeln, also gerade nicht als gleiche:

"Dieses gleiche Recht(jeder kriegt soviel Konsumtionsmittel,wie er Arbeitsstunden geleistet hat/der Verf./) ist hier (im Sozialismus/der Verf.) daher immer noch -dem Prinzip nach- bürgerliches Recht.... Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen proportionell; die Gleichheit besteht darin,daß am gleichen Maßstab der Arbeit gemessen wird.Der eine ist aber physisch oder geistig dem anderen überlegen,liefert also in der selben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten. Und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder Intensität nach bestimmt werden,sonst hörte sie auf Maßstab zu sein. Dies gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit.Es erkennt keine Klassenunterschiede an,weil jeder nur Arbeiter ist wie der andere; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien an. Es ist daher ein Recht der Ungleichheit,seinem Inhalt nach, wie alles Recht. Das Recht kann seiner Natur auch nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehen; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedene, wenn sie nicht ungleiche wären) sind nur an gleichem Maßstab

meßbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt,sie nur von einer bestimmten Seite faßt,z.B. im gegebenen Fall sie nur als Arbeiter betrachtet und weiter nichts an ihnen sieht,von allem andern absieht. Ferner: ein Arbeiter ist verheiratet,ein andrer nicht;der eine hat mehr Kinder als der andere etc.etc. Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil am Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andere,ist der eine reicher als der andere etc. Um alle diese Mißstände zu vermeiden,müßte das Recht ,statt gleich, vielmehr ungleich sein." MARX, Kritik des Gothaer Programms, MEW Bd.19, S.20/21, Hervorhebungen von ihm selbst)

Die Entfaltung der Persönlichkeit(Grundgesetz Artikel 2)

berechtigt den Bürger zu allem,was nicht die Freiheit anderer oder die verfassungsmäßige Ordnung verletzt. Jeder darf frei seine Interessen verfolgen, solange ernicht die Interessen anderer antastet. Bei den Lohnarbeitern, die Marx als doppelt frei - frei von einem sie besitzenden Herrn und frei von Produktionsmittel - verheißt das freilich kein flottes Leben:

"Wenn also die ökonomische Form,der Austausch,nach allen Seiten hin die Gleichheit der Subjekte setzt,so der Inhalt, der Stoff, individueller als auch sachlicher,der zum Austausch treibt, die Freiheit. Gleichheit und Freiheit sind also nicht nur respektiert im Austausch,der auf Tauschwerten beruht,sondern der Austausch von Tauschwerten ist die produktive,reale Basis aller Gleichheit und Freiheit. Als reine Ideen sind sie bloß idealisierte Ausdrücke desselben;als entwickelt in juristischen politischen,sozialen Beziehungen sind sie nur diese Basis in einer anderen Potenz." MARX, Grundrisse der Kritik der pol.Ök.,S.156.

Die Freiheit zum Verkauf der Arbeitskraft mit anschließender Gerberei muß eben dann nicht ein anderes, sondern das gegenstzliche Interesse, der bezahlten Arbeitskraft möglichst viel unbezahlte Arbeitskraft abzuringen, gewähren lassen. Im Gegensatz zum Sklaven, der Diener seines Herrn und dabei unfrei ist, darf der Arbeiter als freier Bürger seinen Materialismus verfolgen : eben innerhalb der Schranken des Gesetzes, darf er unter Akzeptanz des Interesses,das durch seinen Ankauf und seine Anwendung Kapital vermehrt, seinen Nutzen mehren. Die Reflexion auf ihn als Mitmacher bei den festgelegten Zwecken der Kapitalgesellschaft setzt ihn als politisch Freien, als wahlberechtigten Zustimmer zu den Notwendigkeiten des Kapitalismus.Die Warenproduktion, der Kauf und Verkauf der Waren,und damit auch der Ware Arbeitskraft, setzt ihn als ökonomisch Freien. Die Kritik,im Kapitalismus sei die Freiheit nicht verwirklicht, ist daher eine Verharmlosung, weil sie sich auf den Standpunkt des Ideals der Freiheit stellt. Sie macht sich hilflos gegen die Kampfparole des modernen Kapitalismus -"freedom and democracy" -,indem sie die Ideale adaptiert,mit dem Verweis, sie wären noch nicht genug realisiert oder die praktische Politik verstoße gegen sie. Mit dem Bekenntnis zu den Idealen des Kapitalismus gegen seine mangelnde Realisierung begann denn auch die Rückwanderung der Linken in den Schoß der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Ausgestaltung der Freiheit In Artikel 4+5 GG als Meinungs-, Wissenschafts-, Glaubens- und Pressefreiheit zielt auf den selbstbewußt nationalistischen Mitmacher. Der darf Zustimmung und Kritik immer in der Form der Meinung , also der konsequenzlosen Stellung zu den Taten der Herrschaft äußern. Sollten Leute organisiert ihre Meinung praktisch werden lassen wollen,trifft sie das Diktum des Mißbrauchs der Meinungsfreiheit. Sie verwirken ihr Recht,weil sie es nicht als Pflicht, vom Interesse Abstand zu nehmen, wahrgenommen haben.

Kein Wunder also, daß Demokraten beim Tolerant-Sein immer schnell auf die Quintessenz der Toleranz zurückkommen: `Keine Toleranz für Intolerante` heißt es dann, wenn jemand sein Interesse nicht dem allgemeinen Gesichtspunkt des Fortschritts der Nation und der Kapitalverwertung unterordnen will oder auch nur in diese Richtung hin argumentiert.

Resumée: die Pflege der Menschenrechte sollte man Amnesty International überlassen.Die können dann bei jeder Hinrichtung anmerken,daß sie

nicht rechtmäßig war und daß Gefängnisstrafen ohne rechtsstaatliche Gerichtsurteile unrecht sind. Kommunisten wissen dagegen, daß die staatliche Gewalt nicht überall ökonomische Verhältnisse beaufsichtigt, die ein weitgehend freiwilliges Mitmachen als Unterwerfung unter den stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse und daher auch ein rechtsstaatlichen Gewaltverhältnisse erlauben. Schließlich erzeugt der Imperialismus nicht lauter hochentwickelte Kapitalismen, so daß seine staatlichen Aufseher anderswo nicht immer mit dem Menschenrechtskatalog unterm Arm herumlaufen können. Daher wissen sie vom Zusammenhang zwischen rechtsstaatlicher und nicht rechtsstaatlicher Gewaltausübung und kritisieren das menschenrechtlich geordnete Ausbeutungsverhältnis, auch wenn es nur in Ausnahmefällen soviel Gewalt benötigt wie in Dritte-Welt-Staaten üblich ist. Schon gar nicht fällt ihnen ein, Helmut Kohl aufzufordern, (noch) mehr Druck auf undemokratische Potentaten auszuüben. Allein schon um ihm einen Lachanfall zu ersparen.

A.K, Berlin

Der Sozialstaat -
die bessere Seite des bürgerlichen Staates ?

"Der zwischen Konsumwerbung und Distributionspolitik eingekeilte Einzelne kann die doppelte Wirklichkeit nur noch halb sehen:die "Republik des Marktes" und nicht die "Despotie der Fabrik"(Paschkunis), die Vielfalt organisierter Interessensvertretung,nicht die Trennung von Oligarchie und Masse; unzählige Gruppen von Einzelnen,die ihren Anteil am Genuß produzierter Güter erhöhen wollen, nicht den Widerspruch zwischen Kollektivproduzenten und Produktionseigentümern". Johannes Agnoli, Die Transformation der Demokratie, ca ira,1990, S.38

Das Kapitel, aus dem das Zitat stammt,heißt Programm und Technik des sozialen Friedens. Die von Agnoli hier stellvertretend für die radikale Linke vorgetragenen Stellung zum sozialen Frieden überzeugt nicht, da das Verhältnis der arbeitenden Klasse zum Staat nicht aus ihrer Stellung zu ihrem ökonomischen Mittel,der Lohnarbeit, abgeleitet wird, sondern als Bestechung aufgefaßt wird:
"Nicht nur das(selbst manipulativ erzeugte) Konsumverhalten verschafft ihm (dem Pluralismus der Distributionssphäre, Ergänzung vom Verf.) ein eindeutiges Übergewicht." (ebd.S.38)
Weil dei herrschende Klasse den Proleten qua Sozialstaat laufend Konsumangebote zur´sozialen Befriedung´macht, vergessen dieselben ihre Ausbeutung. Durch Partizipation am Reichtum wird der Kampfwille gegen die Ausbeutung begraben.Aber worin macht sich dann die Ausbeutung bemerkbar, wenn es den Leuten immer besser geht? An der Gegenüberstellung von Ausbeutung und Bestechung mittels Konsum merkt man schon, daß die Ausbeutung nicht als ökonomische gemeint ist,sondern als politisches Unterdrüungsverhältnis; sonst würde der unmittelbare Widerspruch dem Autor sofort ins Auge stechen. So setzt er auch die"Despotie der Fabrik"der "Republik des Marktes" entgegen. Zwar tritt der Arbeiter auf dem Markt als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf, was ihn nicht gerade mit der anderen sich dort tummelnden Klasse republikanisch gemein macht, und zwar ist in der Fabrik auch nicht gerade das Kommando des Kapitals die die Arbeiter schädigende Angelegenheit, sondern der Zweck, der vom Kommando verlangt wird; derselbe heißt Mehrwertproduktion und nicht Despotie.Der Politologieprofessor beliebt jedoch das Kapitalverhältnis in ein Machtverhältnis aufzulösen und die ökonomische Interessen verfolgenden Gesellschaftsmitglieder als eigentliche Machtabschaffer zu definieren. Die "Republik des Marktes" verstellt ihnen nur leider den Blick auf die "Despotie der Fabrik" und raus kommt die "Blindheit der Massen" (S.38). Hinhaun tut das nicht, weil auch dem "zwischen Konsumwerbung und Distributionspolitik eingekeilt(est)en" Arbeiter nicht entgehen kann, daß er auf dem Markt was anderes zu tauschen hat als der der´s ihm abkauft.
Nichtsdestotrotz behaupten die Arbeiter gedanklich,daß die Benutzung der Lohnarbeit durchs Kapital und das Lebenmüssen der Arbeiter von derselben vereinbar wäre. Auf diesen Fehler verfallen sie, weil sie von der Lohnarbeit leben müssen, da sie in diese Zwangsverhälnisse hineingeboren sind und weil sie die Existenz des Sozialstaats als ihre Existenzsicherung nehmen, was sie nicht ist, da die Sicherung der Existenz der lohnarbeitenden Klasse noch lange nicht die des einzelnen Lohnarbeiters einschließt. Das ist in diesem Aufsatz an den Ausformungen des Sozialstaats zu beweisen. Nur eins läßt sich schon vorweg sagen: die Arbeiter sind keine eigentlichen kommunistischen Klassenkämpfer,die von der Distributionspolitik und dem Sozialstaat von dieser,ihrer großen Aufgabe abgehalten,weil bestochen werden. Es stimmt nämlich nicht, daßder Sozialstaat die Konsuminteressen der Arbeiter (scheinbar,oder bis zu einem gewissen Grad) befriedige und die eigentlich Kampfeswilligen so manipuliere:
"Die Frage wird hier akut, ob die Manipulation so weit reichen kann, ob die auch (patriotisch forcierte)Bindung an den Staat den Massen den Blick für ihre wirkliche Stellung in der Gesellschaft so weit versperrt;

ob die Verkürzng des Klassenkampfes auf die Zirkulations- und Machtverteilungskonkurrenz von Führungsstäben die politische Bewußtheit soweit verhindert,daß das Fundament des Staates nie in Gefahr gerät". (derselbe,S.63)

Auch hier ist dem Ziehvater der Autonomen entgangen, daß zur Manipulation zwei gehören: der Manipulierende und der sich manipulieren Lassende. Die Manipulationstheorie negiert das Urteil und den Verstand des denkenden Individuums. So fest glaubt Agnoli an den unabänderlichen sozialistischen Willen der Massen,daß er sie lieber als willenlose,manipulierte Schafsköpfe konstuiert als daß er ihnen eine kommunistische Kritik an den Fehlern ihres Mitmachens antun will. Die Massen kriegen so die Prädikate 'gut' und 'im Prinzip richtig liegend` aufgedrückt. Aber so richtig glauben will auch Agnoli an seine Manipulationstheorie nicht: sonst würde er nicht die Frage stellen,ob "das Fundament des Staates nie in Gefahr gerät". Könnte der Klassenantagonismus nicht doch noch zur Gegenmanipulation ausholen?

I. Sozialstaat historisch

Der Heißhunger des Kapitals nach Mehrarbeit ließ es den Arbeitstag stetig verlängern, über Einführung von Frauen- und Kinderarbeit den Arbeitslohn stetig senken und die nicht mehr benutzbaren Arbeiter mußten dem frühzeitigen Tod entgegensehen. Dieselben ließen sich das nicht mehr gefallen und kämpften um die Festlegung der Bedingungen der Existenz der Klasse. Dem Staat gefiel das nicht sonderlich, aber nachdem die Kämpfe die Produktionsweise nicht mehr recht zur Ruhe kommen ließen, formulierte er einen Kompromiß zwischen den Klassen.Die Existenz der arbeitenden Klasse wurde in Gestalt der Garantie des Weiterlebens ihrer Mitglieder im Krankheitsfall oder bei Arbeitslosigkeit anerkannt. So sorgte der Staat als ideeller Gesamtkapitalist für die Erhaltung der Arbeiterklasse als Mitteldes Kapitals. Da wo das Kapital mit der Ruinierung der Arbeiter seine eigene Basis untergräbt, reagiert der Staat auf die Arbeiterkämpfe und erhält dem Kapita seine Arbeiterklasse, indem er es zur Rücksichtsnahme zwingt. Das Lob, die Arbeiterklasse habe sich da was Existientielles erkämpft, wirkt schaurig angesichts dessen, daß sich das Erkämpfte in die Fortexistenz der eigenen Ausbeutung bei Kodifizierung einiger Mindeststandards, die die Ausbeutbarkeit garantieren, auflöst. So ermöglicht der Sozialstaat das , wofür er so gern gelobt wird: die soziale Gerechtigkeit. Für deren Inhalt hatte Martin Luther einen klareren Blick als so mancher gestandene Sozialist heute: "Was ist Gerechtigkeit anderes ,als daß jeder tue in seinem Stand, was er schuldig ist."

II. Die Abteilungen des Sozialstaats

a) Die Krankenversicherung

Der Lebensweg des Arbeiters ist ein Prozeß der Zerstörung seiner Gesundheit da die Verausgabung derselben die Quelle des Mehrwerts ist. Daß sie Voraussetzung jedweder Tätigkeit und jedes Vergnügens ist, aber ihre Besitzer dieses wertvolle Gut immer mit ihren Arbeitgebern teilen müssen,reflektiert die Volksweisheit: `Das Wichtigste ist die Gesundheit'.Die Arbeitsfähigkeit wird zwangsläufig ruiniert und muß genauso zwangsläufig wiederhergestellt werden. Das leistet die Kranken- und Unfallversicherung. Gesund gemacht hat dieselbe noch keinen, da Krankheiten auskurieren unvereinbar mit dem Solidarprinzip dieser Kasse ist. Die systematisch Ruinierten haben die Kosten ihrer Wiederherstellung selbst zu tragen (über den Abzug an der Lohnquelle) und da ihr Lohn Abzug von der Akkumulation des Kapitals ist, reicht er nicht für die Begleichung der anfallenden Krankenkosten. Denn es gibt kaum einen Lohnarbeiter über 35, der nicht mit einigen Dauerleiden eingedeckt ist und diese von einem Gesundheitssystem,das streng aus Arbeitsfähigkeit hin funktionalisiert ist, durch die Verordnung einiger Verschnaufspausen kultiviert bekommt. Bemerkenswert sind die Modifikationen der letzten Jahre. Das Gesundheitskostendämpfungsgesetz ist einerseits das Eingeständnis,daß der Lohnabzug die Ruinierung der Gesundheit durchs Kapital nicht

bezahlen kann.Offensiv wurde die Notwendigkeit der Zerstörung der Gesundheit dahingehend umgelogen,daß ein verweichlichtes Volk der Medikamenten- und Tablettensucht fröhne (so als ob das Proletariat vom Alkohol auf Tabletten umgestiegen wäre, da diese die Krankenkasse bezahlt).Dem Kranken wird so die Schuld für seine Krankheit zugeschoben und er darf nochmal extra für sie blechen.Da diese Maßnahme die Kosten nur vorübergehend gesenkt hat, aber das Prinzip der Haftbarmachung der Kranken für ihre Krankheit akzeptiert wurde, sind weitere Schritte in diese Richtung zu erwarten.

b) Die Rentenversicherung

Sie sichert das Leben der durch jahrzehntelange Vernutzung Unbrauchbaren. Mit natürlichem Alter hat diese Unbrauchbarkeit nichts zu tun. Das kann man schon an dem Umstand sehen,daß nur ein Drittel der Arbeiter laut DGB-Statistik mit dem offiziellen Rentenalter verrentet werden. Der Rest wird aufgrund von Ausgelaugtheit frühverrentet oder stirbt vorher. Da sich der Verdienst an der Wiederherstellung der Arbeiter für die weitere Verausgabung ihrer Kraft bemißt,kann der Rentner natürlich nicht verlangen, daß er in der Rente weiterhin soviel essen darf: 75% oder weniger tuns dann auch (schon wegen der Gefahr der Dickleibigkeit).

Der Ideologie nach ist die Rentenversicherung ein Generationenvertrag. Die junge Generation finanziere die alte.Die Generationen haben sich allerdings nie getroffen, um mal vertraglich ihre Ansprüche aneinander zu formulieren.Der Staat seinerseits hat schon die vierte Auflage der Rentenversicherung eingerichtet, weil er zweimal in der Zwischenzeit Krieg führen mußte oder für sonstige Notfälle Geld brauchte. Da waren die Kassen dann halt leer und die Generationen konnten sich wieder zum Vertragsabschluß treffen.Die Wahrheit ist, daß die Arbeiter den Staat darauf verpflichteten, sie im Alter zu erhalten. Das wendete dieser postwendend gegen dieselben, indem er Zwangsbeiträge von ihnen einzog, deren Zwangscharakter die Armut bei den Zahlern reflektiert.Die Klasse muß also die Vernutzten selbst finanzieren(der berühmte Arbeitgeberanteil ist ja auch nur ein Lohnbestandteil). Das so abgezwackte Geld wird dabei den Alten nicht einfach zum Verfressen gegeben.Es wird den Rentnern gemäß Arbeitsjahren ausgezahlt. Der Rest wird -vor den Rentnern sicher - in Staatsanleihen angelegt.Gleichzeitig wurden die Reserven auf ein Minimum reduziert (heute ein Kalendermonat), um den Zugriff des Staates auf diese Gelder zu optimieren. So erscheint die Verwendung von Beitragsgeldern für Haushaltszwecke gar nicht mehr einfach als Schuldenaufnahme des Staates bei der Rentenversicherung,sondern deren gesetzliche Verpflichtung,ihre Liquiditätsreserven hauptsächlich in Staatspapieren mit Übernahmegarantie durch die Bundesbank anzulegen, ist dann eine Form, "die Zahlungsfähigkeit der Versicherungsträger sicherzustellen" (§1383 Rentenversicherungsordnung). Das Verhältnis ist auf den Kopf gestellt. Aber dafür gibt es eine fortwährende Klage: die Rentenkasse hat Löcher,aus denen das Geld entfließt.Und der , in dessen Säckel die Gelder jahrzehntelang abgeflossen sind,setzt sich als Mister Lochstopfer in Szene, indem er der Arbeiterklasse die Beiträge erhöht. Sozialstaat- so lautet die Klarstellung, ist eben was anderes als die Bedienung sozialer Bedürfnisse.

Die Herren Blüm und Co. haben ihre Sprüche zwar modernisiert,aber dem wahren Ausspruchs des Rentenversicherungsbegründers würden sie auch heute keinesfalls widersprechen:

"Ich gebe mich der Hoffnung nicht hin,daß durch gesetzgeberische Maßnahmen die Not der Zeit und das menschliche Elend aus der Welt schaffen lassen".(Kaiser Wilhelm II. zur Begründung der Einführung der Rentenversicherun

Zuerst schafft der Staat durch seine Beaufsichtigung der Marktwirtschaft das Elend,dann macht er es durch Sozialgesetze für sie funktional und dann kann er die Not einfach nicht abschaffen,obwohl er so gerne möchte! Armer Kerl.

c) Die Arbeitslosenversicherung

Da Arbeitslosigkeit so sicher wie das Amen in der Kirche ist, und die Arbeiter während ihrer Beschäftigung nicht so viel Knete auf die Seite legen können, um für diesen Fall vorzubeugen,verpflichtet sie der Staat mittels der Zwangsversicherung dazu. Die Einschränkung der Reproduktion durch Beiträge heute soll das Überleben morgen garantieren. Um zu garantieren, daß die Zeit der Arbeitslosigkeit sich als Zwang zur Arbeitssuche gestaltet, tut der Staat sein Möglichstes: Meldepflicht, Gebot der Annahme 'zumutbarer' Arbeit beiReduzierung des Arbeitslosengeldes bis hin zu seinem Entzug, Anreize zur Umschulung usw. Die Sicherheit,daßman mit 67% des alten Nettogehalts (oder 58% Arbeitslosenhilfe) eher vegetieren als leben kann,läßt denn auch die zuständigen Politiker solange gut schlafen bis die nächste Flaute in der Kasse neuen Handlungsbedarf entstehen läßt.

d)Sozialhilfe

ist für das tote Gewicht der Arbeiterklasse bestimmt. Für Leute, die den alltäglichen Leistungsanforderungen des Kapitals nicht gewachsen sind. Und weil der Staat weiß, daß das Ideal der Wiedereingliederung der Gestrauchelten im Regelfall ein Ideal bleiben muß, denkt er bei ihrer Gewährung an die Kriminalität, die dieselbe wenigstens ein bißchen dämpft.Nachweisen muß diese Klientel, daß sie keine Arbeit leisten kann, weil sonst das Bürgerliche Gesetzbuch greift,das für solche hartnäckigen Fälle sogar einen Platz in einer Anstalt oder Gefängnisaufenthalt vorsieht.

Die Würde des Menschen, die der Staat im Grundgesetz zu beaufsichtigen verspricht,ist beim Sozialhilfefall auf den Begriff gebracht. Der Staat schützt und gewährt das Leben,in dem er seine Beamten sogar die Wurstscheiben ausrechnen läßt, die dafür im Moment notwendig sind. Ausgeschlossen von allen Dingen, die das Leben lebenswert machen,ausgeschlossen von mehr oder weniger allen Aktivitäten, die in der Gesellschaft des Kapitals bezahlt sein wollen, gesteht der Staat dem Sozialhilfeempfänger zu,daß er würdig zu leben,eben lebenswert , ist.Der Staat, der ihn als Oberaufseher de Konkurrenz in diese prekäre Lage gebracht hat, vergönnt ihm das Leben getrennt von allen materiellen Seiten desselben: das staatsbürgerliche Leben pur. Daran soll er teilnehmen dürfen, an des Staates Glanz und Herrlichkeit und wenn er will,darf er sogar wählen. Die Möglichkeit, im Staat seinen Herrn,seinen Lebenszweck und seine Berufung anzuerkennen,soll ihm auch dann nicht genommen werden, wenner für die Ausbeutergesellschaft nichts mehr taugt. Um das'in Würde' auszuhalten, brauchen solche Leute eher noch mehr Würde als andere. Aber an Würde herrscht ja kein Mangel. 3,3Millionen solcher Schattenexistenzen hat es bislang produziert,das vorbildliche Modell Deuschland, Und eine Million Obdachlose,die selbst die Sozialhilfeempfänger beneiden,kommen noch dazu. Die demokratische Öffentlichkeit,die jede Systemnotwendigkeit als Problem zu verkaufen weiß,berichtet darüber ungeschminkt:

"Das ist legale Vertreibung"

"So schätzt das Diakonische Werk in Berlin, daß in der Hauptstadt mehr als 20 000 Menschen ohne Bleibe sind....In Hamburg spricht die Behörde von rund 5000 Obdachlosen,die Hilfseinrichtungen kommen jedoch auf 50 000.Einzig das Kölner Wohnungsamt räumt freimütig ein, daß in der Rhein-Metropole 45 000 Menschen,mithin etwa 5% der Einwohner, in kommunalen Notquartieren leben... "Die neunziger Jahre",so prophezeit der Hamburger Sozialsenator Ortwin Runde,SPD, "werden das Jahrzehnt der Obdachlosigkeit."....Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtseßhaftenhilfe in Bielefeld überschreitet die Zahl der Menschen, die als obdachlos gelten, weil sie entweder in Notbehelfen oder auf der Straße leben, bald die Millionengrenze." SPIEGEL Nr.6,3.2.92, S.76,79,80

III. Der Lohn reicht für den Sozialstaat nicht,

also muß er reichen. Der"SPIEGEL" weiß ein großes Desaster:
"Im nächsten Jahr werden 20 Milliarden in den Sozialkassen fehlen. Das ist ein Defizit, so die Bundesbank, "wie es seit Bestehen der Bundesrepublik vorher weder absolut noch in Relation zum Bruttosozialprodukt zu verzeichnen war." SPIEGEL Nr.48,25,11,91, S.136

So stiegen die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung von 27,7Mrd. 1980 auf 41,4 Mrd. 1990,die der Krankenversicherung von 90 Mrd. 1980 auf 142 Mrd 1990 und die der Rentenversicherung von 132,7 Mrd. 1980 auf 203,6 Mrd.1990. Es gibt eine neue Rekordmarke des Abzwackens von den Bruttolöhnen: heute sind es 37%, vor 20 Jahren waren es 26,5%. Die ´Kostenexplosion` im Gesundheitswesen ist nicht einzudämmen und die Arbeitslosenversicherung muß satte Beträge in die Ex-DDR überweisen.

Was ist die Konsequenz? Zwar müssen die Arbeiter schon an allen Ecken und Enden knapsen, aber beweisen sie nicht,daß sie es können? Die ein oder andere Steuererhöhung oder Sozialversicherungsbeitragserhöhung ist da leich noch drin.Gleichzeitig werden die Leistungen der Versicherungen abgebaut und reduziert. Dieser Zynismus ist die ganze Wahrheit des Sozialstaats: In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit werden halt nicht soviele Reservemänner gebraucht, so daß die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit von 3 bis 5 Millionen Arbeitslosen gar nicht funktional ist. Das Argument, der Sozialstaat könne nicht mehr bezahlt werden, stimmt halt nur, wenn man stillschweigend voraussetzt, daß die Arbeiterklasse ihn bezahlen muß, weil der Kapitalreichtum der Gesellschaft dafür zu schade ist. Letzteres stimmt zwar, aber es muß eben auch mal gesagt werden. Mit seinem Kassenstandpunkt (es muß reinkommen,was rausgeht) sorgt der STaat so nicht nur für das Ansteigen des Massenelends, sondern auch für den entsprechenden Hintergrund des Drucks auf den Lohn der Beschäftigten, den die Gewerkschaft dankbar aufnimmt. Der Sozialstaat wird daher nicht abgebaut, sondern den veränderten Akkumulationsumständen angepaßt und so auf seinen zeitgemäßen Begriff gebracht. Der Aspach Uralt-Spruch - noch nie war er so wertvoll wie heute- verbietet sich also. Denn auch früher war er nur insofern eine soziale Einrichtung als er die Funktionalisierung der Arbeiterklasse für die Produktionsweise herstellte. Und der Tatbestand, daß dieser Zweck heute einen schmaleren Umfang seiner Aktivitäten ausreichen läßt, ist nur ein Einwand gegen die Zwecksetzung der Produktionsweise und der staatlichen Beförderungseinrichtungen dieses Zweckes , jedoch nie ein Argument, sich für den Sozialstaat stark zu machen. Es ist eben ein Unterschied, ob man für die Abschaffung der Notwendigkeit des Sozialstaat kämpft oder ob man mit der Forderung nach seiner besseren Ausgestaltung die Beibehaltung der Ausbeutung, die ihn notwendig macht, akzeptiert.

Zusammenfassend läßt sich festhalten: Der Sozialstaat verkörpert den Widerspruch der doppelten Bestimmtheit des Lohnes; er soll Mittel der Mehrwertproduktion sein und Lebensmittel der Arbeiter. Zu beidem taugt der Lohn nicht.

Der Sozialstaat beinhaltet einige saftige Härten. Er bedarf daher der Begleitung einer Gewerkschaft, die die Notwendigkeiten der Arbeiter an den Interessen ihrer ´Nährmutter´, dem Kapital zuschanden werden läßt.

IV. Die Leistungen des DGBs bei der kapitaldienlichen Herrichtung der Arbeiter

sind einerseits bekannt. Er gestaltet alle Notwendigkeiten des Kapitals autonom und selbstverantwortlich mit. Andererseits bringt er sich immer auf die Höhe der ZEit:

"Den wohlhabenden Westbürgern stehen die in vieler Hinsicht schlechter gestellten,strukturell benachteiligten Neu-Bürger gegenüber;sie drohen zu Bürgerinnen und Bürgern 2.Klasse zu werden.Oder anders formuliert: Das neue Deutschland ist eine polarisierte Gesellschaft,eine Zwei-Drittel-

Gesellschaft, aber in einem ganz anderen Sinne als es noch vor ein paar Jahren Peter Glotz thematisiert hat.Denn neben die gewohnten und weiter wirksamen Abgrenzungsmerkmale wie Schichtzugehörigkeit, Bildungsniveau und Geschlecht treten nun regionale Abgrenzungen in einer unbekannten Schärfe und Tiefe hinzu." Gewerkschaftsjahrbuch 1991,Gerhard Bäcker (1)

Kaum werden die werten Neubürger in einem in der BRD (und der DDR schon gar) unbekanntem Ausmaß verarmt, stempelt der DGB die Westarbeiter zu Wohlstandsbürgern ab. Vergessen ist ab sofort die früher immer vorgetragene Klage,daß wer hier nicht mehr in Arbeit steht,eine arme, am Existenzminimum dahinvegetierende,Sau ist. Die Erfindung der Zwei-Drittel-Gesellschaft war ja das (halb)offizielle Dementi,daß der Sozialstaat eine soziale Einrichtung für die Leute wäre. Die Leistung der Erfindung - die Arbeiter, die von ihrem Lohn ja immerhin irgendwie leben können - als Wohlstandsbürger hinzustellen - wird vom DGB als zu gering erachtet: die wahren Unterpriviligierten,für deren Eingliederungin unser feines Gesellschaftssystem wir sorgen müssen, sitzen im Osten.

Desweiteren nimmt er die Marktwirtschaft in Schutz indem er die Wirkungen ihrer Einführung im Osten als Schocktherapie, also als Einsatz einer falschen Politik charakterisiert:

"Einmal mehr wird es zur Aufgabe einer kompensatorischen Sozialpolitik, sich hinter den Frontlinien um die Opfer der Schocktherapie zu kümmern."(2)

Erstaunlich treffend der Vergleich mit dem Krieg und dem Zusammenflicken der Opfer hinter der Front.Aber als Kritik war das natürlich nicht gemeint, sondern als Lob. Und: wenn die Opfer der Marktwirtschaft sich auch im Osten für dieselbe rentieren sollen, hat das Kümmern noch weniger erfreuliche Eigenschaften für die Bekümmerten als hier im Westen:

3Millionen Arbeitslose in der Ex-DDR. "Das entspräche einer Arbeitslosenquote von über 35% (die Kurzarbeit noch nicht einmal mitgerechnet),die sich in einzelnen monostukturierten Regionen auf bis zu 50% belaufen kann! Man erinnere sich:Die wenigen Stimmen,die Art und Weise des Einigungsprozesses als ökonomisch und sozial gefährlich angesehen haben, wurden noch bis zum Wahlabend als "Miesmacher" abqualifziert. Heute muß selbst die Regierung zugestehen, die Entwicklung falsch eingeschätzt zu haben."(3)

" Bei einem Durchschnittsnettolohn von 1000 Mark liegt das Leistungsniveau (des Arbeitslosengeldes oder -hilfe,der Verf.) sehr niedrig und muß bei Niedrigeinkommensbeziehern durch den Sozialzuschlag auf 495 DM aufgestockt werden.Davon mußten im Herbst 1990 17% der Arbeitslosen Gebrauch machen." (4)

"Je mehr Menschen in Zukunft aber ohne Versicherungsschutz bleiben oder ausgesteuert werden und je weniger Löhne,Renten,Arbeitslosengeld und -hilfe sowie andere Sozialleistungen das Existenzminimum erreichen,umso größer wird der Empfängerkreis von Sozialhilfe in den neuen Bundesländern werden. Besonders gefährdet werden die Arbeitslosen sein, die mit wachsender Dauer der Arbeitslosgkeit ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld verlieren, und andererseits die in der ehemaligen DDR große Zahl alleinerziehender Mütter, die keinen Arbeitsplatz mehr erhalten..."(5)

Vorsorgende Sozialpolitik a la DGB spart daher nicht mehr als nötig an Renten,Arbeitslosengeld und -hilfe, weil sonst als Geld als Sozialhilfe fällig wird. So als wäre es nicht die Politik gewesen, die den Durchschnittslohn der DDR übernommen hätte, weil sie damit als Geschäftsmittel kalkuliert hat, sondern ein Naturereignis, geht der DGB ganz selbstverständlich von seiner Gegebenheit aus. Daß dann demnächst Millionen von 495 Mark pro Person mit den freien Preisen der freien Marktwirtschaft leben müssen, nimmt er dann nicht als Kampfauftrag, sondern eher als ein Lob des sozialen Netzes, das immerhin auf 495 Mark "aufstockt". Und hat der DGB nicht schon vor der Wahl gesagt, daß der Einigungsprozeß sozial ungefährlicher hätte geregelt werden müssen! 515 Mark vielleicht?

Das ehrgeizige Ziel:Im Nationalismus die Bundesregierung übertreffen

Der DGB hats nicht leicht. Das Besitzstanddenken seiner Mitglieder nimmt überhand. Wen wundert`s da , daß er noch intensiver als die Bundesregierung dagegen anredet:

"Die soziale Einheit zwischen West und Ost hat nicht zuletzt ihren finanziellen Preis. Es ist richtig,die Teilung Deutschlands kann nur durch Teilen überwunden werden. Die sozialstaatliche Umverteilungspolitik erhält eine neue (und in ihrem Volumen außerordentlich große) Dimension. Gefordert sind nicht verbale Bekundungen und Solidaritätsrhetorik, sondern Verzicht auf Wohlstand im Westen zugunsten der Bevölkerung im Osten. Das wahltaktisch motivierte Versprechen der Bundesregierung , die Kosten der Einheit seien "en passent" , durch Wirtschaftswachstum,höhere Verschuldung und Ausgabenumschichtungen und ohne Steuererhöhungen zu finanzieren, hat jedoch ein Klima des West-Egoismus begünstigt. Ohne Rücksichtauf die Lage im Osten werden Besitzstände verteidigt,Klientelinteressen bedient, Belastungen als unzumutbare Sonderopfer abgelehnt. Verständigung für eine gemeinsame und koordinierte Aktion aller politischen Akteure und für eine solidarische,an der finanziellen Leistungsfähigkeit bemessene Lastenverteilung läßt sich nicht finden." (6)

Vier interessierte Lügen machen hier dem unbedingten Willen, die eigene "klientel" dem nationalen Erfolg unterzuordnen, Beine:

1. Die "sozialstaatliche Umverteilungspolitik" wird als eine der Verteilung des Reichtums innerhalb der Gesellschaft vorstellig gemacht.In Wirklichkeit ist sie die Heranziehung der arbeitenden Klasse für die Untauglich-Gemachten aus den eigenen Reihen und die momentan Überflüssigen. Daß die Arbeiter demnächst noch mehr blechen müssen,wird hier als Solidaritätsakt des fiktiven nationalen 'Wir' behandelt.
2.Daß ein 'West-Egoismus' bei den Arbeitern in dem Sinn, daß sie ihren Lohn nicht zur Disposition stellen würden, nicht einreißt, dafür sorgt schon der DGB. Weil das so ist, legt er wert darauf, daß sein Standpunkt als nationaler anerkannt wird als der der Bundesregierung, welcher er vorwirft, sie traue sich den Leuten die schmerzlichen Realitäten nicht ins Gesicht zu sagen.
3.Deswegen verteidigt die Bundesregierung Besitzstände,bedient Klientelinteressen, verlangt keine Sonderopfer für die Einheit,kurz: verankert das Virus des kommunistischen Egoismus in der Bevölkerung an der Stelle, wo strammstehen für die Nation angesagt ist.
So daß 4. der DGB die spärlichen Lohn- und Lebensmittel seiner Klientel noch so eifrig anbieten kann, ohne daß die Bundesregierung diese "solidarische Lastenverteilung" entsprechend umsetzen würde. Lieber opfert sie die Nation dem Besitzdenken ihrer Mitglieder. Und nimmt die Bundesregierung ihre Untergebenen noch so radikal für die Großmachtpläne Deutschlands in Anspruch, der DGB entdeckt immer noch Inkonsequenz (Bedienung von Klientelinteressen) oder den Mangel,daß erdaran nicht genügend beteiligt wird.
Er wird nicht müde, die Einsichtsfähigkeit seiner Manövriermasse zu betonen, die dann gerne für die Nation blecht, wenn die anderen 'Besserverdienenden' auch zur Kasse gebeten werden und dem Titel nationale Solidarität Gerechtigkeit widerfährt.Das Getöse, mit dem Lumpi schwanzwedelnd das Streicheln seines Herrn einfordert, hat den Zweck als Arbeitsbeauftragte des deutschen Volkes in die anstehenden Verarmungsmaßnahmen einbezogen zu werden; natürlich als die demokratischen Arbeitsbeauftragten. Fast verwundert es, daß ein solcher DEUTSCHER Gewerkschaftsbund die "soziale Frage in den Mittelpunkt" stellen will:

"Die Erfahrung im In- und Ausland zeigt, daß eine solche Angleichung der Arbeits- und Einkommens-,Wohlstands- und Lebensverhältnisse nicht im Selbstlauf erfogt und nicht dem Markt und seinen vermeintlichen Selbstheilungskräften überlassen werden kann. Politik ist gefordert,um die östlichen Bundesländer nicht zum ökonomischen und sozialen Hinterhof werden zu lassen Nach und statt der nationalen Frage muß die soziale Frage in den Mittelpunk gestellt werden; nur durch konkretes sozialstaatliches Handeln, nicht durch nationales Pathos lassen sich die anstehenden Probleme bewältigen."(7)

Laut Gewerkschaft ist soziales Handeln das einzig passende nationale Handeln: es bringt die Arbeitervertreter wirklich zum nationalen Schulterschluß (besser als die `bloß nationalen Phrasen der Chefs`mit nichts dahinter).Dafür muß statt"dem Markt" der deutsche STAMOKAP (staatsmonopolistischer Kapitalismus) ans Ruder, angereichert durch die allernationalste Kraft, die Gewerkschaft. Die fühlt sich deshalb beim schon praktizierten Stamokap in der Zone sauwohl (a la Zeiss Jena mit Lothar Späth,ganz viel ABM-etc. Maßnahmen, viel"Sanierung"für"Standortsicherung",viel Mitbestimmung des DGB etc pp.), so daß sie noch viel mehr davon verlangt. Die Zone: lauter wahrgemachte Gewerkschaftsideale.

Die Erläuterung,daß'nationales Pathos' nicht weiterhelfe,operiert von der Unterstellung aus, daß eben der deutschen Nation durch sinnvolle Politik weitergeholfen werden muß.Das übermäßig national daherreden soll die nationalen Taten hemmen. So ist auch die "soziale Frage" ins rechte Licht gerückt Ohne einen sozialen Mindeststandart kann das um Lohnarbeit und Kapital geschlungene Band nicht enger zusammengeschnürt werden und die Nation nicht weiter nach vorne stürmen. Die Reihenfolge hat dabei seine Richtigkeit: zuerst hat der DGB nämlich die Lohnarbeit nationalisiert, die Löhne immer sehr freiwillig unter die Maxime des Kapitalwachstums gestellt, die Flexibilisierung die Arbeitszeit, also das rund um die Uhr verfügbar Sein, erlaubt, den Sozialstaat auf das für 92 angemessenen Maß runterschrauben lassen und nicht zuletzt genau diese reduzierten Reproduktionsmittel als unhaltsamen Zustand der Fettlebe angesichts des nationalen Notstands im Osten erklärt. So ist die Betonung der sozialen Frage das Bestehen darauf, daß die Arbeiter ja irgendwie mittun müssen bei der laufenden Neudefinition der Lebensnotwendigkeiten, die ihnen angesichts des Kraftakts derNation zur ganz großen Weltmacht noch zustehen. Und der, der die Arbeiter unter Kontrolle hat, der den sozialen Frieden mit Zähnen und Klauen verteidigt, der darf doch da nicht vor der Tür stehen gelassen werden.Von diesem Standpunkt aus ist jedes neue Tief ein neuer Erfolg - siehe die Aufstockung auf 495 Mark im Osten.

Schließlich ist ja wieder ein Damm errichtet, der dann beim nächsten Mal wieder zurückversetzt werden kann. So rettet der DGB den Sozialstaat, indem er den durchs Kapital verursachten Lebenskampf seiner Mitglieder laufend verschärft. Und so schafft er stets auf neue den sozialen Frieden, die wichtigste Grundbedingung der Expansion der Nation.

Der nationalistische DGB ist zweifelsohne eine demokratische Gewrkschaft. Und man kann ihm nicht vorwerfen, den Faschismus nicht intensiv zu bekämpfen. Er leistet seinen Teil, um ihn überflüssig zu machen,indem er HITLERS Bestimmung der Gewerkschaft voll entspricht:

" Denn daß die Gewerkschaftsbewegung etwa an sich vaterlandsfeindlich sei, ist ein Unsinn und außerdem eine Unwahrheit. Richtig ist eher das Gegenteil. Wenn eine gewerkschaftliche Betätigung als Ziel die Besserstellung eines mit zu den Grundpfeilern der Nation gehörenden Standes im Auge hat und durchführt,wirkt sie nicht nur nicht vaterlands- und staatsfeindlich,sondern im wahrsten Sinne des Wortes "national".Hilft sie doch mit,die sozialen Voraussetzungen zu schaffen, ohne die eine allgemeine nationale Erziehung nicht zu denken ist. Sie erwirbt sich höchstes Verdienst, indem sie durch Beseitigung sozialer Krebsschäden sowohl geistigen als auch körperlichen Krankheitserregern an den Leib rückt und so zu einer allgemeinen Gesundheit des Volkskörpers mit beiträgt." Mein Kampf, S.49

Ein Satz müßte jedoch zeitgemäßer gemacht werden: die "allgemeine nationale Erziehung"ist so weit fortgeschritten, daß an den"sozialen Voraussetzungen"gut gespart werden kann. Das "Ziel der Besserstellung"seiner Mitglieder läßt sich dem DGB nun wirklich nicht nachsagen.

Wohlgemerkt,es geht um die Gewerkschaft Marke BRD: die die Demokratie als erfolgreiche neudeutsche Staatsform über alles schätzt; weil darin sogar die kleinen Leute (genauer: ihre Vertreter) es bis zur geschätzten und anerkannten Mitwirkungsinstanz im Staat bringen können, wo der Staatschef im In- und Ausland immer einen Gewerkschafts-Oberen im Ge-

päck hat und das Ja-Sagen der Gewerkschaft zur Rechtsverbindlichkeit der Ausbeutung mit dazu gehört; wo die Gewerkschaft wegen ihrer Mitbestimmung an sozial-nationalen Fragen der politökonomischen Machtausübung den Proleten als Arbeiterbehörde und als Ordnungsfaktor gegenübertritt; wo die"Basis" was gilt, insofern sie sich zur Gewerkschaft wie der Staatsbürger zum Staat verhält; eine Gewerkschaft, die für die politische Kultur Marke demokratische BRD mitträgt, also wie die offiziellen Instanzen eintritt für: Demokratie überall(eben wie es sich zum Ja-Sagen zum eingerichteten Laden Deutschland gehört),Soziales überall (wie es halt tatsächlich zu dieser Gesellschaft paßt),Ausländerfreundschaft (bis auf "Wirtschaftsflüchtlinge,die nicht rein,sondern raus gehören),Frauen (deren Integration in den Produktionsprozeß ja Deutschland auch voran bringt),Behinderten-,Tier- und Umweltschutz etc.: genau die Gewerkschaft ist gemeint,die freie,autonome,die darüber daß sie das in der Demokratie darf,so dankbar ist,daß sie eine Zwangsverpflichtung zur Deutschen Arbeitsfront á la Hitler glatt überflüssig macht.

So eine Gewerkschaft läßt sich auch durch Meldungen wie den folgenden nicht an ihrem Kurs beirren:

"Nur ein Drittel aller Beschäftigten in Westdeutschland erreicht gesund das Rentenalter. Das zweite Drittel scheidet vorher wegen Berufsunfähigkeit aus. Der Rest stirbt vor Erreichen der beruflichen Altersgrenze.Auf diese Zahlen verwies die SPD am Mittwoch."FR 23.4.92

"Auf die herausragende Bedeutung der Arbeitsbedingungen für Krankheitsaufkommen und`vorzeitigen'Tod weisen praktisch alle wichtigen Indikatoren hin.So scheiden beispielsweise in der Arbeiterrentenversicherung 80% der männlichen Arbeiter wegen Tod,Frühinvalidität oder krankheitsbedingter Altersrenten vor Erreichen der normalen Altersgrenze aus dem Erwerbsleben aus,während es in der Angestelltenversicherung rund 50% sind.Feinere statistische Aufsplitterungen,beispielsweise nach Berufen,belegen für belastete Bereiche eine besondere Verschärfung des Frühinvaliditätsrisikos." Bruno Zwingmann in:"Soziale Sicherheit", Nr.2/1990 über Arbeits- und Gesundheitsschutz in der (alten) BRD.

Die gelaufene Tarifrunde verweist allerdings darauf,daß selbst die allergrößte Loyalität der Gewerkschaft das begehrte Mitmachen-Dürfen nicht garantiert.Der Staat hat nämlich beschlossen,den Lohn seiner Angestellten danach zu bemessen, wieviel er sich leisten will, nachdem er alle anderen Ausgabenposten abgehakt hat.Und die`freie Wirtschaft` hat er frontal kritisiert,daß deren Lohn- und Profitvorstellungen nicht in das Staatsprogramm des`Kapitalstandort Deutschland` passen. Prompt mußte die Gewerkschaft einen Kampf gegen "Lohndiktate" und für "Tarifautonomie" führen.Die Gemeinheit, die Arbeiter für die berühmt gewordenen 20DM ins Feld zu schicken, wurde damit gerechtfertigt,daß (dank bisheriger DGB-Lohnpolitik) die 20 Mark für ne ganze Menge Leute ganz schön viel Geld sind (weswegen man dann ja auch nicht mehr fordern durfte). Für sein weiteres Gefragt-Werden ließ er so seine Mannschaft antreten und die fühlten sich ansichts dessen,daß sie der Streik mehr kostete als er einbrachte, verschaukelt. Das Knecht- Herr Verhältnis zu ihrer Verwaltungsbehörde haben sie deswegen noch lange nicht aufgekündigt,noch nicht mal einen neuen Vorsitzenden haben sie sich gegönnt. Die Gewerkschaft ihrerseits hat den Kampf verloren,weil sie selbst in der Stunde ihrer Bedrängnis nicht die Interessen der Arbeiter gegen Staat und Kapital in Anschlag bringen will. Beim nächsten Mal wird sich das Antreten-Lassen der Basis für den DGB schwieriger gestalten,was nun auch nicht gerade ein Grund ist, sich für ihn stark zu machen. Eine schlechtere Bedingung für einen den Arbeitern nützlichen Arbeitskampf als den DGB gibt es nämlich gar nicht.

Zitate: (1) Bäcker ,Gerhard in: Gewerkschaftsjahrbuch 1991,Hrsg. Michael Kittner,Bund Verlag Köln1991. Der Aufsatz heißt: Sozialpolitik 1990,S.331
(2) a.a.O. S.337 (3) a.a.O.S.336 (4) a.a.O. S.341 (5) a.a.O.S.354
(6) a.a.O.S.333 (7) a.a.O.S.332
Herr Dr.rer.pol.Bäcker ist Referent des Wirschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGBs in Düsseldorf.Seine Aussagen dürfen also getrost als DGB offizielle genommen werden.

A.K.Berlin 42

Warum und wie die Diskussion um den (Anti)imperialismus ?

Antiimperialismus hat zur Voraussetzung, daß eine Imperialismustheorie und eine Revolutionstheorie existiert. Der Imperialismus hat sich als Integrator und Neutralisierer seiner als Gegenkräfte analysierten Kontrahenten erwiesen und hat seine Alternativen überlebt. Er selbst war durch sein Funktionieren die permanente Krise aller praktischen Überwindungsversuche. Die für den bisherigen Antiimperialismus theoretisch zentralen Kräfte zur Überwindung des Imperialismus (Arbeiterklasse, Realsozialismus, die schwächten Glieder im Trikont, Fäulnis des monopolistischen Kapitalismus), sind auf verschiedene Weise jeweils Teil des funktionierenden imperialen Kapitalismus geworden. Die Theorie vom Imperialismus hat diese Entwicklungen bisher nicht nachvollzogen.

Die veränderten Bedingungen für das Kapital im weltweiten Zusammenhang sind ebenso unverstanden, wie alte Debatten nicht ausgetragen worden sind: Welche Folgerungen sind z.B. daraus zu ziehen, daß die Konstituierung des Weltmarktes eine Voraussetzung für die internationale Revolution ist, weil erst der Weltmarkt die Entfaltung der Produktivkräfte und die Aufhebung der politischen, kulturellen und ökonomischen Eigenheiten der nationalen Kapitale gewährleistet.

Ausdifferenzierungen in Zentren und Peripherie, in vernutzbare und brachliegende Ressourcen geschieht nach den Kriterien der Wertvergesellschaftung im Weltmaßstab. Die Vielfältigkeit der Zustände ist die Existenzweise des einen Weltmarktes. Welche Bedeutung hat in revolutionsperspektivischer Sicht, daß der Weltmarkt die Existenzbedingungen an der Peripherie vernichtet?

Eine Theorie der Befreiung der Menschen als Befreiung von der Wertvergesellschaftung ist notwendig so universalistisch wie es das Kapital ist. Die universale Perspektive muß sich mit dem Verlauf eher regionaler Kämpfe korrelieren, wie die Perspektive allgemeiner Befreiung mit dem Kampf um Existenzbedingungen, die dem Imperialismus abgerungen werden müssen.

Die Unterstützung revolutionärer bzw. antiimperialistischer Bewegungen auch im Trikont ist/war ein wichtiger Bezugspunkt der Linken in den Metropolen. Dies galt nicht nur für die Neue Linke, für die die Vietnam-Solidarität konstitutiv war, worauf verschiedene Objekte der Solidarität folgten (Portugal, Chile, Nicaragua, Palästina), sondern auch für die klassische Arbeiterbewegung, Hände weg von Sowjetrußland, Unterstützung von Sowjetchina, Internationale Brigaden in Spanien.
Spätestens seit der Solidarität mit Vietnam ist die Neue Linke auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt im Trikont, zumal es in den kapitalistischen Zentren keine revolutionäre Perspektive zu geben schien.
Internationale Solidarität war aber nicht nur eine Solidarität mit den Menschen im Trikont, die um die Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen kämpften, sondern sah sich in einen weltrevolutionären Prozeß eingebettet. Davon ausgehend, daß die Kette des Imperialismus zuerst an ihren schwächsten Gliedern bricht, galt es die Revolution von der Peripherie in die Zentren zu tragen. Dem Imperialismus sollte die Basis der kolonialen Extraprofite entzogen werden und dadurch die Krisentendenzen auch in den Zentren verstärkt werden. (Anmerkung am Rande: als Zentrum des Kapitalismus galt meist einzig die USA, Mitteleuropa galt teilweise schon als abhängiges Gebiet.)

Bei diesem Szenario des Antiimperialismus als weltrevolutionärer Prozeß war es letztendlich egal, ob die Länder einen revolutionär-sozialistischen Weg oder den Weg der nachholenden Entwicklung einschlugen, da der Zusammenhang zwischen nationaler und sozialer Befreiung als unmittelbar galt. Jedes Unabhängigwerden eines Staates wurde begrüßt, weil damit die Annahme verbunden war, daß durch die Nationalisierung des Reichtums, der Werttransfer in die Zentren unterbunden würde und eine selbstbestimmte Akkumulation in den zu entwickelnden Länder stattfinden würde. Diese sollte nicht nur die Lebensbedingungen dort dauerhaft verbessern, sondern auch die materielle Grundlage für den Aufbau des Sozialismus schaffen.

Voraussetzungen dieses Antiimperialismus waren:

- Die militärische Stärke der sich befreienden Staates oder die Protektion der Sowjetunion, die die "Souveränität" und Existenz des Staates garantieren.
- eine Unterbindung des Werttransfers in die Zentren durch Verstaatlichung der Industrie und der Bodenschätze.
- die Abkoppelung von Weltmarkt, zumindest in bestimmten Sektoren, und die Ein- bzw. Anbindung an den RGW, um die Handelsbeziehungen auszugleichen.

Diese Vorstellung des Antiimperialismus als weltrevolutionärer Prozeß ist an mehren Punkten gescheitert:
- Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers gibt es keine Garantie der Souveränität der sich befreienden Nationalstaaten, nicht einmal mehr eine geringfügige militärische Unterstützung oder eine nennenswerte in den internationalen Gremien.
- Zu Zeiten der Existenz der SU war diese wirtschaftlich zu schwach die Abkoppelung vom Weltmarkt zu kompensieren. Die Beherrschung des Weltmarktes durch die Zentren wurde weiter intensiviert, neue technologische Entwicklungen beschleunigten diesen

Prozess und die finale Krise des Imperialismus blieb aus.
- Die Nationalisierung der Industrie und Bodenschätze unterband nicht den Werttransfer in die Zentren. Der Werttransfer findet nicht nur über die Abführung der Profite statt, sondern durch den "normalen Welthandel" zwischen Peripherie und Zentren (zumindest so lange die Zentren stark genug sind die politischen Rahmenbedingungen des Welthandels zu diktieren).
- Die Konkurrenz der Länder des Trikont und die Interventionen der Zentren ließen jeden Versuch scheitern durch Rohstoffkartelle die Bedingungen des Welthandels auch nur ansatzweise in ihrem Sinne zu verbessern. Selbst bei strategischen und tendenziell knappen Rohstoffen wie Öl war das Kartell kein dauerhaftes, von Ansätzen zu einem Kaffee- oder Kakaokartell ganz zu schweigen.

Aus der Perspektive der Länder des Trikont hat der Antiimperialismus und die Abkoppelung vom Weltmarkt allerdings einige Umverteilungserfolge gezeigt, auch wenn die erwartete soziale Befreiung ausblieb. Der Lebensstandard ist in einigen Ländern die einen antiimperialistischen Weg einschlugen deutlich besser als in vielen voll in den Weltmarkt integrierten.

Nationale Befreiung als Emanzipation?

Die Versuche von nationaler Befreiung im Trikont können nicht als Selbstzweck der Nation verstanden werden. Die Staaten sind die Bedingung, die für eine Befreiung gesetzt sind. Die Überwindung der Staaten und des Nationalismus ist eine Voraussetzung für die Befreiung der Menschen, nicht aber des Antiimperialismus.

Mit der Installierung eines Weltmarktes, der militärischen Durchsetzbarkeit desselben auf der einen und wesentlichen Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft auf der anderen Seite, verschlechtern sich die Bedingungen nicht nur für eine nationalstaatliche Befreiung, sondern auch für alle Versuche die Bevölkerung eines Trikontlandes vor den unmittelbaren Härten des Weltmarktes zu schützen.

Bot früher die bewußte Abkoppelung vom Weltmarkt Chancen, elementare Bedürfnisse der Bevölkerung zumindest Ansatzweise zu befriedigen, ist heute das Herausfallen eines Trikontlandes aus dem Welthandel das sichere Zeichen seines weiteren wirtschaftlichen Niedergangs. Der Ausschluß vom Welthandel bedeutet freilich keine Abkoppelung aus der Weltökonomie. Nach wie vor müssen Schulden bedient werden und was es für den Export gibt muß unter schärfster Konkurrenz auf dem Weltmarkt verkauft werden. Kapitalinvestionen aus den Kernländern, früher als Zeichen kolonialer Ausbeutung angesehen, bieten unter heutigen Umständen die einzige Chance den Niedergang der Nationalökonomie in Grenzen zu halten.

Die Konkurrenz der Entwicklungsökonomien untereinander verhindert jede Verbesserung. Eine Firma ist mit dem Bankrott aus den Pflichten gegenüber den Mitarbeitern entlassen, ein Staat bleibt mit seiner Bevölkerung sitzen gerade wenn bereits alle Produktionsmittel verkauft wurden. Unter den Bedingungen des Weltmarktes sind weite Teile der Bevölkerung überflüssig, da sie keine Verwertungsbedigungen für das Kapitals bieten, ihnen wird durch Bedingungen des Weltmarktes die Existenzberechtigung abgesprochen.

Der Welthandel beschränkt sich heute mehr und mehr auf einen Handel zwischen den imperialistischen Zentren, zumindest wenn man ihn geld- und nicht mengenmäßig betrachtet. Der Kapitalabfluß in die Zentren ist für die Zentren von untergeordneter Bedeutung, für die Ökonomien der Trikontländer bedeutet er allerdings das Aus.

Ausgehend von einer antiimperialistischen Theorie, die die Befreiungsbewegung im Trikont als Träger eines weltrevolutionären Prozesses begreift, sind Anstrengungen von ihrer Seite unbedeutend. Die materiellen Bedingungen zum Aufbau des Sozialismus sind nicht gegeben, und der Erfolg von Befreiungsbewegungen könnte im besten Falle ein Nationalstaat (oder mehrere) sein, der versucht die unmittelbaren Folgen des Weltmarktes (im Zweifelsfall der Hungertod) für seine Einwohner einigermaßen abzuwehren. Antiimperialismus wäre in dieser historischen Phase ein rein defensiver.

Begreift man den Antiimperialismus nicht allein als Teil eines weltrevolutionären Prozesses, sondern als Kampf der Bevölkerung im Trikont um ihre Existenzberechtigung gegen die Bestimmungen die der Imperialismus für sie bereithält, sind alle Länder und Bewegungen antiimperialistisch, die versuchen diesen Kampf gegen den Imperialismus und nicht gegen andere Trikontländer durchzusetzen. Für den Imperialismus wäre die letzte Variante sicherlich hilfreicher.
Umgekehrt stellt sich die Frage, in wie weit ein Land antiimperialistisch sein kann, daß versucht durch Integration in den Weltmarkt seine Konkurrenzsituation zu verbessern.

Zu den Aufgaben die eine Imperialismustheorie und eine Revolutionstheorie uns stellen, kommt eine weitere hinzu:
Welches Erfolgskriterium hat der Antiimperialismus in einer nichtrevolutionären Zeit?

ims/hG Westberlin

Initiative Sozialistisches Forum
c/o Ça ira Verlag
Postfach 273
78 Freiburg
Tel.: 0761/700031

den 16.Juni 92

An die
Gruppe K
c/o Büro K
Karolinenstr.21, Haus 2
2000 Hamburg 36

An die Bundesversammlung der Gruppe K am 20/21.6. in Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie uns zu Ohren gekommen ist, werdet Ihr an diesem Wochenende unter anderem die Frage Eurer künftigen publizistischen Arbeit diskutieren. Der letzten Ausgabe des "ak" war zu entnehmen, daß ihr die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der "Mehrheit" anstrebt. Aber es sieht, liest man die in der gleichen Ausgabe veröffentlichte Erklärung der "Mehrheit", nicht so aus, als sei dies eine realistische Perspektive.

Dazu möchten wir Euch beglückwünschen. Denn der Leninismus in all seinen Varianten ist tot, so mausetot wie sein sozialdemokratischer Urahn. Hier ist kein revolutionärer Mehrwert mehr zu ernten. Wir hoffen, daß Euch die drohende Abnabelung diesen Sachverhalt nachdrücklich zu Bewußtsein bringt. Das hat mit Schadenfreude nichts zu tun. Wir glauben vielmehr, daß es definitiv not tut, mit allen Restbeständen und Traditionen dieses - mit Verlaub - konterrevolutionären Denkens und Politisierens zu brechen. Trotz einiger Gemeinsamkeiten, die sich in den letzten Jahren herausgebildet haben, konnten wir die Trauer über den Zusammenbruch des Staatskapitalismus im Osten, die einige von Euch immer noch umzutreiben scheint, nie so recht verstehen.

Die sozialrevolutionäre Linke kann historisch nur in der Tradition des kommunistischen Anarchismus und des Rätekommunismus begründet werden, d.h. in der Perspektive der radikalen Abschaffung des Staates, was den "proletarischen Antibolschewismus" oder "marxistischen Anti-Leninismus" einschließt. Die sozialrevolutionäre Linke hat darüberhinaus anzuerkennen, daß das materialistische Programm der "Kritik der politischen Ökonomie" von Marx nicht erfüllt wurde und nicht erfüllt werden konnte; sie hat anzuerkennen, daß der blinde Fleck des Sozialdemokraten Marx gerade in der Ignoranz gegen die Form Staat besteht.

Und zudem im Mangel einer strikten Kritik der Erkenntnis und ihres diskreten Idealismus. Das ist das Thema jener "negativistischen" Strömung der Kritischen Theorie, der sich die ISF verschrieben hat: Sie führt auf einen Begriff von Ideologiekritik, der in einem - als Kritik der geistigen Arbeit und der Intellektuellen - mit dem durchaus idealistischen Anspruch auf "Wahrheit" bricht und damit mit dem Modell der Vermittlung von Theorie und Praxis, zu einem Begriff von Ideologiekritik, der zum zweiten - als Kritik des objektiv notwendigen falschen Denkens - eine Vorstellung von Aufklärung zur Folge hat, die theoretisch, mit Karl Korsch, als "geistige Aktion" zu definieren wäre. Wir sind der Auffassung, daß nur diese Fassung des Erkenntnisproblems dem subversiven Gehalt des Materialismus gerecht wird, daß sie zugleich - mittels Transformation des Vermittlungsproblems von Theorie und Praxis in das Verhältnis

von Kritik und Krise - der ideologischen Reproduktion von Herrschaft noch im Begriff der Aufklärung vorbeugt. Die Zeit der Politik ist abgelaufen.

Natürlich sind wir uns bewußt, daß wir mit solchen Ansichten sogar in unserem südbadischen Winkel einigermaßen alleine dastehen. Zwar ist es uns gelungen, in den letzten zehn Jahren in Freiburg kontinuierlich zu arbeiten, d.h. alle vierzehn Tage Veranstaltungen zu machen, in lokale Konflikte wie den Häuserkampf oder den Streit um Radio Dreyeckland zu intervenieren, den Ça ira Verlag zu gründen und damit nicht Pleite zu machen, schließlich die Zeitschrift "Kritik & Krise. Materialien gegen Ökonomie und Politik" herauszugeben. Aber daran, daß aus dieser Zeitschrift dann doch ein Jahrbuch wurde, daran seht Ihr schon, wie es um unsere Kräfte bestellt ist.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir möchten Euch dazu einladen, eine Zusammenarbeit bei der Herausgabe der "Kritik & Krise" in Betracht zu ziehen, wenn es mit dem "ak" nicht mehr klappen sollte. Trotz einiger Differenzen glauben wir, daß es Übereinstimmungen gibt oder sie doch zumindest erarbeitet werden könnten. Eine Differenz liegt sicher in Euerm Begriff von Aufklärung als Gegeninformation: wir halten eine Zeitung wie den "ak" in all seiner archivalischen Biederkeit und "Spiegel"seligen Dokumentationswut für ein letztlich überflüssiges Blatt, für ein Überbleibsel der "Verbreitung unterdrückter Nachrichten". Gegenöffentlichkeit heißt u.E. nicht, andere Nachrichten für andere Interessenten zu drucken, sondern die Selbstideologisierung der kapitalen Wirklichkeit zu thematisieren und zu denunzieren. Auch kann eine Zeitung, die radikale Aufklärung bezweckt, kein "kollektiver Organisator" sein, kein Instrument des "Anknüpfens an konkreten Interessen". Aber darüber könnte man gelegentlich diskutieren.

Wir schreiben in Eile und können Euch daher keinen ausgefeilten und detaillierten Vorschlag machen. Und vielleicht findet Ihr unser Ansinnen ja auch einigermaßen unsittlich und betrachtet die ISF als ein Schmuddelkind der radikalen Linken, mit dem allzu eng sich einzulassen ruinös wäre.

Sei's drum: Wir wünschen Euch jedenfalls einen erfolgreichen Verlauf Eurer Bundesversammlung.

mit rotem Gruß

ISF

(i.A. Joachim Bruhn)

Gruppe K
c/o K-Büro
Karolinenstr.21/ Haus 2
2000 Hamburg 36

Hamburg, 4.7.92

An die Initiative Sozialistisches Forum
c/o Ca ira Verlag
Postfach 273
7800 Freiburg

Betr.: Euren Brief vom 16.6.92 an das Bundestreffen der Gruppe K

Liebe Genossinnen und Genossen,

Eure durchaus nicht unsittliche Einladung, als Gruppe K eine Zusammenarbeit bei der Herausgabe der "Kritik und Krise" in Betracht zu ziehen, wenn es mit dem ak nicht mehr klappen sollte, haben wir auf unserem Berliner Treffen besprochen. Daß wir Euer Angebot im Ergebnis abgelehnt haben, wird Euch sicherlich nicht überraschen. Daß viele von uns ungeachtet jener Entscheidung die Diskussion um einige Eurer Standpunkte bzw. mit Euch interessant finden und (auch) in Zukunft führen wollen, wohl ebenfalls nicht.

Eine Gruppe von uns vertrat die Auffassung, daß Eure Einladung zum jetzigen Zeitpunkt zwar nicht angenommen werden könne. Die Möglichkeit der Mitherausgabe Eurer Zeitschrift solle nach einer Phase vertiefender Diskussionen in der Gruppe K jedoch neu erörtert werden. Eine sehr deutliche Mehrheit unserer Berliner Versammlung vertrat demgegenüber den Standpunkt, daß der derzeit zwischen der Gruppe K und der ISF liegende Dissens in grundlegenden Fragen zu graviernd ist, um in einigen Monaten "abgearbeitet" werden zu können. In der Diskussion wurde dieser Dissens an einzelnen Passagen Eures o.g. Briefes festgemacht. Im folgenden wollen wir Euch - aus der Sichtweise dieser Position formuliert, und in Stichworten skizziert - Punkte benennen, auf die sich insbesondere bezogen wurde:

1. Für uns ist weder das Leninsche Gedankengut "mausetot" oder gar "konterrevolutionär", wie ihr schreibt, noch sehen wir das Marxsche in der Staatsfrage als grundlegend mit "blinden Flecken" des Sozialdemokratismus versehen. In vielen, z.T. auch

grundlegenden Punkten erkennen wir zwar zunehmend erheblichen Revisions- oder Ergänzungsbedarf. Der Ansatz, im tabula-rasa-Verfahren alle bisherige kommunistische Politik (inklusive unserer eigenen) umstandslos als "konterrevolutionär" oder "sozialdemokratisch" abzutun, vermeidet aber gerade, worauf es uns ankommt: Die notwenige Erneuerung radikal linker Politik aus einer Bestimmung der Stärken und Schwächen der bisherigen abzuleiten.

2. Dementsprechend groß ist unser Mißtrauen, wenn in einer Phase, in der sich KommunistInnen weltweit mit epochalen Umwälzungen und einem ganzen Sack neuer Fragestellungen herumzuschlagen haben, die neue "Linie" bereits als gefunden gilt. Eine zukünftige, von Euch als "sozialrevolutionär" bezeichnete Linke könne "historisch nur in der Tradition des kommunistischen Anarchimus und des Rätekommunismus begründet werden", heißt es in Eurem Brief. Zugegeben - wir haben auch in dieser Hinsicht theoretischen Nachholbedarf. Die in Eurem Schreiben enthaltene a priori-Einengung halten wir allerdings für einen Fehler.

3. Sie speist sich aus euren philophischen Ausgangspunkten, der "negativistischen" Strömung der Kritischen Theorie, der sich die ISF, wie ihr ausdrückt, "verschrieben hat". Damit beschreibt ihr ein geschlossenes Denksystem, das einem ebenso geschlossenen publizistischen Konzept eurer Zeitschrift "Kritik und Krise" zugrundeliegt. Wie ihr wißt, kann in keiner Weise davon die Rede sein, daß Eure philosophischen Ausgangspunkte von und in der Gruppe K in ähnlicher Weise geteilt würden. Zwar sehen auch wir insgesamt - also unabhängig von internen Differenzen - heute jede massenpolitische Orientierung, die glaubt, überkommene Revolutionsstrategien bloß reproduzieren zu sollen, als obsolet an; zwar betrachten wir eine neue theoretische Durchdringung der Wirklichkeit, die sich keinesfalls bloß aus Tagesspolitik ableiten könnte, als eine wesentliche linke Aufgabe; die von Euch vorgeschlagene Beschränkung auf eine "Kritik", die sich, auf jeden Wahrheitsanspruch verzichtend, aus sich heraus zur erwarteten "Krise" in ein revolutionär-dialektisches Verhältnis setzen zu können glaubt, findet in unserer - kleinen - Gruppe allerdings zahlreichen Widerspruch... Theoriebildung und Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse beinhaltet für uns vielmehr den Kampf um die - jeweils vorläufige - Wahrheit, und eine Vermittlung zur Praxis, der revolutionären Handlung, bleibt grundsätzlich gültiger Bezugspunkt.

4. Für Euch ist - in Zusammenhang mit Euren philosophischen Prämissen stehend - "die Zeit der Politik ... abgelaufen." Unser politisches Selbstverständnis schließt aber einen Abschied aus linken Politikfeldern oder eine ausschließlich kommentierende Haltung gegenüber den unterschiedlichen Ausdrucksformen antikapitalistischen und emanzipativen Widerstands aus.

5. Wir stehen erst am Anfang der Diskussion über ein neues publizistisches Projekt, und gewiß ist durch uns weder eine bloße Fortsetzung des AK-Konzepts beabsichtigt, noch könnten wir leugnen, daß einige im AK ausgedrückte inhaltliche wie methodische Traditionslinien ad acta gelegt gehören. Der Drang, theoretische Defizite durch die Anhäufung von Fakten überdecken zu wollen, was die Reproduktion bürgerlicher Denkmuster begünstigt, wäre hier vielleicht zuerst zu nennen. Wir können aber schon jetzt einen Dissens darin bestätigen, daß für uns der von Euch denunzierte Aspekt der "Aufklärung als Gegeninformation" auch für ein neues Zeitungskonzept ein durchaus erwägenswerter Bestandteil zu sein scheint. Wir sind bislang auch durchaus noch der Auffassung, daß eine Zeitung, die radikale Aufklärung bezweckt, ein "kollektiver Organisator" insofern sein kann, als eine ihrer Aufgaben auch darin bestehen könnte, die inhaltliche Erneuerung von fortschrittlicher Politik auch im Hinblick auf die Schaffung eines neuen politischen Projekts voranzubringen.

Soweit zum Tenor der in Berlin geäußerten Kritik an Eurem Brief. Weder wurden all diese Punkte von allen in Berlin Anwesenden geteilt, noch konnte dort selbstredend auf Basis einer schriftlichen Vorlage geprochen werden. Daß sie auch insofern mit dem Makel des Vorläufigen behaftet ist, entspricht wohl insgesamt dem derzeitigen Stand unserer Debatten.

Mit besten Grüßen,

RedakteurInnen der Gruppe K

Einige Reaktionen auf das Ende des Dach-ak (Auszüge)

Liebe GenossInnen,

ich las in ak 344 vom Ende des Dach-ak und euren Überlegungen für eine weitere Publizistik der Gruppe K.
Ich finde auf jeden Fall, daß die Gruppe K eine eigene Publikation haben sollte, die breiter/bzw. eine höhere Auflage hat als die Bahama-News. In dieser sollte nicht nur Ideologie-Kritik betrieben werden, sondern auch über unsere theoretische Diskussion und praktische Arbeit an verschiedenen Themen (in der ja viele Linksradikale doch noch sind) berichtet werden. . . . Ich persönlich wäre zu einer Unterstützung eines solchen Projektes bereit. . . .

Liebe Leute,

mit Interesse habe ich euren Bericht vom Bundestreffen im AK 344 gelesen und mit Freude festgestellt, daß ihr von 'theoretischer Erneuerung' redet, deren Notwendigkeit auch ich für dringlichst erachte.
Auch eure Vorstellung, daß das Ganze als 'längerfristiges Projekt begriffen werden' muß, und daß dies 'darüberhinaus nur im Diskussionsprozeß mit anderen angegangen werden könne', teile ich. Eure Frage allerdings, 'ob die Gruppe K überhaupt ein initiatives Element in Debatten um eine neue Publizistik sein kann', möchte ich einmal mit einer Gegenfrage beantworten.
Wer soll es sonst tun? . . .
P.S.: Bevor ich es vergesse, laßt doch bitte den lächerlichen Streit um den Namen des AK mit der Mehrheit. Diese sich als PDS-Sympathiesanten völlig desavouierte Gruppe hat nichts anderes verdient als eine Zeitung mit dem Namen 'Arbeiterkampf'. Dieser verweist so schön auf eine mittlerweile vergangene Zeit, daß er einer Gruppe von gestern schon Programm sein sollte.

Liebe Genossen,

als Sympathisant Eurer Ansichten habe ich es mit Bedauern zur Kenntnis genommen, daß Ihr Euch an der Publikation des ak nicht mehr beteiligt. Bei aller Gegensätzlichkeit der Standpunkte kann dies in der heutigen Zeit eigentlich nur ein Irrtum sein, durch Trennung des Unvereinbaren politisch voranzukommen.
Ich selbst war kein Mitglied des KB, schätze den ak aber als wichtiges Informationsblatt der Linken. Dies wird sich wohl jetzt leider ändern. . . .

Offener Brief an die ehemalige KB Mehrheit und die Gruppe K

Etwas entnervt verfolgen wir im ak das Ende desselben. Als ewige "Zentristen" wollen wir uns dazu in der Tradition der Kölner Linie noch einmal äußern:
1. An die Mehrheitsfraktion : Liebe GenossInnen ! Es ist schlicht weg ein Witz zu behaupten, "daß das alte KB Vermögen zu gleichen Teilen aufgeteilt wurde". Ohne die Finanzinterna in Hamburg genau zu kennen, liegt es doch auf der Hand, daß die Fraktion, die Eigentumstitel an den Sachwerten (Verlag) in einer Auseinandersetzung um eine Zeitung hält, machtpolitisch besser dasteht. Um das nachvollziehen zu können, muß frau nicht mal Marx gelesen zu haben, dazu reicht Gutenberg (Betriebswirt). Mögen also bei der "Gütertrennung" alle Buchhalternasen noch so korrekt gezogen worden sein, politisch ist dieser Satz popelig, um es nicht wie gewohnt demagogisch zu nennen.
2. An unsere Fraktion, die Gruppe K : Liebe, liebe GenossInnen! Und wenn es 10 mal in der Vereinbarung zum Dach-AK gestanden hätte, was macht es jetzt für einen politischen Sinn, der Mehrheit die Weiterführung des Titels AK untersagen zu wollen ? Ihr argumentiert, das sei Etikettenschwindel, weil Ihr zu recht vermutet, daß die Zeitung in Zukunft ihr politisches Antlitz verändern wird, wenn die Gruppe K nicht mehr mitarbeitet. Aber was solls, dieser "Etikettenschwindel" hat doch Tradition bei uns. Oder gab es nicht auch inhaltliche Brüche zwischen dem wunderschönen Schraubenschlüssel - schwielige Faust - rote Sonne - **Arbeiterkampf** - Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes und dem **ak** - Zeitung des Kommunistischen Bundes oder gar dem **ak** (Dach - AK) ? Trotzdem hieß das Produkt immer ak. Und wenn jetzt in einer Situation, in der die Gruppe K keinesfalls eine Publikation auf gleicher Ebene (Umfang,Auflage usw.) herausbringen wird, die Mehrheit die Zeitung weiterhin unter dem Nammen ak mit Untertitel (" Zeitung für Analyse und Kritik" oder so ähnlich) herausgeben will, was spricht dann dagegen außer Piefigkeit, der Alterskrankheit des Linksradikalismus . Also, um Lenin willen, laßt sie machen !

Rot Front

Birgit, Jan, Paul, Reiner, Ex-KB - Gruppe Köln

Zeitungsvorlage

BRD 92

Asche auf's Haupt gestreut wegen seines faschistischen Völkermordens hat sich Deutschland schon lange nicht mehr. Der Willi Brandtsche Kniefall in Polen war die Öffnung des Ostblocks für deutsche "Friedenspolitik" also für die auf militärischer Fundierung der NATO beruhenden westlichen Kapitulationsforderungen. Die des Kriegswillens unverdächtige Weltmacht des Geschäfts verdolmetschte die Gewalt der NATO als eine,die auch friedlich sein könne. Mit ihrem Geschäftserfolg und ihrer Rolle beim Aufrollen des Ostens ist sie groß geworden, die BRD. Und mit der Größe der Macht wird es ein Staat zunehmend leid,sich einen verlorenen Krieg und Judenmord vorhalten zu lassen. Mit Holocaust Film und Debatte tat man dann auch kund, daß der Faschismus gänzlich unbegreiflich sei, die staatliche Macht mit Sicherheit nichts damit zu tun hätte und die BRD endgültig des Schämens überdrüssig wäre.

Insofern ist die Maueröffnung 89 auch nicht gerade der totale Wendepunkt bei Deutschlands Weltmachtsbestrebungen. Die ewige Destabilisierungspolitik trug Früchte und die anderen Imperialisten konnten nicht umhin, anzuerkennen, daß hinter der ökonomischen und in den Jahren zunehmend auch militärischen Weltmacht noch mehr Territorium und Reichtum stand, welcher ihren Konkurrenzstand etwas erschütterte. Die BRD rückte jetzt endgültig mit dem raus, womit sie ohne Maueröffnung bestimmt auch mal rausgerückt wäre:sie ist jetzt größer und mächtiger, trägt deswegen mehr Verantwortung in der Welt; kurz: in Sachen Regelungsbedürfnisse der von den imperialistischen Staaten selbst in die Welt gesetzten"Regelungsprobleme" gibt es jetzt eine Weltmacht mehr. Das muß durchgesetzt werden.

Z.B. in Jugoslawien.Was für die USA Lateinamerika ist. als das wird von der BRD Jugoslawien definiert. Hinterhof, in dem nicht einfach so geschossen werden darf, weil das den Ansprüchen des von der EG geregelten Kapitalismus widerspricht. 'Ordungsmacht' heißt das ideologische Zauberwort, das Behauptet, die GEwalteinsätze sieen dem Willen zur Ordnung geschuldet. Neben der Absteckung des eigenen Einflußbereiches hat man dabei schon Zukünftiges im Visier: der KSZE Mechanismus, der die Intervention der anderen auch gegen den Willen des Ordnungsverletzers festschreibt, will den Prozeß der Marktwirtschaft und des Souveränitätsabbaus duch Waffenabbau im Osten "unumkehrbar" machen. Den Nachfolgestaaten der SU wird Gelegenheit eingeräumt, an Jugoslawien zu lernen.

Fall 2, die Türkei. Das Kurdenschlachten ist der BRD in den letzten 20 Jahren auch nicht auf die Nerven gefallen. Im Gegenteil, fleißig unterstützt hat sie es. Aber jetzt tituliert sie den Einsatz von Deutschland gelieferter Waffen gegen die Kurden als Mißbrauch und stellt damit klar, daß Waffenlieferungen nicht nur ein Geschäft, sondern ein Einflußrecht auf die Taten der belieferten Staatsgewalt sind. Die angedrohten Restriktionen setzen daher Ansprüche an die Nützlichkeit des abhängigen Souveräns vor Ort in die Welt. Nachdem die schwachen Gegengefechte mittels des Hitler Vergleichs verpufft waren, akzeptierte die Türkei den deutschen Hinweis, daß sie nicht so darf wie sie will. Die BRD machte der Türkei auf, daß ihr Anleigen, aus den Zerfallsprodukten der SU und der Zurückstutzung des Iraks und des Irans einen Machtgewinn zu ziehen,nicht in Ordnung geht. Es sei denn, wenn sich dieser Machtzuwachs in einen Zuwachs deutscher Macht niederschlägt.

Resumée: als Großmacht führt sich die BRD längst auf.Doch dafür sind ihr die Mittel im Inneren zu gering, weswegen sie dort Umgstaltungsbedarf erkennt.

1. Das Projekt Ostdeutschland ,

krankt am Nicht-Zusammenpassen der gegensätzlichen Wirtschaftsweisen. Das Dazupacken der ehedem zehntstärksten Industrienation erweist sich als sehr kostspielig, weil dieselbe im Rahmen eines Planes ihren wirtschaftlichen Einheiten etwas anders unschriebene Aufgaben zuwies als Profitemchen. So wurde im Vergleich zur kapitalistischen Kostenrechnung manche Rationalisierung an falscher Stelle getätigt und manches Produkt wegen des vorherrschenden Versorgungsauftrages an die falsche Stelle gebracht Den Vertrieb haben sich gleich die Westkonzerne geschnappt, so daß für die Betriebe nicht nur ausländische, sondern auch heimische Märkte wegbrachen. Betriebe,denen alle kapital. Mittel fehlten (worauf hätten sie auch Kredite kriegen sollen) sollten konkurrenzfähig sein. Pustekuchen. Das staatliche Projekt Ost erweist sich als zunehmend nicht identisch mit dem kapital. Projekt Ost. Die Geschäfte der Westler zerstören die der Ostler und staatliche Bitten samt Anreizen für die Westler, dort zu investieren, verhallen weitgehend ungehört. Um sein Nationstärkungsprogramm durchzuziehen, geht der Staat dazu über, den Kapitalisten (partiell) ihre Profite zu bezahlen, was deren Kalkulationen in bezug darauf, im Osten nicht die große Chance zu sehen, auch nicht gerade gewaltig ändert. Schließlich herrscht Weltwirtschaftsflaut und Expansion, die sich rentiert, ist nicht großartig in Sicht. Dazu kommt, daß mit der Ruinierung aller RGW-Staaten die Ex-DDR sich der für alle anderen EG-Staaten gültigen Profitrechnung ausgesetzt sieht.Das Argument "Brücke zu..." entfällt. Also, lautet die staatliche Weisheit, den Osten als einen im Vergleich zu anderer Ländern günstigeren Standort auszu bauen. Aber das ist ein Gewichtheberakt erster Klasse.

Der Staatskredit muß dafür angebaggert werden und die recht hemmung lose Verschuldung macht ihn unsolide. Lange nicht gekannte Inflationsraten machen sich breit und der Zweifel, ob ausländische Kapitalanleger trotz hoher Zinsen nicht bald vorsichtiger werden, wenn im Isten nicht bald die Sonne scheint. Zwar kann sich der Staat auf die gelungenen Geschäfte hin gewaltig verschulden, aber diese Verschuldung drückt samt Zinsen auf die Rentabilität der laufenden Geschäfte,da sie ja bedient werden muß. Und wann ist der Punkt der Unglaubwürdigkeit der Wertversprechen , die auf den Geldscheinen und Staatsschuldverschreibungen stehen, erreicht? Also, weiter Staatsverschuldung , aber keine hemmungslose und das Entdecken eines anderen Hebels:

2. Das Proletariat lebt über seine Verhältnisse.

Das gilt als sicher. Der Beweis ist der selbsterklärte Notstand der Nation,der sich ja schließlich nur aus ihren Zielen ergibt. Da wird eine Zusatzlohnsteuer für den Osten erhoben, die Mehrwertsteuer erhöht, um dann festzustellen, daß es jetzt erst richtig losgehen muß. Der Staa geht zum Generalangriff auf die Kapitalisten über,wirft ihnen unnationales, egoistisches Verhalten vor, weil sie 6% Lohn bezahlen, die sich für sie gut rentieren. Im öffentlichen Dienst setzt er in der Tarifrund neue Maßstäbe für die Wirtschaft, indem er die satte Reallohnsenkung als noch viel zu gemäßigten Schritt angesichts der Notwendigkeiten der Zukunft ausgibt. An der ÖTV zieht er durch, daß der DGB in Zukunft eine Lohnzustimmungsmaschine zu sein hat, also der so tüchtig gepflegte Schein der Selbständigkeit und der Anerkennung des Arbeiterinteresses z entfallen hat. Das Rezept ist so klar wie alt: niedrige Löhne, ein anspruchloses, arbeitsames Proletariat zieht das Auslandskapital an, mach aus der BRD einen interessanten"Standort", dessen Einnahmen den Staat dazu befähigen,sein Weltmachtsprogramm voranzubringen.

Daß Kapitalismus und ein Lohn,von dem die Arbeiter halbwegs leben können, unvereinbar sind,weiß keiner besser als der DGB: abhängig sind die Arbeiter von der Akkumulation, weswegen sie alles tun müssen,damit diese gelingt, lautet die Diagnose. Daraus ergibt sich dann die auch nicht gerade arbeiterfreundliche Aufforderung eines Steinkühlers:die Regierung habe den Arbeitern nicht früh genug gesagt, daß der nationale (Großmachts)aufbau gewaltige Opfer fordert, weswegen die Arbeiterverwaltungsbehörde jetzt glatt bei der Verklickerung derselben in Schwierigkeiten gerät. Leider ist auch das gelogen,aber es taugt immerhin als Wahlargument für die Partei,die dem Volk ungeschminkt die Wahrheit über die neu zu stanzenden Gürtellöcher sagen will. In der Vergangenheit hat die SPD darin schon Mut bewiesen.

3.Die Demokratie funktioniert wie geschmiert.

weil sie die Interessen der Leute anerkennt,ohne daß sie darin irgendein Gültigkeit besäßen. Ihre Interessen vorbringen dürfen die Arbeiter und dabei müssen sie genau darauf achten, daß sie ihre Grundlage- das fungierende Kapital - nicht beschädigen. Lernprozesse zu so Widersinnigem - Unvereinbares wird laufend als vereinbar behauptet - ergeben sich allerdings nur auf Basis von Gewaltverhältnissen. Der Staat schützt das Eigentum,d.h. er zwingt den Großteil der Leute zum Verkauf der Arbeitskraft, und regelt den notwendigen Kampf der Arbeiter für ihre Reproduktion durch sein Recht. Jedes Vorbringen des Arbeiterinteresses wird im Streikrecht auf seine Kapitalverträglichkeit verpflichtet; es wird als berechtigtes erlaubt, damit es sich am antagonistischen Interesse relativiert.Das Verbot seines bedingungslosen Austragens ist mit dem politischen Weg gepaart: die Parteien -bevorzugt die SPD - nehmen es auf, um seine Realisierbarkeit zu prüfen, indem sie seine Allgemeinverträglichkeit durch ins Verhältnis setzen zum Fortschritt des Kapitals prüfen.

Ein Sozialversicherungswesen, das die Erhaltung der Lohnarbeiter als Mittel des Kapitals bewerkstelligt, ist dabei herausgekommen. Die Marx'sche Wahrheit, daß nicht zwei Klassen von der Lohnarbeit 'leben' können, wird in gestalt der Anpassung des Sozialstaates an einen Kapitalismus mit Massenarbeitslosigkeit bestätigt. Und siehe da- die Politisierung des ökonomischen Interesses der Arbeiter durch die Parteien in der Demokratie wird auch dadurch nicht schwankend, daß die Reproduktion der Arbeiterklasse in immer größerem Ausmaß ohne die Repro von ein paar Millionen Arbeitern stattfindet. In der Verrechtlichung des Gegensatzes der Klassen und in der Fixierung der Interessen auf den Staat über die Aufnahme der Interessen durch die demokr. Volksparteien ist die Demokratie die adäquate Herrschaftsform des Kapitalismus.In ihr haben die Verkehrsformen der Warenproduktion -Freiheit und Gleichheit- ihre politische Existenzweise. Die Übersetzung der Interessen in politische, die sich an der Realisierbarkeit messen, garantiert politische Stabilität und Ausbeutung. In den Wahlen steht nie der Zweck der Kapitalverwertung zur Disposition,die angebotenen Alternativen beziehen sich auf ihre Durchsetzung und auf Wege für die daraus sich steigernde staatliche Macht. Wahlen sind die Ermächtigung des Staates durch die Bürger, der Freibrief für die weitere Urbarmachung der Arbeitskraft für die Produktion von ihr getrennten Reichtums.

Fortschritte der Demokratie:

--Bewegungen, die das Recht als Berechtigung zu ihren Interessen aufgefaßt haben, wurden zurückgewiesen und kleingemacht (Anti AKW,Öko-Pax)
-- Über die erfolgreiche Verankerung des Allgemeinwohls als Richtschnur journalistischer Tätigkeit gibt es einen demokratischen Konsens wie er von einer Diktatur nicht besser erzwungen werden könnte. Zur Beseitigung abweichender Meinungen wurde notfalls mit etwas Gewalt nachgeholfen.
-- Selbst das Recht als selbstverständlicher Bezugspunkt bürgerlicher Interessen gilt als Schwachstelle: Aussetzung umständlicher Genehmigungsverfahren im Osten und Beschwerdeführung über die sogenannte Prozeßflut (siehe Justus' Artikel über den sachs. Justizminister Heitmann im ak). Der Rechtsstaat buchstabiert sich zunehmend einseitiger :Recht=Pflicht. Er dementiert seine Ideologie, er wäre Mittel des Bürgers, indem er seine letzte Wahrheit - den Gehorsam- einfordert.

4.Ausländerhaß und Republikaner

Daß Ausländer keine geborenen Staatsbürger,also Untertanenfiguren sind, hat der Staat seinen Bürgern immer schon gesagt. Daß sie ihre Existenzberechtigung durch Nützlichkeit fürs Kapital dadurch noch meht nachweisen müssen als Deutsche ergibt sich zwangsläufig daraus.Daß sie jetzt zuviel sind,weiß der Untere auch nur, weil ihm die Oberen Zahlen hinreiben,die Steigerungsraten aufweisen und entsprechend kommentiert werden. Daß auf Deutschlands Fluren nicht soviel Leute Platz hätten wie in Holland pro km^2 will dabei niemand behaupten,weil es darum gar nicht geh Der Staat macht Stimmung gegen die Asylanten , um seine veränderte Gesetzgebung als Hören auf des Volkes Stimme zu verkaufen. Das schlichte überleben wollen von Millionen wird als hundsgemeines Wohlstandsstreben deklariert,was denen nicht zusteht. Der Tatbestand, daß deutsche"Kapitalhilfe" - sprich die Erschließung der Welt durch Kapital- die Leute anderswo verhungern läßt, wird umgelogen in: wir müssen ihnen mehr wirtschaftliche Hilfe angedeihen lassen; der Mangel an Kapital läßt sie verrecken.

So weit, so demokratisch normal. Wären da nicht die gerade duch obige Argumentation plus Interessenslage erzeugten nationalistischen Bestien, die Ausländer anzünden. Denen entnimmt die Regierung einerseits den Auftrag zur zügigen "Regelung des Ausländerproblems".Andererseits werden sie auf ihre Kompetenzüberschreitung hingewiesen und man verbietet ihnen so leidlich ihr nationalistisch kreatives Schaffen.

Dann sind da noch die Republikaner, die auf der Ausländerfrage ihr Süppchen kochen. Denen begegnet man so, wie es für Demokraten angemessen ist: die gleichen nationalistischen Argumente wie bei CDU und SPD werden bei ihnen mit dem Prädikat "demagogisch" belegt. Und das Engagement in dieser Partei ist der reine Karrierismus, währen es in den demokratischen Mutterparteien die Liebe zum Volkswohl ist. Die Politiker vermelden: "Die Politik nimmt Themen, die die Menschen bewegen, nicht oder zu spät auf", um sich dann durch konsequente Ausländerextrabehandlung -zu der man nicht Ausländerhaß sagen darf,weil sie zweckmäßig ist!- verlorengegangenes Terrain zurückzuholen. So bleibt unter der Hand nur eins: die etablierten Volksverwalter wollen von der Macht kein Fitzelche abgeben und sehen die vorgebrachten faschistischen Argumente am besten dadurch bedient,daß Demokraten sie durchsetzen. Vielleicht auch ein Hinweis darauf, daß diese beiden Staatsformen sich nicht widersprechen.

A.K.

P O L I T I K

Mit der notwendigen Neubestimmung linken, revolutionären Selbstverständnisses ist auch der Begriff der Politik ins Gerede gekommen. Politik ist die Summe der gesellschaftlichen Theorie und Praxis, die sich auf die Organisation und die Verfügung über gesellschaftliche Recourcen bezieht. Mit der Abschaffung der Wertproduktion würde die Politik überflüssig werden, da der Zugang zu den gesellschaftlichen Recourcen nicht mehr an politische Systeme geknüpft wäre. Politik wird als Theorie oder Praxis konkret, revolutionäre Politik durch revolutionäre Theorie und revolutionäre Praxis.

Vor einer neuen Praxis steht die Kritik der mißlungenen Praxis und der falschen Theorie von den gesellschaftlichen Verhältnissen und deren Veränderbarkeit. Nicht das politische Eingreifen zur Verbesserung der herrschenden Verhältnisse, nicht die politische Praxis zur Erheischung des Vertrauens der Massen für die eigene politische Organisation, nicht das Weitermachen, um nicht aus dem politischen Geschäft verdrängt zu werden, können Ziele revolutionärer Politik sein. Nicht die praktische Eroberung der kapitalistischen Verhältnisse, sondern die theoretische ist angesagt, damit diese praktisch abgeschafft werden können. Der Maßstab der revolutionären Praxis ist nicht der der Veränderung zum besseren unter Anleitung linker Organisationen, sondern der der Herausbildung und der Qualität von revolutionärem Bewußtsein und der Organisation von "politischer Gewalt" (Marx) zum Zwecke der Aufhebung der kapitalistischen Verhältnisse.

Alle Fraktionen der Linken waren sich einig, daß Theorie und Praxis in engem Verhältnis zueinander stehen müssen. Dennoch wurde unreflektiert eine Praxis exekutiert, die selbstgenügsam nur einen gewollten Bezug über sich hinaus hatte. Theoretische Durchdringung der Verhältnisse fand in der nahen Vergangenheit weder als Versuch die alten Zöpfe zu begründen, noch im Entwickeln neuer oder im Weiterentwickeln vorhandener Ansätze statt. Das Verhältnis zur Theorie war weitgehend ein instrumentelles. Sie sollte die Praxis legitimieren. Praxis wurde zur Politik anstatt zur grundsätzlichen Veränderung und praktischen Kritik. Lenin hat eine gewaltige Praxis mit einer letztlich zahnlosen Theorie eng verbunden. Bei ihm lassen sich viele Hinweise auf die gängig gewordene Sicht auf Theorie und Praxis finden. Lenin gilt die Praxis als Anzeiger für die Wahrheit "Das Resultat der Tätigkeit ist die Probe auf die subjektive Erkenntnis und das Kriterium der wahrhaft seienden Objektivität" ihm gilt "die Praxis ... höher als die Erkenntnis, denn sie hat nicht nur die Würde des Allgemeinen, sondern auch der unmittelbaren Wirklichkeit" (Lenin 38, S.204,210).

Es hilft wenig dagegen jeweils die Berechtigung oder die Eigenständigkeit der Theorie oder der Praxis einzuklagen, solange dabei der Zusammenhang zwischen beiden nicht klarer wird. Auch nützt es wenig den Begriff Politik als affirmatives Mitmachen oder als Gestammel diverser Charaktermasken vor dem Gesetz des Geldes (Kurz) zu verwerfen.

Jeder Ruf nach Politikfähigkeit oder politischer Praxis steht im Verdacht des schlichten Weitermachenwollens. Der Boden auf dem sich die revolutionäre Praxis bewegen muß, ist der Boden der vorhandenen bürgerlichen Gesellschaft, entsprechend groß ist die Schleudergefahr, was sich durch die Theorie auch nur im günstigsten Fall vermeiden läßt. Praxis braucht einen Maßstab zur Bestimmung für Erfolg oder Mißerfolg, der nur aus der Theorie geschöpft werden kann. Allzuoft war das Erfolgskriterium der Praxis der Erfolg selbst. Ein tautologischer Prozess mit dem man meinte sich zufrieden geben zu können, weil nach gängiger (falsch verstandener materialistischer) Interpretationen erst politische Praxis von Illusionen über die bürgerliche Gesellschaft befreit. Die Linke hat darauf gesetzt, daß einzelne Schritte in der Praxis das voranschreitende Erkennen der Verhältnisse mit sich bringen. Viele praktische Schritte, die das revolutionäre Bewußtsein Schritt für Schritt befördern. Kumulierte Praxis bringt aber nicht kumuliertes Bewußtsein hervor, wie beides überhaupt kein Mengenproblem ist. Revolutionäre Praxis sollte durch "revolutionäre" Pädagogik eingelöst werden. Der Pädagoge wurde aber schon oft von den Klienten erzogen und verhalf im Zweifelsfall dem Massenbewußtseins zum Durchbruch.

Praxis ist nicht der Schlüssel zur Erkenntnis und auch nicht zum Bewußtsein. Die Wertvergesellschaftung und ihre ideologischen Erscheinungsformen illuminieren viele Auswege aus den bestehenden Verhältnissen, legen aber nicht den der Revolution nahe. Bewußtsein ist an die methodisch bewußte gedankliche Tätigkeit gebunden. Viele Einzelne müssen sich des Bewußtseins versichern, damit die Kritik der politischen Ökonomie praktisch werden kann. Revolutionäre Politik bewegt sich in der vorgefundenen Gesellschaft und unter deren Bedingungen und emanzipiert sich nicht von ihr: Die Theorie weil ihr Gegenstand die Verhältnisse selbst und ihre Fetischformen sind, die Praxis weil der Versuch der Abschaffung der Verhältnisse nicht die Befreiung vorwegnimmt. Bevor die Politik abgeschafft werden kann, muß sie zur revolutionären werden.

27.7.92,hG

Diskussionspapier für das Septembertreffen der Gruppe K

Es war um die Jahreswende 89/90, als die deutsche Linke den Kollaps des "realen Sozialismus" und die - damals erst noch drohende - "Wiedervereinigung" Deutschlands zum Anlaß nahm, sich zu den begeisterten Demokraten und Marktwirtschaftlern und den "kritischen" Nationalisten zu mausern, die sie de facto schon längst waren, und sich nach Leibeskräften bemühte, dem sich formierenden Großdeutschland in den gleichwohl abwehrend zugekniffenen Arsch zu kriechen. Als die Linke also vollends ihren Verstand verlor und ihr heute unverrückbar feststehendes Ende einläutete, da schien es, als käme wenigstens bei den verbliebenen linksradikalen Resten, die sich in erster Linie um die damalige "Radikale Linke" gruppierten, die Welt allmählich in Ordnung.

"Nie wieder Deutschland" - das war nicht nur Motto einer Kampagne gegen das sich vereinigende Deutschland und Titel einer Demonstration im Frühjahr 90, sondern Ausdruck davon, daß Linke endlich einmal nicht das vermeintlich "andere" oder "bessere" Deutschland repräsentieren, sich also als Alternative empfehlen wollten, sondern den deutsch-nationalen Aufbruch mitsamt der "Linken", die diesen konstruktiv begleitete, schonungslos und destruktiv zu kritisieren beanspruchten. Seine Vernunft hatte "Nie wieder Deutschland" daran, daß die radikalen Linken die nicht erst mit der sich abzeichnenden "Wiedervereinigung" entstandene, sondern mit diesem Prozeß nur noch auch empirisch unabweisbare epochale Tatsache, ohnmächtig gegen den Rest der Gesellschaft zu stehen, keinerlei Chancen auf revolutionäre, umwälzende Praxis zu haben, gerade nicht verleugneten, sondern diese Tatsache ins Bewußtsein hievten und dieses realistische Selbstbewußtsein zur Grundlage ihres Agierens machten. Die kompromißlose Kritik des deutsch-nationalen Aufbruchs in all seinen Facetten - ein "sektiererisches" und "abgehobenes" Verhalten, das angeblich zu Untätigkeit und lebenslänglichem Aufenthalt auf den Bahamas verdamme, wie die "linken" Volksfreunde vorwurfsvoll meinten, als Provokation des gesunden Volksempfindens, auch und gerade des linken, wie solche Reaktionen zeigten, eminent praktisch wurde - diese Kritik war, ob explizit genannt oder nicht, ein Bruch mit der althergebrachten linken Massen- und Bewegungspolitik und der in ihr unterstellten Bemühung nicht um Wahrheit und das richtige Argument, sondern um den größtmöglichen Bündnis-Konsens, sei er auch eine noch so offene Verhöhnung von Logik und Sprache, ein Bruch mit einer Politik mithin, mittels derer sich die Linke die Bewußtwerdung ihrer eigenen Ohnmacht über 20 Jahre lang vom Leibe gehalten hatte. Mittels "Nie wieder Deutschland" ging es manch radikalem Linken auf, daß es nicht Aufgabe von Revolutionären sein kann, die "Massen dort abzuholen, wo sie sind", wie das unsägliche Kinderverschen der Bewegungspolitiker lautet, sondern daß, in Deutschland zumal, mit Massen nichts anzufangen ist, solange und insofern sie ihr objektives Dasein als Menschenvieh, als Material kapitaler Ausbeutung und staatlicher Herrschaft - und nichts anderes bezeichnet der Begriff "Masse"! - nicht gründlich satt haben, sondern jenes noch freiwillig affirmieren im dummstolzen Bekenntnis, "das Volk" zu sein.

Vernunft hatte "Nie wieder Deutschland" weiterhin an der erklärten anti-nationalen Stoßrichtung der Kampagne selbst, verhalf der kompromißlose Anti-Nationalismus, der "nationale Nihilismus" (Dimitroff), wie die marxistisch-leninistische Bezeichnung dafür lauten würde, den radikalen Linken doch zur Einsicht in zentrale Befangenheiten und Dummheiten sowohl der alten Arbeiterbewegung - man denke an die nationalistischen Tiraden der KPD - als auch in

eigene katastrophale Fehler, wie sie vor allem der konstruktive Bezug auf die ökologie- und Friedensbewegung darstellte, welch letztere den deutschen Nationalismus seit Anfang der 80er Jahre in einem Maße salonfähig gemacht hatte, wie es den Versprengten rechtsradikalen Zirkeln wohl nie gelungen wäre. Zu den Unsäglichkeiten, die man sich als Linker in der Vergangenheit geleistet hatte und welche man nun im Rahmen der antinationalen Orientierung verspätet zwar, aber immerhin doch noch zu erkennen begann, zählte auch die sture Begeisterung für nationale Befreiungsbewegungen sowie die beharrliche und geschichtslose Weigerung, den Staat Israel aus der Perspektive von Auschwitz zu begreifen und stattdessen "unbefangen" gegen Israel als angeblichen "Brückenkopf des Imperialismus" drauflosagitieren zu können.
Diese Vernunft, die in "Nie wieder Deutschland", begriffen als politischer Orientierung enthalten war, als Einsicht, daß allerspätestens nach dem Mauerfall man nicht so weiterpolitikastern könne wie vorher, als tendenzieller Bruch mit den alten Ladenhütern leninistischer Provenienz, der aber als nur tendenzieller, hier und da angedachter allerdings auch der weiteren Vertiefung bedurft hätte - diese Vernunft wurde allerdings unmittelbar auch wieder dadurch konterkariert, daß sie als erst noch zu realisierendes Potential einer Kampagne existierte, welche durchaus in den Formen althergebrachter Kampagnenpolitik verlief und demzufolge auch alle Falschheiten und Ärgerlichkeiten einer solchen an sich hatte. "Nie wieder Deutschland" war, so begriffen, auch eine oberflächliche Agitationsformel, die in ihrer mangelhaften Konkretisierung wie verschiedene andere Parolen in der Vergangenheit die Aufgabe hatte, die inhaltliche Schnittmenge, die zu einem gegebenen Ziel aus einem gegebenen, heterogenen linksradikalem Spektrum zu ziehen war, zu formulieren und dieses Spektrum wiederum auf das gegebene Aktionsziel hin zu vereinheitlichen, andererseits den Gegenstand von Kritik und Aktion selber auf eine griffige, leicht handhabbare Formel zu bringen, auch um den Preis inhaltlicher Verflachung und bedenklicher Moralisierung der Kritik an den Taten des neuen Deutschlands. Auch ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß dieser moralisierende Zug der "Nie wieder Deutschland"-Kampagne durchaus funktional für das Bewußtsein vieler der an ihr Beteiligten war, daß also z.B. die oft argumentativ unausgewiesene Verknüpfung von wiedervereinigtem Deutschland und Faschismus-Gefahr durchaus dem Bedürfnis entsprang, Deutschland und die Welt als eine abgrundtief schlechte auszupinseln, vor welch düsterem Hintergrundgemälde sich die vielgerühmte Identität der letzten guten Menschen und standhaften Anti-Deutschen nur umso strahlender und vorteilhafter abhebt.
Die Frage jedenfalls, ob "Nie wieder Deutschland" nur eine weitere Etappe im Kontinuum althergebrachter Kampagnenpolitik darstellte, welcher selbst dann das Verdienst zuerkannt werden müßte, dem volksgemeinschaftlichen Konsens sich entgegengestellt zu haben, oder ob "Nie wieder Deutschland" der Auftakt war, sich vom tradierten Politikastern und dessen theoretischen Grundlagen sich auch wirklich zu verabschieden, stellte sich allerdings zur Zeit von "Nie wieder Deutschland" selbst nicht, da beides unmittelbar zusammenfiel in der Kampagne selbst.
Daß zwischen "Nie wieder Deutschland" als Kampagne und als Orientierung eine Differenz bestand, welche nur nach der einen oder anderen Seite hin aufgelöst werden kann, bewies dann der als "Golfkrieg" nur unzureichend bezeichnete Waffengang im Nahen Osten. Als hätte es eine Kritik der Bewegungspolitik, als hätte es vor allem eine Kritik am Nationalismus der deutschen Friedensbewegung der 80er Jahre nie gegeben, übte sich ein Großteil derer, die eben noch "Nie wieder Deutschland" auf ihre Fahnen

geschrieben hätten, im objektiven Fraternisieren mit der von den Toten wiederauferstandenen deutschen Friedens-Volksfront, welches Fraternisieren sich gerade an der Kritik zeigte, die man als ernüchterter Bewegungspolitiker abzuliefern sich genötigt sah, und die sich wie so oft schon darauf beschränkte, daß die Friedensfreunde ihre Sache nur nicht konsequent genug durchsetzten. Damit nicht genug, führten nicht wenige radikale Linke ausgerechnet die Friedensfront, deren sentimental-völkischer Gesinnungspazifismus und deren herzliche Gleichgültigkeit gegenüber dem, wovon man damals ausgehen mußte, der Bedrohung Israels als Staat, den mittlerweile erreichten nationalen Konsens in Deutschland perfekt widerspiegelten, als Kronzeugen dafür an, daß es mit diesem Konsens so weit ja doch nicht her und "Nie wieder Deutschland" als politische Orientierung demzufolge untauglich sei. Das Gänseblümchen "Nie wieder Deutschland": Kampagne oder Orientierung? wurde entblättert und als das letzte Blatt ausgerupft wurde, hieß das letzte Stichwort: Kampagne.

Der leidenschaftslose Abschied von der "Nie wieder Deutschland"-Orientierung ging einher mit einem recht bedenkenlosen Rückgriff radikaler Linker auf Muster traditioneller anti-imperialistischer Agitation. Diese dienten einerseits dazu, den Doppelcharakter des sogenannten "Golfkrieges", der jede eindeutige Parteinahme und auch jede eindeutige Kritik von vornherein verbot, auf das altbekannte und handliche Schema "Imperialismus gegen Dritte Welt" zurechtzustutzen und derart das Engagement gegen den "Golfkrieg" zu begründen. Vor allem wurde das Festhalten am "Anti-Imperialismus" zum thema probandum erklärt, an welchem sich entscheide, welche radikalen Linken nach wie vor zur revolutionären Sache stehen und welche ins "gegnerische Lager" übergelaufen seien. Mit einer Heftigkeit, die aufhorchen ließ, wurde jede Infragestellung anti-imperialistischer "basics" nach dem Schema marxistisch-leninistischer "Ideologiekritik" nicht auf deren objektive Wahr- oder Falschheit abgeklopft - was in den meisten Fällen zur Formulierung vernichtender Urteile vollständig ausgereicht hätte - sondern stereotyp nach deren Nutzen oder Schaden für den politischen Tageskampf. Gerade die Rigidität, mit der anti-imperialistische Ideologeme hochgehalten und als Prüfstein linker Prinzipienfestigkeit eingesetzt wurden, zeigt jedoch, daß sie von kaum jemanden ihrer Verfechter noch wirklich geglaubt wurden, weil die forcierte Betonung von etwas, das jeder sowieso für selbstverständlich hält, überflüssig und unsinnig ist.

Es ist dieses "Festhalten mit schlechtem Gewissen" am Anti-Imperialismus, welches symptomatisch ist für den Zustand, worin die radikalen linken Reste sich heutzutage befinden. Man könnte ihn charakterisieren als eine seltsame Mischung aus Entschlossenheit und Katzenjammer, welche sich darin ausdrückt, daß im betulich-verschwiemelten Szene-Jargon zwar andauernd die Notwendigkeit der "Aufarbeitung" früherer linker Selbstverständlichkeiten betont wird, daß bis zum Erbrechen von den angeblich so vielen "neuen Fragen" dahergeredet wird, die es zu beantworten gelte, um aber dann unter Verweis auf die erdrückende Anzahl solcher "Fragen" lieber erstmal kleine Brötchen zu backen und solange nicht Besseres in Sicht ist, erstmal am Altbewährten festzuhalten sowie ansonsten vor "fertigen Wahrheiten" und angeblich "geschlossenen Weltbildern" zu warnen.

Eine solche Haltung verfehlt jedoch vollständig die Aufgaben, die sich den radikalen Linken nach dem Ende der Linker und im Jahre 2 des wiedervereinigten Deutschlands objektiv stellen. Auszugehen ist für deren Bestimmung davon, daß die Linke keineswegs, wie so oft und so falsch behauptet wird, mit dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus" und der bevorstehenden "Wiedervereinigung"

"Abschied" von ihren früheren Idealen genommen oder diese gar "verraten" habe, im Gegenteil: die Linke ist sich völlig treu geblieben. Darüber können und dürfen auch und gerade nicht hinwegtäuschen die unzähligen, geradezu ergreifend heruntergegeigten Reue- und Bußgesänge über das angebliche "Scheitern des Sozialismus", darüber, daß man jahrzehntelang fürchterlichen Illusionen aufgesessen sei, daß man angeblich die Errungenschaften der Demokratie und des Marktes stets unterschätzt habe etc., handelt es sich doch dabei vor allem um das instinktive Eingehen darauf, daß das vereinigte Deutschland den ehemaligen linken Staatsbürgern fürs konstruktiv-loyale Mitmachen die Hürden höher geschraubt hat als zuvor - aus diesem einfachen Grund dürfen sich gerade die Semlers und kt.'s in anti-serbischer Hetze selbst von Reißmüller und der FAZ nicht überbieten lassen. Ansonsten sind die Selbstgeißelungen ehemaliger Linker bestenfalls die endgültige Ratifizierung einer intellektuellen Verwahrlosung, die nicht 1989, sondern schon viel früher angefangen hat. Gemeint ist damit nicht der deutsche Herbst 1977, obwohl er als wichtige Etappe der Linken auf dem Weg heim ins Reich nicht unterschätzt werden darf. Der wirkliche "Abschied" der Linken fand vielmehr schon um 1970 und danach statt, als große Teile der zerfallenden APO sich an die Überwindung ihrer angeblichen "Kinderkrankheiten" bzw. die "Liquidierung der anti-autoritären Phase" machten. Es war zu dieser Zeit, als die erst in Ansätzen vorhandene und noch gar nicht restlos vollzogene Überwindung sozialdemokratischer und leninistischer Ideologeme und die Erarbeitung schonungsloser Kapital- und Staatskritik auf der Höhe der Zeit schon wieder auf den Müll geworfen wurden. All das, was die APO an Vernünftigem hervorgebracht hatte und worin sie einen objektiven Fortschritt gegenüber der noch in den Kategorien der alten Arbeiterbewegung und des Parteikommunismus befangenen Linken der 50er und frühen 60er Jahre darstellte: die Kritik der kapitalistischen, warenproduzierenden Gesellschaft als eines gesamtgesellschaftlichen Verhältnisses, die nicht vom "Standpunkt der Arbeiterklasse" oder irgendeines anderen "Subjekts" aus formuliert ist, sondern dieses als ein mitsamt diesem Verhältnis abzuschaffendes Daseinsmoment desselben begreift; die radikale Kritik von Demokratie und Verfassungsstaat, die aufräumte mit der Illusion, diese Dinge "kritisch", zum Zwecke sozialer Emanzipation "benützen" zu können; die durch die sogenannte "Kritische Theorie" vermittelten Einsichten in Erkenntnis- und Ideologiekritik, die Integrationsmechanismen der spätkapitalistischen Gesellschaft und ihre Tendenz zum autoritären Staat; nicht zuletzt auch die kritische Rezeption jener "inoffiziellen" Strömung des Linkskommunismus oder des marxistischen Anti-Leninismus (Korsch, Pannekoek, Luxemburg, der frühe Lukacs) - all dies wurde unter dem Etikett "kleinbürgerlich" zugunsten einer erneuten Orthodoxie leninistischer, maoistischer oder gleich sozialdemokratischer Provenienz beiseitegeschoben. Insofern der Leninismus nichts anderes ist als der aktivistische Zwillingsbruder der Sozialdemokratie; insofern er mit dieser die Befangenheit in den Kategorien kapitalistischer Vergesellschaftung teilt, blieb auch die Linke, soweit sie den Leninismus adaptierte, in eben jenen Kategorien befangen und fiel damit hinter das bereits erreichte theoretische Niveau zurück. Der Leninismus, soweit er als Theorie auftritt, bezweckt gerade nicht eine vorurteilslose materialistische Kritik des Kapital-Verhältnisses, sondern versteht sich von vornherein als parteiliche Ideologie, die den "Standpunkt" der Arbeiterklasse (der "klassische" Leninismus) oder irgendwelcher anderer Bewegungs-"Subjekte" (der "ernüchterte" Leninismus) zum Ausdruck bringen und ihnen als Instrument im Kampf dienen soll. Soweit er als

Praxis auftritt, erachtet der Leninismus die Massen nicht als denkfähige und potentiell revolutionäre Subjekte, die gerade deshalb Kritik an ihrem Mitmachen verdienen, sondern als ökonomisch zu kurz Gekommene und politisch Diskriminierte, deren Interessen, Befindlichkeiten und einstweilen nur reformerische Forderungen sollen aufgegriffen werden nur, um sie auf ein bestimmtes Ziel hin zu vereinheitlichen, und um den Massen kommunistische Inhalte zu vermitteln. Derartige Vermittlungs- und Homogenisierungsleistungen erfordern allerdings eine souveräne Homogenisierungs- und Vermittlungsinstanz, welche Rolle im Leninismus die Partei oder allgemeiner: die revolutionäre Organisation einnimmt. Um aber als solche Instanz sich betätigen zu können, um von den Massen überhaupt anerkannt zu sein, müssen die revolutionären Politiker über bestimmte Eigenschaften verfügen wie andere Politiker auch: Glaubwürdigkeit und Integrität (man darf nicht mit stalinistischen Mauermördern verwechselt werden), Bescheidenheit, pädagogisches Einfühlungsvermögen und Bereitschaft zum Kompromiß (man muß auf den Bewußtseinsstand der Massen eingehen und darf sie nicht durch überzogene Kritik verprellen). Weil also im praktizierten Leninismus die Arbeiterklasse, die Massen stets nur als abstrakter Gegenpart der "Kapitalisten" bzw. der "Herrschenden" auftreten und nicht als Moment des Kapitalverhältnisses selbst, von diesem in ihrem Dasein, ihren Interessen je schon konstituiert und dieses durch ihr Mitmachen tätig reproduzierend, ist der Leninismus zu einer Kritik ebendieses Verhältnisses objektiv unfähig; weil der Anspruch praktizierender Leninisten selbst das "Politik-Machen" ist, weil die Partei bzw. Organisation als Gegensouverän, als prospektive Staatsmacht bezüglich der Massen, die zu repräsentieren sie beansprucht, homogenisierend und vermittelnd tätig wird, weil sie derart das Verhältnis von Führung und Masse und damit politische Herrschaft selbst reproduziert - deshalb ist der Leninismus zu einer Kritik der Politik objektiv unfähig und bringt es allenfalls zu einer Kritik des falschen, "bürgerlichen" Gebrauchs bzw. "Mißbrauchs" von Menschenrechten, Demokratie, Wahlen Rechtsstaat und Nation.
Insofern war die Linke, vermittelt über den Leninismus, schon vor 1989 längst bis auf die Knochen sozialdemokratisch. Als die Mehrheit der Linken 1989 ff. der völkischen Bewegung in der damaligen DDR mit menschlicher Anteilnahme begegnete und in der Parole "Wir sind das Volk" keine Aufforderung zum Totschlag, sondern ein positiv aufzugreifendes Bedürfnis nach mehr Demokratie erblickte; als sie gegen die nationale Selbstbestimmung der Deutschen nichts einzuwenden hatte, außer daß sie wirklich demokratisch zustandekommen und human ausgestaltet werden müsse; als sie in der Folgezeit ihre neuen zu betreuenden "Subjekte" in Ostdeutschland ausfindig machte und in deren Gemoser darüber, "Deutsche zweiter Klasse" zu seinen, keinen Nationalismus in Beschwerdeform erblickte, sondern die Aufgabe, die Ängste, Sorgen, Nöte der Ostler ernstzunehmen, aufzugreifen etc. - da hat die Linke alles andere als "Abschied genommen", sondern da hat sich nur endlich einmal das affirmative und anti-emanzipatorische Wesen sowie die völlige Inadäquatheit des Leninismus praktisch und in seiner ganzen Nacktheit, d.h. abzüglich des revolutionären Geklingels auch empirisch erwiesen.
Aufgabe der verbliebenen radikalen Linken wäre, es bei dieser praktischen Kritik, die die Verhältnisse am Leninismus geübt haben, nicht zu belassen, sondern sie zu einer bewußten theoretischen Kritik desselben zu radikalisieren. Es wäre dies eine vor allem ideologiekritische Anstrengung, die eigene Befangenheit in den Formen und Denkformen kapitalistischer Vergesellschaftung abzustreifen und zugleich ein Einstieg in die Formulierung einer

radikalen Gesellschaftskritik, die endlich einmal nicht unter dem Niveau ihres Gegenstandes bleibt. Eine solche Anstrengung müßte von der eigenen jahrzehntelangen Ignoranz gegenüber den nicht- bzw. anti-leninistischen Strömungen des "westlichen Marxismus" und deren kritischer Verarbeitung in der anti-autoritären Bewegung getragen sein, wobei der Skandal nicht die Ignoranz gegenüber bestimmten Denkströmungen war, sondern die Ignoranz der von diesem Denken theoretisierten und kritisierten Entwicklungen und Realitätsmomente - man denke dabei nur, um ein Beispiel zu nennen, an die bereits in den 30er Jahren formulierte schneidende Kritik der holländischen Rätekommunisten am etatistischen und in wesentlichen Zügen bürgerlichen Charakter des sowjetischen Sozialismus sowie deren vernichtende Kritik an der Parole vom "Selbstbestimmungsrecht der Völker". Schon aus diesem kleinen Beispiel geht hervor, daß der Bankrott des Leninismus keineswegs so "neue Fragen" aufgeworfen hat, sondern recht altmodische, auf welche freilich auch nicht die völlig "neuen Antworten" gefunden werden müssen, sondern zu deren Beantwortung das bereits triftig Gedachte und Erarbeitete endlich einmal zur Kenntnis zu nehmen, kritisch zu verarbeiten und weiterzuentwickeln ist. Der Bruch mit dem Leninismus hätte seinen Ausgang zu nehmen von der Einsicht, daß die kommunistische Revolution und die Errichtung des Vereins freier Menschen, soll sie denn einmal stattfinden, ihrem Begriff nach das Werk vernünftig gewordener Subjekte, die sich als die Herren ihrer eigenen Geschicke endlich einsetzen, zu sein beansprucht. Weil dies den praktischen Bruch mit allen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen, also auch mit der Sphäre der "Politik" bedeuten muß, aus diesem Grund und nicht deshalb, weil die Linke derzeit so am Boden liegt, hat die Aufgabe der Revolutionäre nicht das "Politik-Machen" zu sein, sondern die Kritik der Politik als ein Moment der umfassenden Kritik des Spätkapitalismus, welche im Stande ihrer einstweiligen praktischen Unmöglichkeit als theoretische zu erarbeiten und als jeweils konkret zugespitzte an die jeweiligen Bewegungen zu adressieren ist - und das wäre zugleich die sinnvollste Form praktischer Intervention, zu der es die radikalen Linken heute bringen könnten.

cl.

Fragmentarischer Entwurf zu einer Einleitung

Anderen Leuten die Mitarbeit an einem linksradikalen Zeitungsprojekt anzutragen, setzt seitens der Initiatoren mehr als guten Willen und vorbereitende Betriebsamkeit voraus.
Der andere Weg ist freilich leichter, führt aber notwendig ins sofortige Aus. Als warnendes Beispiel sei das kürzlich wohlverdient eingegangene Zeitungsprojekt PROWO genannt. Da hat sich eine Gruppe von Leuten die Sache leicht gemacht. Die Zeitung sollte für alle Linken vom linken Rand der AL bis zu den Antiimpis interessant sein, d.h. natürlich auch angenommen werden. das war die inhaltliche Seite. Die organisatorische Seite war noch einfacher: Kohle ranschaffen, Kalkulationen vorbereiten und dann mal los. Das furchterliche Ergebnis - eine krude Mischung aus PDS-Anbiederei, Kanllhart-Antiimperialismus mit allen dazu gehörigen antisemitischen Erscheinungen, und auf (Redaktions-)Konsens geschriebene Meinungsartikel, die folglich keine hatten. Eine Zeitung die es allen recht machen wollte, von niemanden gelesen wurde und das ganz zu recht.
Über den Erfolg unseres Projekts wollen wir lieber nicht spekulieren, insbesondere schielen wir nicht nach den Kauferschichten, die wir uns wunschen. Wir verkaufen die Zeitung lieber nur an uns selbst und stellen sie dann wieder ein, als das schmierge Geschaft des Bedienes und Recht-Machens gegenuber einem diffus linken Publikum auf uns zu nehmen. Das wurde uns nur auf den Hund bringen und den Linken eine Zeitung, die ungefahr so spannend ist wie der Mehrheits-ak es sein wird.
Zuförderst uns selbst und in zweiter Linie unseren Wunschpartnern müssen wir klar machen - wenigstens in Umrissen - welche spezifische kommunistische Sicht der Verhältnisse wir haben und warum wir glauben, daß sie es wert ist, in einer eigenen Zeitung an die interessierte Öffentlichkeit gebracht zu werden.

1990 hat sich die KB-Minderheit konstituiert, in der Gewißheit, daß die neue Lage das Weiterwursteln in bekannter Weise verbietet. Nationales Selbstbestimmungsrecht für Deutschland, Demokratischer Sozialismus marke PDS und die Peinlichkeit des altlinken "Massenansatzes" angesichts der deutschnationalen Euphorie der Massen, machten fur uns mehr als nur eine Kurskorrektur notwendig. Doch wer zu grubeln anfängt, dem laufen mehr schöne Gewißheiten dvon, als er sichs gewunscht hat. Aus der kritischen Überprüfung von Begriffen wie Volk, Nation, Nationalismus und Selbstbestimmungsrecht entstanden immer neue fragen und neue Kritik: Kritik am leninismus, Kritik am Antiimperialismus, Kritik am Befreiungsnationalismus, Kritik am Antizionismus, Kritik am Antirassismus, Kritik an der Demokratie. All das sind - mehr oder weniger umstritten - Punkte an denen die Gruppe K diskutiert, sich streitet und ohne abschließende Ergebnisse vorlegen zu können einfach behauptet: Ob es eine neue kommunistische Linke je geben wird, hängt jedenfalls stark davon ab, ob die Bereitschaft besteht, über diese Punkte zu streiten, auch auf die Gefahr hin, daß scheinbar bewährte Strategien und Organisationskonzepte der kritik nicht standhalten können und verabschiedet werden müssen. Einzige Voraussetzung für diesen Streit ist bei allen Ungewißheiten, die eine grundsätzliche Einsicht: Daß diese Verhältnisse nicht reformierbar sind und vollständig abgeschjafft werden müssen, daß also eine kommunistische Streitzeitung ihre Debatten stets aus der vollständigen Unversöhnlichkeit mit dem Bestehden heraus führt.

Leninismus und Demokratie

1. Leninismus
Eines der haltbarsten Erbstücke im linksradikalen Denken ist jener revolutionär sich gebärdende Sozialdemokratismus, der als Leninismus jahrzehntelang die Hegemonie über kommunistisches Denken kaum angefochten für sich beanspruchen durfte. Wenn vom Leninismus die Rede ist, ist es einigermaßen unerheblich, inwieweit das von der Dritten Internationale zubereitete Gebräu dem Denken des früh verstorbenen Meisters gerecht wird, oder es verfälscht. Denn auch wenn Lenin, hätte er länger gelebt, womöglich einiges anders gemacht haben würde als seine Nachfolger, so bleibt die fatale Wirklichkeit seiner Theorie, nachzulesen in seinen gesammelten Schriften. Schriften, die den Stalins, Mellenthins, Karam Khellas, O.Pirschels etc jedenfalls immer da Stichwortgeber sind, wo das Marxsche Werk sich eigensinnig sperrt. Schriften auch, die in zentralen Punkten der Theorie vor Geschichtsdeterminismus, Staatfixiertheit und Evolutionsgläubigkeit strotzen. Und doch ist es das Einmaleins der siegreichen Revolution und zwar schlicht und einfach deshalb, weil Revolutionen, die nach leninistischem Muster abliefen bzw. leninistisch erklart wurden eben erfolgreich waren, wobei Erfolg allerdings in der Hauptsache reduziert blieb auf die Erringung der Macht im Staat.

2. Die demokratische Revolution
Der Angelpunkt im leninistischen Modell ist die Demokratie. Einmal weil der zu überwindende bürgerliche oder vorbürgerliche Staat mit den Kriterien des bürgerlichen Staates angegriffen wurde, also die Verwirklichung von Demokratie überhaupt oder die Ersetzung der falschen durch die wahre Demokratie versprochen wurde. Zum zweiten weil ein starres Modell des geschichtlichen Ablaufs von feudalen bzw. kolonialen Unterdrückunsverhältnissen ausgehend über die bürgerlich-demokratische Phase hin zur proletarischen unterstellt wurde, dem Sozialismus, von dem aus es zum Kommunismus nicht mehr weit sein würde. der Vorteil für die Agitation ist evident: Die Sozialisten erklären das Übel im bürgerlichen Staat durch die Machtvollkommenheit und das Parasitentum einer herrschenden Kaste, die sich über die bürgerlich-demokratische Gleichheit hinwegsetze und das eigentlich schone Herrschaftsprinzip Demokratie zu einer verlogenen Betrügerei und Beutelschneiderei herunterwirtschaften (ob das nun in Form der Diktatur oder durch die demokratie der sog. Kompradoren-Bourgeoisie geschieht, spielt keine große Rolle). In diesem Mißbrauch wird den Elenden der Grund ihres Elends vorgestellt, darin liege die ökonomische Schwäche des Staates in der internationalen Konkurrenz. Die nationale Befreiung bzw. der Sozialismus, so das versprechen wurden endlich wirkliche demokratie herstellen. Nicht nur die albernen Phrasen entmilitarisierter salvadorenischer Guerillas, bei denen jedes zweite Wort Demokratie und Gerechtigkeit ist, bekommt so einen anderen Sinn: Jede Aufstandsbewegung in einem noch kolonialisierten bzw erst teilweise entkolonialisireten Gebiet bekommt so einen über das bornierte Interesse hinausgehenden Geruch, Teil einer großen weltweiten Bewegung hin zum Sozialismus zu sein. Der erklärte Wille der Befreiungsnationalisten, die Aussauger wegzujagen, dadurch den dauernden Abfluß des nationalen Reichtums in die imperialistischen Metropolen zu stoppen, bzw endlich einen gerechten Preis für die Resourcen zu erzielen und dadurch dem ganzen Volk Anteil an den zu erzielenden Früchten zukommen zu lassen wird zur Voraussetzung einer sozialistischen

Gesellschaft uminterpretiert. Wo im besten Falle die Verhutung des schlimmsten Elends und die Zuruckdammung des willkurlichsten Terrors herauskommt, entsteht fur den demokratischen Sozialisten ein Vorposten der Befreiung. Der Preis, der damit einhergehenden Schaffung bzw. Vervollkommnung eines demokratischen Staatsvolkes taucht in der Rechnung der Leninisten oft noch auf der Haben-Seite auf, weil die unerhörte Gefahr, die darin liegt, jedermann auf das Wohl des Volksstaates zu verpflichten, ihrem sozialistischen Ideal gemäß ist. Denn wenn der demokratische Volksstaat dann die Arbeiterklasse auf Lohnverzicht einschwört, Minderheiten als Staatsfeinde dingfest macht und die Massen zur Jagd einlädt, oder mit dem Nachbar über den Verlauf der Landesgrenze unter Einsatz schwerer Waffen diskutiert, dann ist das eine Verirrung, eine Perversion etc, niemals jedoch der getreue Ausdruck des demokratischen Systems.

3. Demokratie und Kommunisten

Bei der Betrachtung gesellschaftlicher Verläufe bewegt sich die Mehrheit der Linksradikalen wesentlich starker innerhalb der Gesetze von Kapitallogik und staatlicher Souveranitat als ihnen bewußt ist. Die Rede von der Demokratie - für viele Linksradikale der grund überhaupt Revolutionär geworden und geblieben zu sein, hat in den Köpfen mehr Unheil angerichtet als alle sektiererischen Sekten zusammen. Die hartnäckige Verweigerung dem, was Demokratie überhaupt n u r heißen kann, nachzugehen und diesen Herrschaftsbegriff stattdessen fetischartig zu verehren - in der je besseren Variante versteht sich, mit den falschen Demokraten will sich ja keiner gemein machen - hat schon früh zum fast völligen Verschwinden der Staatskritik innerhalb der Linken geführt und jenem Geschichtsdeterminismus Tür und Tor eröffnet, der, obwohl längst grausam blamiert als historischer Materialsimus beweihräuchert in immer neuen Modifizierungen weiterlügt und mit Marx noch ungefahr soviel zu tun hat wie das Werk Peter von Oertzens mit marxistischer Wissenschaft.

Daß Demokratie die adaquate Herrschaftsform des bürgerlichen Staates ist, wird zunächst wohl niemand bestreiten. Doch Demokratie ist auch der gesellschaftliche und herrschaftliche Ausdruck der warenproduzierenden Gesellschaft, das Abbild des allseitigen Tausches in der gesellschaftlichen Organisation und damit der übertrag jener theologischen Mucken, die der Ware eignen auf den Charakter des Bürgers und seines Staates. Ihr ganzes Wesen entfaltet Demokratie im demokratischen Volksstaat und nicht in ihrer halbfertigen Erscheinung als Herrschaftsagentur des Besitzbürgertums. Demokratie meint unter Absehung von Besonderheiten wie unterschiedliche Bildung, Geschlecht, Eigentum etc. alle ihrem Zugriff Ausgelieferten als an Rechten gleiche Staatsbürger. Sie stelle diese Gleichheit nur unvollkommen her - so wird ihr von den demokratischen Sozialisten vorgeworfen - weil sie die Rechtsgleichheit nur formal durchfuhren könne, solange sie nicht soziale Gleichheit mit durchsetze und das erfordere die Anwendung der demokratischen Prinzipien auf die in privater Verfügung stehende Ökonomie, die in öffentliche Verfügung übergehne müsse - Wirtschaftsdemokratie. Die formalen Prinzipien der Demokratie ist der Leninist also geneigt anzuerkennen: Das Repräsentationsprinzip durch die Wahl von Volksvertretern (oder Räten, was sich so viel nicht nimmt), die Herrschaft der Gesetze und damit die Verrechtlichung der Beziehungen der Menschen untereinander, die Chancengleichheit, durch die Einräumung gleicher Startbedingungen. Es ist ihm nur nicht genug, die

~~Bürgerliche Demokratie ist eine nicht zu Ende geführte, eine~~

gleicher Startbedingungen. Er ist ihm nur nicht genug; die bürgerliche Demokratie ist eine nicht zu Ende geführte, eine →

verlogene, betrügende Demokratie, der die wirkliche nur entgegnzustellen ist.

4. Demokraten - Ritter der Warenproduktion
Daß, wer von Demokratie redet, sei sie nun sozialistisch oder bürgerlich, grundsätzlich das sich-Beziehen der Leute auf einen außer ihnen liegenden Zwang meint, den sie zwar demokratisch beeinflussen zu können meinen und der sie alle gleich behandelt, aber der ganzen Sache vorausgesetzt ist und außer Diskussion steht, wird vom Demokraten regelmäßig unterschlagen. Die sozialistische Wirtschaftsdemokratie macht genauso wie die bürgerlich-kapitalistische aus den ihr unterworfenen Gestalten Staatsbürger, die ihr Unterworfensein als Selbstbestimmung empfinden und den Zwang als freiwilligen Verzicht. Die Gesetzessubjekte können als allgemein abstrakte Erscheinungen erst an einem Dritten, der Herrschaft zur Rechtswirklichkeit kommen. Demokratie und die Suche nach demokratischen Gesellschaften, Organisationen etc, sind eine Denkform, die auch wenn oft so viel Menschenfreundliches gemeint ist noch vollig in den Verhaltnissen, die es niederzureißen gilt befangen ist. Demokratie ist nicht eine bloße Worthülle, in die hineingepackt werden kann, was dem Verwender gerade recht ist. Der Demokrat auch der sozialistische geht vielmehr von einem Menschenbild aus, daß das genaue Abbild des kapitalistisch vergesellschafteten Staatsburgers ist. Folglich gerät ihm die "Utopie" von d. sozialistischen Gesellschaft immer wie Willy Brandt mit noch viel mehr gewagter Demokratie. D.h. es wird das Vorhandensein von jeder Menge Mißgunst, Unfrieden etc im Menschen unterstellt, die sich gemeingefährlich ausdrücken könnten und deshalb von der demokratisch-sozialistischen Mehrheit irgendwie unter Kuratel gestellt werden müßten. So bastelt unser demokratische Sozialist in aller freundlichen Naivität eine hyper-schwedische Sozialstaatsdiktatur, in der allerdings die verbliebenen Kapitalisten kaltgestellt sind. Die Menschen haben ihm ähnlich wie der Staat ewige Eigenschaften, die höchstens im Wege langanhaltender Domestizierung gebrochen werden könnten.
Es ist nötig, die unlösliche Verbindung aus Staat, Warenproduktion und Demokratie festzuhalten. Es ist nötig sich nicht durch Revolutionsstrategien irre machen zu lassen, die mehr Demokratie in der Agitation versprechen und sich Sozialismus nur innerhalb der gegebenen Landesgrenzen, mit bunten Briefmarken und einer roten Polizei vorstellen können. Es ist nötig, Demokratie als Herrschafts- und Denkform zu begreifen, die vom konkreten Menschen absieht und den abstrakten Staatsbürger konstituiert, so wie die ihr zugrunde liegende Wirtschaftsform, vom konkreten Arbeiter, Händler etc absieht und einander auf freiem Markt ghegenübertretende Geldmonaden produziert. Deren nicht-geschäftliches Verhaltnis ist genauso wenig denkbar, wie ein herrschaftsfreies Verhaltnis unter Demokraten. Die einen - stets damit beschäftigt den Marktwert des gegenübers richtig einzuschätzen, um ja nicht übervorteilt zu werden - sind schließlich die gleichen, die als Staatsbürger ihr gegnseitiges Mißtrauen nur insoweit zu zügeln bereit sind, als sie sich wie den Konkurrenten der gleichen, außer ihnen bestehnden Macht unterwerfen. Zu mehr als der Herstellung gleicher Startbedingungen für alle und die bedingungslose Unterwerfung unter den Staat kann es nicht reichen.
All die schönen Modelle von der Wirtschaftsdemokratie, der Räteherrschaft werden von der leninistischen Linken, die einhergehend zu ihrem Pragmatismus auch das nachhaltige Bedürfnis nach der sog. konkreten Utopie hat, meist nur als

Verwaltungsformen innerhalb eines gegebenen sozialistischen Staatswesens vorgestellt. Eines Nationalstaats, der, wenn er den Kommunismus des Mangels vermeiden will, auf den Weltmarkt angewiesen ist, um durch Tausch zu erwerben, was er selber nicht produziert. Die damit einhergehende notwendige Beschrankung der Wirtschaftsdemokratie auf die Aklamation zur Weltmarktproduktion ist trotzdem nicht das Versagen, Abwürgen etc, der Wirtschaftsdemokratie, sondern die grandiose Entfaltung ihres Wesens. Als demokratisches Verfahren im Nationalstaat gilt für die demokratische Wirtschaft nichts anderes als für den demokratischen Staat selbst.: Die wahre Betätigung der Demokratie ist die Einsicht des Staatsbürgers in die Erfordernisse des Staatswohls, dessen Unterabteilung die Nationalokonomie ist. Die wirkliche Bedeutung von direkter Demokratie, Rateherrschaft etc. erklärt sich vor diesem Hintergrund von selbst.
jw. 26.7.

Bundestreffen verschoben auf 3.-4. 10. 92 in HH

Das Bundestreffen der Gruppe K, das nach Beschluß des letzten Treffens in Berlin angepeilt wurde, um Voraussetzungen und Fragen der weiteren Publizistik zu diskutieren, muß mangels vorliegender Papiere verschoben werden auf den 3. und 4. 10. 92 in Hamburg.
Es soll am 3. 10. um 11.00 Uhr beginnen, als Ort wurde wieder das bewährte Haus für Alle, Amandastr. 58 organisiert. Thematisch soll es sich der Diskussion der in der Gruppe K aufgetretenen Differenzen (vgl. Papier von be. und rh. in diesem Heft) widmen, sowie die Möglichkeit einer ausgedehnteren Publizistik der Gruppe K (und anderer?) klären. Papiere hierzu sollen mindestens in Hamburg und Berlin noch vorbereitet werden. Was in Berlin dazu bisher kursiert, aber als Vorlage für ein Bundestreffen eben für nicht ausreichend gehalten wird, ist in dieser Nummer enthalten.
Die endgültigen, *echten* Vorlagen sollen dann in einer besonderen Verschickung von Hamburg aus losgeschickt werden. Teilnahmeschluß hierfür ist der 14. 9., damit die Verschickung am 16. 9. rauskann. Beiträge jedweder Art für diese Verschickung sind an das Büro in Hamburg zu senden.